

***Politische Einbindung von Islamisten in den Staaten des Nahen Ostens:
Katalysator des islamisch-extremistischen Terrors oder Mittel zu dessen
Eindämmung?***

Eine quantitative Untersuchung

von Michael Tresp



Abstract

This empirical analytical study is the first of its kind investigating the relationship between the political representation of the islamist-minded population in the relevant legislative bodies and the extent of islamic extremist terror which emerges from individual states in the Middle East. This paper sets the proportion of parliamentary seats held by islamists in relation to the latter's share of the population and relates it firstly to the number of terrorists emerging from the respective confessional community of a given state and secondly to the probability that members of that confessional group will commit an act of terrorism. To adequately quantify the numbers of terrorists, much effort went into the creation of a new database that specifically tracks incidents of islamic extremist terrorism and allows differentiation on the basis of confession.

The quantitative part of the study covers nine Arab states plus Iran and focuses on a time period stretching from 1978 until 2005. The analysis draws on a theoretical framework which employs an adaptation of Inglehart's theory of value change and explains potential radicalization as a consequence of unmet security needs during an individual's adolescence. According to the theoretical assumptions, the proportion of parliamentary seats held by islamists is used as an indicator and indirectly determines the magnitude of feelings of deprivation and hence the number of individuals who are prone to radicalization.

The results of the statistical analysis prove remarkable: There is a significant negative correlation between the degree of islamist representation and the number of islamic extremist terrorists. The probability of a member of a specific confessional group from a given Middle Eastern state staging a terrorist attack is significantly determined by the overall level and rate of change of islamist representation in that state.

Both very low and relatively high levels of representation correlate with low probabilities of committing acts of terrorism. The data suggests that the smallest number of cases of radicalization along with the lowest risk of terrorism result from full islamist representation — that is one that accurately reflects their share of the population.

Zusammenfassung

Die vorliegende empirisch-analytische Studie untersucht als erste ihrer Art den Zusammenhang zwischen der politischen Repräsentation der islamistisch gesinnten Bevölkerung in den Organen der Legislative und dem Ausmass an islamisch-extremistischem Terror, welches den einzelnen Staaten des Nahen Ostens entspringt. Dabei wird der Anteil der von Islamisten gehaltenen Parlamentssitze in Relation zu deren Bevölkerungsanteil gesetzt und einerseits der Anzahl der Terroristen gegenübergestellt, welche der entsprechenden konfessionellen Gruppe des entsprechenden Staates entstammen sowie andererseits der Wahrscheinlichkeit, dass von Angehörigen dieser Gruppe ein Terrorakt verübt wird. Um die Anzahl der Terroristen adäquat erfassen zu können, wurde in einem aufwendigen Verfahren ein neuer Datensatz erstellt, welcher spezifisch islamisch-extremistische Terrorakte beinhaltet und konfessionelle Differenzierungen erlaubt.

Die quantitative Untersuchung berücksichtigt neun arabische Staaten sowie Iran und wird anhand der Jahre 1978 bis 2005 durchgeführt. Ihr zu Grunde liegt eine innovative Adaption von Ingleharts Theorie des Wertewandels, welche eine mögliche Radikalisierung mit einem unbefriedigten Sicherheitsbedürfnis in der Adoleszenz erklärt. Der Anteil der von Islamisten gehaltenen Parlamentssitze erfüllt gemäss der Theorie eine Indikatorfunktion, determiniert das Ausmass der Mangelersahrung und damit die Anzahl der sich radikalierenden Individuen.

Die Ergebnisse der statistischen Auswertung erweisen sich als aufsehenerregend: Der Grad der Repräsentation der Islamisten steht in einer negativen, signifikanten Beziehung zur Anzahl der islamisch-extremistischen Terroristen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Angehöriger einer bestimmten Konfession aus einem bestimmten Staat des Nahen Ostens einen Terrorakt verübt, wird ebenfalls auf hoch signifikante Weise von der Höhe sowie der Veränderung der Repräsentation der Islamisten im entsprechenden Staat determiniert. Sowohl sehr tiefe als auch relativ hohe Repräsentations-Niveaus korrelieren dabei mit tiefen Terror-Wahrscheinlichkeiten. Die geringste Anzahl an Radikalisierungen gepaart mit dem tiefsten Terror-Risiko ergibt sich bei einer vollständigen, das heisst ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Repräsentation der Islamisten.

Danksagung

Der Autor bedankt sich bei Prof. Lars-Erik Cederman für die Unterstützung und konstruktive Kritik und bei Lutz F. Krebs für dessen kompetente Betreuung und insbesondere in Bezug auf die Methodik unverzichtbaren Ratschläge und Anleitungen. Als sehr wertvoll erwies sich auch die Hilfe von Dr. Johannes Thomann vom Orientalischen Seminar der Universität Zürich bei statistischen und software-spezifischen Fragen und Problemen.

Bei Dr. Edward Mickolus und Vinyard Software bedankt sich der Autor für die Zusendung der ITERATE-Datensätze und beim „National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism“ (START) für die Bereitstellung der beiden „Global Terrorism Database“-Datensätze. Innerhalb des START schliesslich hat Erin E. Miller, welche geduldig und detailliert diverse technische Fragen rund um die GTD-Codierung beantwortete, in besonderem Mass zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	10
2	Theorie	14
2.1	Schwachpunkte aktueller Forschung	14
2.2	Exkurs: Islamismus	20
2.3	Exkurs: Terrorismus	21
2.4	Entwurf eines neuen theoretischen Modells	23
2.4.1	Aktive und passive Einflüsse islamistischer Politiker . . .	23
2.4.2	Ingleharts Theorie des Wertewandels	24
2.4.3	Das Wesen des Staates in der Wertehierarchie	26
2.4.4	Islamisten als Indikatoren	29
2.4.5	Konsequenzen einer Unterrepräsentation von Islamisten	30
2.4.6	Verbesserung der Repräsentativität	33
2.4.7	Wohlstand als Moderatorvariable	34
2.4.8	Übersicht über die Hypothesen	35
3	Empirisches Vorgehen	38
3.1	Fallauswahl und Untersuchungsperiode	38
3.2	Operationalisierung	39
3.2.1	Abhängige Variable	39
3.2.2	Theorierelevante unabhängige Variablen	41
3.2.3	Kontrollvariablen	43
3.3	Statistische Analyse	45
3.3.1	Schätzung der Anzahl Terroristen	52
3.3.2	Schätzung der Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Ter- rorismus	57
4	Interpretation der Ergebnisse	73
4.1	Synthese aller Modelle	73
4.2	Robustheit	82
4.3	Bedeutung und Implikationen	87
4.4	Policy-Empfehlungen	91
4.5	Anregungen zu weiterführenden Studien	93
5	Schlusswort	97

Literaturverzeichnis	100
A Glossar	118
B „Summary Statistics“ aller verwendeten Variablen	120
C Codebook	121
C.1 Variable „Anzahl Terroristen“	121
C.1.1 Ausgangslage	121
C.1.2 Klassifizierung muslimisch-extremistischer Terrorakte	121
C.1.3 Determinierung der Nationalität von Terroristen	123
C.1.4 Determinierung der Anzahl Terroristen	125
C.2 Variable „Repräsentation“	126
C.2.1 Identifizierung islamistischer Parteien	126
C.2.2 Determinierung des Anteils der islamistischen Parlaments-	
sitze	128
C.2.3 Berechnung der Variablenwerte	129
C.3 Variable „Veränderung der Repräsentation“	131
C.4 Variable „Krieg“	131
D Alphabetische Liste aller Gruppierungen aus der GTD	133
E Als sunnitisch-islamisch klassifizierte GTD-Gruppierungen	133
F Als schiitisch-islamisch klassifizierte GTD-Gruppierungen	137
G Modifizierte ITERATE-Codierungen	139
H Terrorakte mit algerischen Tätern im Jahr 1997	141
I Daten zu Demographie und Repräsentation von Islamisten	147
I.1 Ägypten (Sunniten)	147
I.2 Jordanien (Sunniten)	149
I.3 Syrien (Sunniten)	151
I.4 Syrien (Schiiten)	153
I.5 Algerien (Sunniten)	155
I.6 Sudan (Sunniten)	157
I.7 Iran (Sunniten)	159
I.8 Iran (Schiiten)	161

I.9	Irak (Sunniten)	163
I.10	Irak (Schiiten)	165
I.11	Marokko (Sunniten)	167
I.12	Saudiarabien (Sunniten)	169
I.13	Saudiarabien (Schiiten)	171
I.14	Yemen (Sunniten)	173
I.15	Yemen (Schiiten)	175
J	Anzahl Terroristen pro Konfession/Staat und Jahr	177

Abbildungsverzeichnis

1	Bedürfnispyramide nach Maslow und Ingleharts Ableitungen	25
2	Prädisposition und „Aktivierung“ von Attentätern	32
3	Verteilung der abhängigen Variable (Anzahl Terroristen)	47
4	Repräsentation vs. Anzahl Terroristen: Ägypten (Sunniten)	47
5	Repräsentation vs. Anzahl Terroristen: Algerien (Sunniten)	48
6	Repräsentation vs. Anzahl Terroristen: Jordanien (Sunniten)	48
7	5-Jahres-Schnitt Repräsentation vs. Anzahl Terroristen	51
8	3D-Modell der Interaktion zwischen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“	62
9	Verhältnis von Terror-Wahrscheinlichkeit und Repräsentation bei unterschiedlichen „BIP pro Kopf“-Niveaus	64
10	Verhältnis von Terror-Wahrscheinlichkeit und „BIP pro Kopf“ bei unterschiedlichen Repräsentations-Niveaus	67

Tabellenverzeichnis

1	Modelle 1 bis 3	54
2	Modelle 4 bis 8	59
3	Interaktion zwischen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ im Licht der Hypothesen	70
4	Mittelwerte „Repression“ nach „Repräsentations“-Kategorien	75
5	„Summary Statistics“	120

1 Einleitung

Der islamisch-extremistische Terrorismus stellt ohne Zweifel eine der grössten sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart dar. Noch haben die westlichen Industrienationen kein probates Mittel gefunden, Bevölkerung und nationale Interessen effektiv vor den Guerillaschlägen und Selbstmordattentaten muslimischer Extremisten zu schützen. Einig ist man sich darin, dass mit ausschliesslich militärischen und polizeilichen Massnahmen der massiven Bedrohungslage nicht Herr zu werden ist. Parallel zum Einsatz von Zwangsmitteln soll daher das Problem an der Wurzel gepackt werden. Die USA, welche sich so sehr wie vielleicht kein zweiter Staat durch das Phänomen des islamisch-extremistischen Terrors bedroht sehen, haben die Ursache des Terrorproblems unter anderem in den traditionell autokratischen Strukturen und der relativen politischen Unfreiheit der islamischen Welt ausgemacht. Die Bush-Administration hat daher die Förderung von Demokratie im Nahen Osten zu einer der obersten Prioritäten erhoben (White House 2007). Übereinstimmend mit Autoren wie Muravchik (2001) oder Windsor (2003) geht man davon aus, dass die mit einer Demokratisierung einhergehenden Freiheiten und der verbesserte Wohlstand Frustration und Perspektivenlosigkeit der Bevölkerungen des Nahen Ostens reduzieren und auf diese Weise dem religiösen Extremismus den Nährboden entziehen würden.

In jüngerer Zeit kam diese Sicht- und Argumentationsweise jedoch vermehrt unter Kritik. Autoren wie Gause III (2005) oder Piazza (2008) bezichtigen die Bush-Administration indirekt der Naivität. Sie ziehen die postulierte Kausalbeziehung in Zweifel oder erwarten von einer Demokratisierung autoritär-islamischer Staaten gar gegenteilige Auswirkungen — dass sie das Ausmass der terroristischen Aktivitäten nicht reduzieren, sondern erhöhen würde. Gause III rät der US-Administration daher in einem „Foreign Affairs“-Essay (2005), weiterhin auf diejenigen autoritären arabischen Regime zu setzen, welche mit den USA „zusammenzuarbeiten“ gewillt seien. Ein entschiedenes Eintreten für Demokratie würde ihm gemäss lediglich islamistische Parteien an die Macht bringen, welche US-Policy-Ziele nicht teilen und dem islamisch-extremistischen Terror zu einem neuen Anstieg verhelfen würden. Stattdessen solle Washington seine Politik im Nahen Osten darauf ausrichten, Zivilgesellschaften zu entwickeln und spezifisch liberale, säkulare und andere nicht-islamistische Gruppierungen zu unterstützen, welche amerikanische Werte und Ziele teilten. Erst wenn eine adäquate Zivilgesellschaft

mit genügend starken säkularen Parteien entstanden sei, seien freie, demokratische Wahlen anzustreben.

Gauses Argumentation weist indes zahlreiche Schwachstellen auf. Zuallererst wäre zu bemängeln, dass der Status Quo höchst unbefriedigend ist und dringenden Handlungsbedarf generiert. Die Bedrohung durch den islamisch-fundamentalistischen Terrorismus ist unverändert gross. Ein striktes Festhalten an den amtierenden Despoten, während in der „arabischen Strasse“ die Unzufriedenheit weiter um sich greift, dürfte extremistischen Gruppierungen die Rekrutierung von neuen Mitgliedern erleichtern und daher keine überzeugende Strategie zur Eindämmung des Terrors sein. Die Forderung nach einer von aussen gelenkten Entwicklung der Zivilgesellschaft indes nimmt sich reichlich unrealistisch aus – zumindest dann, wenn dieses Ziel kurz- bis mittelfristig erreicht werden soll. Gegenwärtig ist nicht absehbar, wie sich in den Staaten der Region eine säkulare Zivilgesellschaft westlicher Vorstellung entwickeln könnte (Yacoubian 2006, 4; Asseburg 2007, 5/9; Windsor 2003, 45). Entsprechende Studien zeigen vielmehr, dass sich in vielen zivilen Nischen islamistische Organisationen fest etabliert haben (Yacoubian 2006, 1; Mas’ad 2007, 175; Abd Al-Fattah 2007, 58-59).

Schliesslich ist auch die Strategie einer selektiven Unterstützung wohlgesinnter säkularer Gruppierungen sehr fragwürdig. In der heutigen nahöstlichen Realität kann nur schon der Verdacht einer amerikanischen Protektion den Ruf einer Institution schwer beschädigen (Kuthy 2008, 22). Es ist daher damit zu rechnen, dass sich eine substanzielle Unterstützung entsprechender Gruppierungen „von aussen“ als kontraproduktiv herausstellen würde (Baylouny 2004).

Gauses Policy-Empfehlungen scheinen daher wenig geeignet, die Terrorgefahr zu vermindern. Was bleibt, ist der alternative Weg: Eine politische Öffnung voranzutreiben, obwohl in der Region weder Zivilgesellschaft noch politische Opposition westlichen Vorstellungen entsprechen. Wie aber würde sich dies auf das Ausmass des muslimisch-extremistischen Terrorismus auswirken? Wie schlüssig ist Gauses Beurteilung der Gefahren einer solchen Entwicklung? Die vorliegende Studie geht von der Prämisse aus, dass eine politische Liberalisierung in den Staaten des Nahen Ostens tatsächlich eine zumindest partielle Machtübernahme durch islamistische Politiker mit sich bringen würde. Empirische Evidenz in diese Richtung findet sich genug (Schwedler 2007, 57). Über die Auswirkung auf das Ausmass des Terrorismus ist damit allerdings noch nichts gesagt. Würden islamisch-fundamentalistische Terrorakte tatsächlich zunehmen, wie dies Gause nahe legt? Der Zusammenhang zwischen der Übernahme und dem Tragen von poli-

tischer Macht durch Islamisten und dem Ausmass des islamisch-extremistischen Terrorismus soll in der vorliegenden Arbeit empirisch untersucht werden. Die Fragestellung lautet:

Welchen Einfluss haben Ausmass und Veränderung des Einsitzes islamistischer Politiker in den bedeutenden politischen Institutionen der Staaten des Nahen Ostens auf das weltweite Niveau des muslimisch-extremistischen Terrorismus?

Die Beantwortung der Forschungsfrage erlaubt in einem gewichtigen Aspekt eine sicherheitspolitische Bewertung der Bush-Doktrin der Demokratisierung des Nahen Ostens. Sie zeigt auf, welche Folgen eine politische Liberalisierung unter der erwähnten Prämisse in Bezug auf den islamisch-extremistischen Terrorismus hätte.¹ Weiter könnte sie einen potenziell bedeutenden Einfluss auf die mit Blick auf die vielfältigen Probleme im Irak nach wie vor aktuelle Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern einer Demokratisierung des Nahen Ostens ausüben, indem sie das als zentral geltende „Terrorismus-Argument“ entkräftet oder erhärtet. Somit könnte diese Studie einen Teil zur Versachlichung der Debatte beitragen und für Policy-Grundsatzentscheide von enormer Tragweite wissenschaftliche Grundlagen bereitstellen. Ob im Nahen Osten eine Demokratisierung eingeleitet wird oder um der vermeintlichen Stabilität willen weiterhin als illegitim betrachtete Autokraten unterstützt werden, hat schliesslich nicht bloss regionale, sondern globale Implikationen.

Der islamisch-fundamentalistische Terrorismus wird in dieser Arbeit ebenfalls als globales Problem verstanden. Für die bedeutenden Akteure auf der internationalen Bühne stellt er eine gewaltige Bedrohung dar, welche es einzudämmen gilt – wo auf der Erdkugel der Terrorismus seine Opfer fordert, ist in der globalisierten und interdependenten Welt sekundär. Entsprechend wird der geographische Ort der Manifestation von Terrorismus in dieser Studie als vernachlässigbare Grösse behandelt. An seiner Stelle rückt der *Ursprungsort* von Terrorismus in den Fokus.

Die Gliederung der Arbeit präsentiert sich wie folgt: Im Rahmen des anschließenden theoretischen Teils wird in einem ersten Unterkapitel ein kritischer Über-

¹Eine Bewertung der Doktrin *per se* ist dagegen im Rahmen dieser Studie weder möglich noch beabsichtigt. Rückschlüsse darauf, wie erfolgreich ein Drängen auf politische Öffnung im Nahen Osten in rein demokratischer Hinsicht zu werden verspricht, sind daher nicht zu erwarten. Zudem untersucht diese Studie nicht die Auswirkungen einer politischen Liberalisierung, sondern die Auswirkungen einer ihrer (erwarteten) Folgen.

blick über den Stand der einschlägigen Forschung erstellt. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Konzepte in dieser Studie werden danach die Phänomene „Islamismus“ sowie „Terrorismus“ in zwei kurzen Exkursen definiert und erläutert. Es folgt der Entwurf eines neuen, eigenen Modells zur Entstehung von islamisch-extremistischem Terrorismus. Im Anschluss daran bildet die Präsentation der Hypothesen den Abschluss des theoretischen Teils. Der empirische Teil beginnt mit Erläuterungen zur Fallauswahl und zur Untersuchungsperiode. Es folgt ein Unterkapitel zur Operationalisierung der Variablen. Abschliessend werden im Analyse-Teil mehrere Modelle vorgestellt und statistisch getestet. Auf den empirischen Teil folgt die Interpretation der erzielten Ergebnisse im Licht der Literatur und der verwendeten Theorie. Danach bildet ein Schlusswort das abschliessende Kapitel dieser Studie.

2 Theorie

Im folgenden Kapitel wird das Fundament erarbeitet, auf welchem anschliessend die konkrete empirische Untersuchung durchgeführt wird. Dazu zählt die Kritik aktueller Forschungsarbeiten und, damit verbunden, die Rechtfertigung dieser Arbeit. Im Zentrum indes steht die Errichtung eines neuen theoretischen Modells, welches die primär interessierenden Variablen miteinander verknüpft und deren inhärenten Wirkungszusammenhang illustriert. Das Kapitel ist in drei Teile gegliedert. Ein kritischer Überblick über den Stand der einschlägigen Forschung macht den Anfang. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Konzepte schliessen sich daran je ein Exkurs zur Bedeutung der Begriffe „Islamismus“ und „Terrorismus“ an, bevor im dritten Teil das theoretische Gerüst dieser Arbeit erläutert und die Hypothesen präsentiert werden.

2.1 Schwachpunkte aktueller Forschung

Der Zusammenhang zwischen der „Islamismuslastigkeit“ mittelöstlicher Staatsorgane und dem Ausmass muslimisch-fundamentalistischen Terrors ist Thema einer beträchtlichen Menge an Literatur. Allerdings umfasst diese in erster Linie Essays und Fallstudien, aber so gut wie keine empirisch-analytische quantitative Studien (Dalacoura 2006, 509). Naturgemäss bleiben diese Arbeiten entweder stark hypothetisch oder aber im Falle von Fallstudien von so begrenzter Reichweite, dass sich Thesen über die Beziehung der beiden Phänomene zueinander nur schwer auf einen grösseren Kontext übertragen lassen. Zudem ist an vielen Fallstudien zu bemängeln, dass sie hinsichtlich der Rolle islamistischer Politiker oder Parteien in Bezug auf den muslimisch-extremistischen Terrorismus, das heisst des Wirkungszusammenhangs, auffallend unpräzise bleiben. Islamistische Bewegungen werden häufig zumindest in den Dunstkreis des Terrorismus gerückt. Aber sind sie Terroristen gleichzusetzen? Oder sind islamistische Bewegungen nicht direkt als terroristisch, aber zumindest als Förderer oder Beeinflusser des islamisch-extremistischen Terrorismus zu verstehen? Falls ja: Auf welche Weise wird der Einfluss ausgeübt? Fragen dieser Art bleiben in aller Regel unbeantwortet. Ein Beispiel hierfür ist die Studie von Hiro (2002), welche die politische Rolle islamistischer Bewegungen und Ideologien in den Fällen von Ägypten, Saudiarabien und Afghanistan untersucht und akribisch historische Entwicklungslinien beschreibt, dabei aber analytisch in Bezug auf Wirkungszusammenhänge mit dem Terrorismus sehr zurückhaltend bleibt. Dies mag in der Sache verständlich

sein, präsentiert sich die Empirie doch bisweilen so, dass islamistische Bewegungen sowohl ideologisch als auch personell durchlässige Grenzen aufweisen und schwer zu kategorisieren sind. Allerdings bleibt auf diese Weise ein vertieftes Verständnis des Verhältnisses der beiden Phänomene „Islamismus“ und „islamisch-extremistischer Terrorismus“ zueinander verwehrt und die Rolle islamistischer Politiker vor dem Hintergrund des islamisch-extremistischen Terrors obskur. Was die Essays anbelangt, so sind diese in der Regel mehr oder weniger stark ideologisch gefärbt und vor dem Hintergrund aktueller Policy-Kontroversen zu betrachten. Texte wie diejenigen von Gause III (2005), Piazza (2008) oder Fukuyama und McFaul (2007) sind häufig durch akute aussenpolitische Krisensituationen motiviert, stark normativ geprägt und in politikwissenschaftlicher Hinsicht begrenzt aufschlussreich.

Dass nur wenige quantitative Studien zum Thema existieren, hat neben einiger konzeptionell-definitiver Schwierigkeiten wohl in erster Linie datenspezifische Gründe. Einerseits sind detaillierte und akkurate Informationen zu in eine bestimmte Zeitperiode fallenden, weltweiten Terrorakten nur unter grossen Schwierigkeiten zu beschaffen und mit Problemen behaftet, auf die im empirischen Teil und insbesondere im Codebook² noch einzugehen sein wird. Andererseits sind auch verwertbare soziale Daten zu den meisten Staaten der islamischen Welt nur schwer erhältlich oder existieren gar nicht erst.³ Auf Daten bezüglich islamistischer Politiker und Bewegungen trifft dies in besonderem Masse zu.⁴

Da erhellende wissenschaftliche Studien über den Zusammenhang zwischen der „Islamismuslastigkeit“ staatlicher Organe und dem Ausmass an muslimisch-extremistischem Terrorismus fehlen, soll im Folgenden überprüft werden, ob aus der Literatur zu verwandten Forschungsbereichen Erkenntnisse abgeleitet werden können. Als erstes bietet sich die Literatur zum Thema „islamistische Bewegungen“⁵ an. Die bereits erwähnte problematische Datenlage bezüglich islamistischer Bewegungen bringt es mit sich, dass quantitative Studien nicht nur in Bezug

²Siehe Appendix unter C.

³Bereits Angaben zur Gesamtbevölkerungszahl beruhen häufig auf Schätzungen, da in einzelnen Staaten ein Zensus ein hochsensibles Politikum darstellt. Noch wesentlich schwieriger zu erhalten sind beispielsweise verlässliche Zahlen zu Konfessionszugehörigkeiten.

⁴Die Gründe hierfür reichen von einer in gewissen Bereichen fehlenden Kultur der systematischen Datenerfassung und -aufbewahrung in den Staaten der Region bis hin zu fehlendem politischen Willen, beispielsweise Parteizugehörigkeit offen auszuweisen und Einblick in die Zusammensetzung staatlicher Institutionen zu gewähren.

⁵Bei einer islamistischen Bewegung handelt es sich grundsätzlich immer auch um eine politische Bewegung, da eine politische Dimension der Idee des Islamismus inhärent ist. Für eine Beschreibung des Begriffs siehe das sich anschliessende Unterkapitel „Exkurs: Islamismus“.

auf den hier untersuchten Zusammenhang, sondern ganz allgemein rar sind. In der unüberblickbaren Menge der existierenden Literatur zu diesem im Verlauf des letzten Jahrzehnts sehr populär gewordenen Thema finden sich nur wenige Studien, welche eine Quantifizierung des Phänomens vornehmen. Eine Ausnahme bildet eine von der Konrad Adenauer Stiftung in Kairo publizierte Studie über das Aufkommen von islamistischen Strömungen in arabischen Parlamenten (Surur 2007). Allerdings zeigen sich die Schwierigkeiten der Datenerhebung auch bei dieser ausschliesslich von Autoren aus der Region erstellten Studie. So wurde die Quantifizierung der islamistischen Parlamentssitze auf gewählte Kammern beschränkt und die weitaus intransparenteren zweiten Kammern⁶, deren Mitglieder in der Regel vom Regenten ernannt werden, ausser Acht gelassen (Abd Al-Fattah 2007).

Eine bedeutende Sparte der nicht-quantitativen Literatur zum Thema untersucht die Beziehung zwischen Islamismus und Demokratie. Auch sie erhielt vor allem durch die Geschehnisse des 11. Septembers 2001 und die Bush-Doktrin der Demokratisierung des Nahen Ostens neue Aktualität und Aufmerksamkeit und widmet sich der Überlegung, inwiefern islamistische Bewegungen in ein demokratisches System eingebunden werden können, ohne dessen Existenz zu gefährden. Im Zentrum steht hierbei die Frage, ob die Übernahme politischer Verantwortung islamistische Politiker und Parteien zu einer Mässigung bewegen kann.⁷ Zu der optimistischen Seite in der Debatte, welche eine Mässigung islamistischer Bewegungen zumindest für wahrscheinlich hält, gehören Kuthy (2008, 17), Baylouny (2004) und Yacoubian (2006). Diese Autoren argumentieren, aufgrund der Notwendigkeit von taktischen Kooperationen und dem Druck zur pragmatischen Lösungsfindung⁸ sei eine programmatische Mässigung wahrscheinlich.

Neben der Literatur zu islamistischen Bewegungen könnte auch diejenige zum Thema „Terrorismus“ von Bedeutung für die vorliegende Arbeit sein. Sie füllt selbstredend viele Bibliotheken. Über die Gründe, welche Menschen dazu bringen, terroristische Gewalt zu verüben, gehen die Meinungen weit auseinander. Während einige Autoren den Hauptgrund in Armut und fehlender ökonomischer Entwicklung sehen, versuchen andere, die Ursächlichkeit so unterschiedlicher

⁶Bikamerale Systeme kennen unter anderen Algerien, Ägypten, Jordanien, Marokko und Yemen.

⁷Als solche wäre bereits die Bereitschaft zu betrachten, sich an die formellen demokratischen „Spielregeln“ zu halten, also beispielsweise die Ergebnisse von freien Wahlen anzuerkennen.

⁸Eine Partei, welcher eben erst mehr Macht eingeräumt wurde, steht in der entsprechenden Institution unter enormem Erfolgsdruck. Sie hat den Beweis anzutreten, dass sie für die drängenden realpolitischen Probleme effiziente Lösungen herbeiführen kann. Andernfalls drohen schnelle Verluste in der eigenen Anhängerschaft.

Variablen wie „Unzufriedenheit von Eliten“ (Crenshaw 1981), „staatliche Repression“, „ökonomische Freiheit“, „Demokratie-Level“ (Kurrild-Klitgaard et al. 2006), „Bildungsniveau“, „ethnische Fraktionalisierung/Polarisierung“ (Basuchoudhary/Shughart II 2007), „religiöse oder sprachliche Heterogenität“ oder „Globalisiertheit“ (Kitschelt 2004) zu belegen. Im speziellen Fall von islamisch-extremistischem Terrorismus ist „Bildungsniveau“ als Erklärungsfaktor mittlerweile weitgehend delegitimiert (Azam 2005). Dafür sehen gewisse Autoren Gründe in der islamischen Religion selber angelegt. Auch der Palästina-Konflikt oder radikalisierte Prediger werden bisweilen als Ursache aufgeführt. Als allgemein anerkannte Erklärungsursache für das Auftreten von Terrorismus konnte sich indes keine dieser Variablen etablieren.

In einem Aspekt des Themas sind quantitative Studien vorhanden: In der Frage nach dem Verhältnis zwischen Demokratie und Terrorismus. Dies sind gleichzeitig diejenigen quantitativen Studien, welche der Intention der vorliegenden Arbeit am nächsten kommen. Geht man davon aus, dass demokratische Verhältnisse in den Staaten des Nahen Ostens eine stärkere Vertretung islamistischer Kräfte zur Folge hätten⁹, so sollten sich von Studien dieser Art einige Erkenntnisse in Bezug auf die Fragestellung der vorliegenden Studie ableiten lassen können. In Tat und Wahrheit wird dies aber durch die Tatsache verunmöglicht, dass die erwähnten Studien eine Reihe von Faktoren beinhalten, welche die erhaltenen Resulte im Licht dieser Fragestellung als weitgehend wertlos erscheinen lassen. Als Beispiele seien die Arbeiten von Li (2005), Dalacoura (2006) und Kurrild-Klitgaard et al. (2006) genannt. Li misst Terrorismus anhand des geographischen Ortes seiner Manifestation. Hat also in Italien ein Anschlag stattgefunden, so wird dieser Italien zugerechnet. Werden nun in der statistischen Analyse die Variablen „Demokratie“ und „Terrorismus“ einander gegenübergestellt, so mögen auf diese Weise Erkenntnisse hinsichtlich der Anfälligkeit demokratischer Systeme gegenüber Terrorismus möglich sein. Allerdings drängt sich die Frage auf, welchen praktischen Wert auf diese Weise generierte Ergebnisse haben, inwiefern sie in Policy-Empfehlungen ummünzbar sind. Stellt sich eine positive Beziehung zwischen Terrorismus und Demokratie heraus – was ist dann demokratischen Staaten zu raten, welche verhältnismässig viel Terrorismus erfahren? Staaten wie Israel oder Spanien dürften es kaum als valable Option betrachten, ihre Demokratien abzuschaffen oder stark einzuschränken. Zudem bleibt in Li's Vorgehen unberücksichtigt, ob die Täter eigene Staatsbürger sind oder aus fremden Staaten

⁹Siehe Seite 11.

kommen — eine für die vorliegende Arbeit, welche sich für das *Entstehen* von Terrorismus interessiert, alles andere als triviale Differenzierung. Ob demokratische Systeme Bereitschaft und Willen zu terroristischer Gewalt fördern oder hemmen, könnte nur beantwortet werden, wenn alle Gewalttäter in Li's Studie ausschliesslich im eigenen Land Terrorakte verüben würden. Dies aber ist angesichts der geographischen und zeitlichen Reichweite¹⁰ von Li's Studie und der Existenz zahlreicher für grenzüberschreitende Aktionen bekannter Terrororganisationen eine reichlich unrealistische Annahme.

Was die bereits erwähnte Studie von Dalacoura anbelangt, so ist diese keineswegs aufschlussreicher, sondern weist im Gegenteil massive Mängel auf. Die Autorin fokussiert im Gegensatz zu Li auf den Nahen Osten und will spezifisch den „islamistischen Terrorismus“ untersuchen — das Erkenntnisinteresse ist demjenigen der vorliegenden Arbeit daher noch deutlich näher als im Fall von Li's Studie. Dalacoura weist explizit auf die Problematik hin, dass bei der Klassifizierung terroristischer Akte anhand deren geographischen Auftretens Rückschlüsse auf die Beziehung zwischen islamistischem Terrorismus und dem Ausmass der Demokratie in den Staaten der Region verfälscht werden, da Terroristen im Ausland in Erscheinung treten können und entsprechende Terrorakte damit dem „falschen“ Staat zugeordnet würden (2006, 512). Allerdings unternimmt sie keinerlei Anstrengungen, das Problem anzugehen. Die Unterlassung wiegt umso schwerer, als dass Dalacoura bei der Erfassung der Terrorakte ausschliesslich auf die ITERATE-Datenbank abstützt, welche lediglich Terrorakte grenzüberschreitenden Charakters¹¹ erfasst. Diese letzte Tatsache impliziert zusätzlich zu der grossen Anzahl fast sicherer „falscher Zurechnungen“ ein weiteres Problem: Rein innerstaatliche Terrorakte — von Inländern geplant und ausgeführt und gegen ausschliesslich inländische Ziele gerichtet — fallen auf jeden Fall aus der Rechnung. Damit aber geht der Untersuchung eine Kategorie von Terrorakten verloren, auf welche bei einer Studie mit dieser Zielsetzung schlichtweg nicht verzichtet werden kann, wenn gültige Ergebnisse erreicht werden sollen. Schliesslich ist zu kritisieren, dass Dalacoura den „islamistischen Terrorismus“ untersuchen will, faktisch aber einfach nur „Terrorismus“ misst. Die ITERATE-Datenbank macht keine Angaben zur Ideologie von spezifischen Gruppierungen, und Dalacoura verzichtet auf den Versuch einer Klassifizierung. Damit fliessen jedoch auch Terrorakte rein

¹⁰Li untersucht 119 Staaten und seine Untersuchungsperiode erstreckt sich von 1975 bis 1997.

¹¹Der grenzüberschreitende Charakter der ITERATE-Terrorakte impliziert nicht zwangsläufig eine ausländische Täterschaft, macht eine solche aber dennoch ziemlich wahrscheinlich. Für eine Beschreibung von ITERATE siehe Appendix unter C.1.

ethnischen oder rein politischen Hintergrunds in die Ergebnisse mit ein und verfälschen diese weiter.

Kurrild-Klitgaard et al. gehören zu den ganz wenigen Autoren, welche Terrorakte den Ursprungsländern der Terroristen zurechnen (2006, 297-298). Sie kommen dabei zum Schluss, dass die Höhe des „Demokratie-Levels“ eines Staates negativ mit der Wahrscheinlichkeit zusammenhängt, dass dieser Staat Terroristen „produziert“. Vor dem Hintergrund des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Studie vermindert sich der Wert dieses Ergebnisses allerdings durch die Tatsache, dass Kurrild-Klitgaard et al. nicht etwa muslimisch-extremistischen Terrorismus untersuchen, sondern Terrorismus allgemein. Zudem verwenden sie wie Dalacoura ausschliesslich die ITERATE-Datenbank und beschränken sich damit trotz expliziter gegenteiliger Absicht (2006, 297) auf transnationalen Terrorismus.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die dieser Arbeit zu Grunde liegende Fragestellung bislang in keiner quantitativen Studie befriedigend untersucht wurde und eine auf die Staaten der Region des Nahen Ostens generalisierbare Antwort noch aussteht. Diejenigen quantitativen Studien, die dem Erkenntnisinteresse dieser Arbeit am nächsten kommen, weisen eine Reihe von Mängeln auf, welche gleichzeitig auch primäre Schwierigkeiten bei der Konzeption der vorliegenden Studie anzeigen. Es handelt sich dabei um die folgenden Punkte:

1. Quantifizierung der Stärke islamistischer Bewegungen in staatlichen Institutionen
2. Zuordnung von Terrorakten zu den Staaten, die sie „generierten“ (also den Heimatländern der Attentäter) – und nicht zu denjenigen, die sie „erfahren“ haben
3. Berücksichtigung von allen Arten von Terrorakten, also sowohl grenzüberschreitenden als auch rein innerstaatlichen
4. Differenzierung von Terrorakten und spezifische Erfassung von *muslimisch-extremistischem* Terrorismus
5. Klare und explizite Konzeptionierung der Rolle islamistischer Parteien und Politiker hinsichtlich des islamisch-extremistischen Terrorismus

Diese Arbeit zielt darauf ab, für alle aufgezählten Schwierigkeiten Lösungen zu finden und damit die Schwächen der bestehenden, verwandten quantitativen Studien zu beheben.

Bevor nun das theoretische Gerüst für den eigenen Beitrag zur Debatte erläutert wird, soll ein knapper Exkurs zum Thema Islamismus sicherstellen, dass keine terminologischen und konzeptionellen Unklarheiten das Verständnis erschweren.

2.2 Exkurs: Islamismus

Für das richtige Verständnis des anschliessenden Entwurfs eines neuen theoretischen Modells ist die Bedeutung des Begriffs „Islamismus“ zentral. Potenziellen Missverständnissen soll an dieser Stelle mit einem kurzen Exkurs vorgebeugt werden.

Gemäss einem breit anerkannten Islamismus-Verständnis, wie es beispielsweise im islamwissenschaftlichen Standardwerk „Der Islam in der Gegenwart“ von Ende/Steinbach (2005) zum Ausdruck kommt, bedeutet Islamismus die Überzeugung, das gesamte private und öffentliche Leben müsse durch den Islam bestimmt werden. In dieser Denkweise gibt es für *jedes beliebige* in der Gesellschaft auftretende Problem eine religiös fundierte Antwort, welche unmittelbar aus den Texten der Offenbarung, dem Koran oder der Sunna, abgeleitet werden kann (Steinbach/Hartung 2005). Exemplarisch manifestiert sich diese Haltung am Beispiel der ägyptischen Muslimbruderschaft, welche ihre politische Ausrichtung mit dem knappen Wahlslogan „Der Islam ist die Lösung“ auf den Punkt zu bringen pflegte (Parlamentarischer Block der Muslimbruderschaft 2007a). Da sich ein solches Primat der Religion am besten unter der Herrschaft von Theologen und der Geltung der Scharia umsetzen lässt, fokussieren die Hoffnungen von Islamisten im allgemeinen auf den islamischen „Gottesstaat“ (Roy 2006, 71; Burgat 2003, 60). Zu den einflussreichsten Vertretern und Vordenkern dieser Ideologie gehörten der 1979 verstorbene indisch-pakistanische Journalist Mawlana Mawdudi, der Gründer der ägyptischen Muslim-Bruderschaft, Hassan Al-Banna, sowie der in den 60er-Jahren in Ägypten exekutierte Autor Sayyid Qutb.

Hinter dem Wunsch nach einer Ableitung jeder politischen Regelung aus einer religiösen Quelle steht die Überzeugung, der Mensch sei nicht dazu befugt, sich selber Gesetze zu geben. Nur Gott weiss gemäss dieser Sicht, welche Ordnung seiner Gemeinde zum Wohl verhilft. Er ist der wahre und einzige Souverän (Krämer 1993b, 6). Legislative Organe werden daher als unislamisch wahrgenommen (Aba-Namay 1993, 309; Hafez 2000, 365) oder gar als blasphemisch verunglimpft (Takeyh 2003, 68).

Auf die anhaltende Diskussion über die Determinanten des Islamismus¹² soll und kann in dieser Studie nicht eingegangen werden. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass die Haltung der Islamisten keineswegs aus der Luft gegriffen, sondern mit Koran und Hadithen¹³ durchaus legitimierbar ist (Farmer 2007, 217). Zudem können sich Islamisten darauf berufen, dass auch der Prophet Muhammad nicht lediglich geistlicher Führer war, sondern mit demselben Selbstverständnis als politischer Oberhaupt und militärischer Oberbefehlshaber amtierte (Elger 2002, 29). Die von ihm erteilten Weisungen galten dabei als direkt „durch Gott erlassen“ (Busse 1996, 25).

Allerdings gilt es im Auge zu behalten, dass der Islamismus keineswegs eine homogene Strömung darstellt. Ganz im Gegenteil: Zur gemeinsamen Grundausrichtung gesellen sich die unterschiedlichsten Schattierungen (Cavatorta/Elananza 2006, 4) hinzu. Schliesslich ist sich die islamistische Strömung lediglich darin einig, dass der Islam immer und überall die Antwort zu sein hat – wie die religiösen Texte jedoch zu interpretieren und in den konkreten Alltag zu übersetzen sind, darüber gehen die Meinungen teilweise weit auseinander. Dies ist auch der Grund dafür, dass zwischen sunnitischen und schiitischen Islamisten fast zwangsläufig Uneinigkeit vorherrscht.¹⁴

2.3 Exkurs: Terrorismus

Bekanntlich gibt es keine international anerkannte Definition von Terrorismus. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass das Ringen um einen Wortlaut im höchsten Masse politisiert ist und etliche Staaten jede Formulierung ablehnen, welche ihnen nahestehende Gruppierungen in die Gefahr bringen würde, entsprechend klassifiziert zu werden. Diese Tatsache soll aber nicht darüber hinweg täuschen, dass auf einer abstrakteren Ebene und zumindest hinsichtlich der allgemeinen Natur des Terrorismus dennoch weitgehender Konsens besteht. Die meisten Autoren verstehen unter Terrorismus eine bestimmte gewaltsame Strategie oder Vorgehensweise. Das Motiv hinter der Tat bleibt dabei weitgehend irrelevant (Dalacoura 2006, 510).

¹²Autoren wie Turner (2003) betrachten Islamismus nicht als Ausdruck eines dem Islam inhärenten und immer schon dagewesenen Anspruchs, sondern lediglich als Produkt sozialer Frustrationen.

¹³Die „Prophetentraditionen“ – mündlich überlieferte Taten und Aussprüche des Propheten Muhammad, welche später in umfangreichen „Sammlungen“ verschriftlicht wurden.

¹⁴Schliesslich bestehen eben genau in der Deutung der religiösen Texte teilweise substantielle Unterschiede zwischen der sunnitischen und der schiitischen Konfession.

Terrorismus bezeichnet nach weitestgehender Übereinstimmung aussergesetzliche Gewalt gegen Zivilpersonen und zivile Einrichtungen.¹⁵ Dabei ist es unerlässlich, dass die zivilen Ziele nicht zufällig getroffen, sondern bewusst und vorsätzlich ins Visier genommen werden (Kurrild-Klitgaard et al. 2006). Viele Autoren machen darüber hinaus geltend, Terroristen verfolgten politische, religiöse oder ideologische Ziele und bezweckten mit ihren Aktionen, ein breiteres Publikum einzuschüchtern und gleichzeitig eigene Unterstützer zu mobilisieren (Li 2005, 280; Mickolus 2004, 2; LaFree/Dugan 2008a).

In dieser Studie wird eine breite Terrorismus-Definition verwendet. Unter Terrorismus wird demzufolge illegale Gewalt verstanden, welche sich absichtlich gegen nichtmilitärische Ziele richtet. Islamisch-extremistischer Terrorismus bezeichnet dementsprechend durch Individuen muslimischen Glaubens verübte, religiös motivierte und legitimierte aussergesetzliche Gewalt gegen nichtmilitärische Ziele. Solche Terroristen sind jedoch auf keinen Fall mit Islamisten gleichzusetzen. Die erdrückende Mehrheit muslimisch-extremistischer Terroristen sind zwar Islamisten, da die Bereitschaft, im Namen des Islams zu töten, fast immer mit einem sehr wörtlichen Verständnis der religiösen Texte und damit der Forderung nach dem „islamischen Staat“ einhergeht. Der Umkehrschluss ist jedoch nicht zulässig: Die Tatsache, dass ein Individuum die vollständige Ausrichtung von Staat und Gesellschaft nach islamischen Kriterien befürwortet, sagt nichts über dessen Haltung zu Gewalt und Militanz aus (Asseburg 2007, 9). Diese bedeutende Differenzierung schlägt sich auch in der Sprachregelung dieser Arbeit nieder: Um eine irreführende Verwischung der Begrifflichkeiten zu vermeiden, wird bewusst auf den Ausdruck „islamistischer Terrorismus“ verzichtet. An seiner Stelle wird jeweils der Ausdruck „islamisch-extremistischer Terrorismus“ oder „muslimisch-extremistischer Terrorismus“ verwendet.

Nach der Klärung der Begriffe „Islamismus“ und „Terrorismus“ wird im folgenden Unterkapitel ein eigenes theoretisches Modell skizziert, welches den Zusammenhang zwischen der Repräsentation von Islamisten in den relevanten politischen Institutionen der Staaten des Nahen Ostens und dem Ausmass des muslimisch-extremistischen Terrors erklären soll.

¹⁵Der weitgehenden grundsätzlichen Übereinstimmung zum Trotz existieren komplexe definitorische Schwierigkeiten. Am Begriff „Zivilpersonen“ zeigt sich dies exemplarisch. So differieren die Ansichten beträchtlich, wer alles unter diese Kategorie zu fallen hat. Sind beispielsweise Armee-Angehörige in rein medizinischer Funktion ebenfalls als Zivilisten zu betrachten? Auf eine vertiefte und detaillierte Diskussion derartiger „technischer“ Aspekte soll hier allerdings verzichtet werden.

2.4 Entwurf eines neuen theoretischen Modells

2.4.1 Aktive und passive Einflüsse islamistischer Politiker

Nachdem die terminologischen Grundlagen erstellt sind, soll nun im Sinne einer Hinführung zum theoretischen Gerüst dieser Studie als Erstes geklärt werden, wie die Rolle islamistischer Parteien oder Politiker in Bezug auf den muslimisch-extremistischen Terrorismus in dieser Arbeit konzipiert wird. Im Unterkapitel zum Stand der Forschung wurde bemängelt, in vielen Studien zum Thema Terrorismus würden islamistische Politiker in den Dunstkreis terroristischer Akteure gerückt, ohne dass Qualität und Wirkungsweise der Beziehung näher spezifiziert würden.¹⁶ Um diese Ambivalenz zu vermeiden, werden islamistische Parteien und Politiker in dieser Arbeit als rein politische Akteure betrachtet, welche keinerlei direkte Verbindungen zu terroristischen Organisationen aufweisen. Dies stellt selbstredend eine Komplexitätsreduktion dar. Indem islamistische Politiker als eigenständige Akteure ohne Berührungspunkte mit terroristischen Organisationen verstanden werden, wird jedoch dem fünften Punkt in der Liste der zentralen Herausforderungen dieser Studie Genüge getan, welcher eine klare und generalisierbare Konzeption der Rolle islamistischer Politiker hinsichtlich der Terrororganisationen einfordert.¹⁷ Die Simplifizierung rechtfertigt sich weiter damit, dass ein Grossteil der islamistischen Parlamentarier tatsächlich keinerlei Affinität oder gar Verbindungen zu terroristischen Organisationen aufweist. Weiter wird damit auch der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass in Bezug auf die Quantität von Terrorismus nicht politische Kader von terroristischen Organisationen die entscheidende Grösse darstellen, sondern der Rückhalt im Volk und damit das Rekrutierungspotenzial. Fehlt der gesellschaftliche Rückhalt, müssen terroristische Gruppierungen auf längere Sicht ihre Aktivitäten einstellen (Baylouny 2004). Einerseits lassen sich die hohen Kosten der gewaltsamen Konfrontation nicht aufrechterhalten, wenn keinerlei Aussicht darauf besteht, dass die ideale Saat im Volk auf fruchtbaren Boden fallen und somit die Vision eines Tages Realität werden könnte. Andererseits hängt die Bedrohlichkeit einer muslimisch-extremistischen Terrorbewegung in erster Linie davon ab, wie gut Lücken mit aus dem Volk rekrutierten Attentätern aufgefüllt werden können. Daher ist nicht zu erwarten, dass es bezüglich des Ausmasses des muslimisch-extremistischen Terrorismus einen wesentlichen Unterschied macht, wenn eine der wenigen islamis-

¹⁶Siehe Seite 19.

¹⁷Siehe Seite 19.

tischen Parteien, welche sich tatsächlich zweifelsfrei terroristischer Methoden bedienen¹⁸, politisch eingebunden wird. Extremistische Kader können das Potenzial in der Bevölkerung lediglich mobilisieren und ausnützen, nicht aber eigentlich generieren – dies ist eine Prämisse dieser Studie. Wie aber wird das terroristische Potenzial generiert? Die Antwort führt wieder zu den islamistischen Politikern zurück. In dieser Studie soll argumentiert werden, dass sie neben dem wenig relevanten *aktiven* Einfluss einen viel bedeutenderen *passiven* auf das Terror-Niveau ausüben – und dass dieser passive Einfluss entscheidend vom Grad der politischen Einbindung abhängig ist.

Bevor erklärt werden kann, wie dieser passive Einfluss wirkt, ist Ronald Ingleharts Theorie des Wertewandels kurz zu rekapitulieren. Sie bildet die Grundlage, auf der das in dieser Studie propagierte theoretische Modell entwickelt wird.

2.4.2 Ingleharts Theorie des Wertewandels

Ronald Inglehart entwickelte in den 70er-Jahren eine viel beachtete Theorie zum Wertewandel, welche die zunehmende Herausbildung und Höhergewichtung von Werten wie politischer Freiheit oder Umweltschutz erklären sollte. Inglehart versteht Werte als Präferenzen – für bestimmte persönliche und soziale Ziele, aber auch für die Methoden, mit denen erstere anzustreben sind. Um den in industrialisierten, hoch entwickelten Gesellschaften stattfindenden Wertewandel systematisch zu beschreiben, postuliert Inglehart, die grundlegenden Wertprioritäten würden einerseits durch eine „Knappheits-Hypothese“ und andererseits durch eine „Sozialisations-Hypothese“ festgelegt.

In seiner ersten Hypothese greift Inglehart auf ein in den 40er-Jahren zum ersten Mal bekannt gemachtes Modell von Abraham Maslow zurück. Maslow gliederte die menschlichen Bedürfnisse hierarchisch und versinnbildlichte sie in einer Pyramidenform. Wie Abbildung 1 zeigt, verortete Maslow auf der untersten Pyramidenstufe Basisbedürfnisse wie Schlafen, Essen und Trinken. Auf der zweiten Stufe finden sich die hierarchisch übergeordneten Sicherheitsbedürfnisse. Auf diese wiederum folgen soziale Bedürfnisse, dann die Bedürfnisse der Anerkennung und der Aufmerksamkeit, und schliesslich bildet das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung auf der fünften Stufe die Spitze der Pyramide. Die hierarchische Ordnung bedeutet bei Maslow, dass Individuen erst dann Befriedigung

¹⁸Ein Beispiel hierfür ist die libanesische Hisbollah, welche sich aktiv am politischen Prozess beteiligt, gleichzeitig aber aufgrund der Aktivitäten ihres militärischen Flügels eindeutig als Terror-Organisation einzustufen ist.

für ein bestimmtes Bedürfnis anstreben, wenn sämtliche Bedürfnisse der hierarchisch tieferen Pyramidenstufen befriedigt sind.¹⁹ Bevor also Hunger und Durst (1. Stufe) gestillt sind, haben beispielsweise Bedürfnisse nach Schutz (2. Stufe) oder gar sozialer Anerkennung (4. Stufe) sehr wenig Relevanz für das Individuum (Maslow 1999, 62-79).

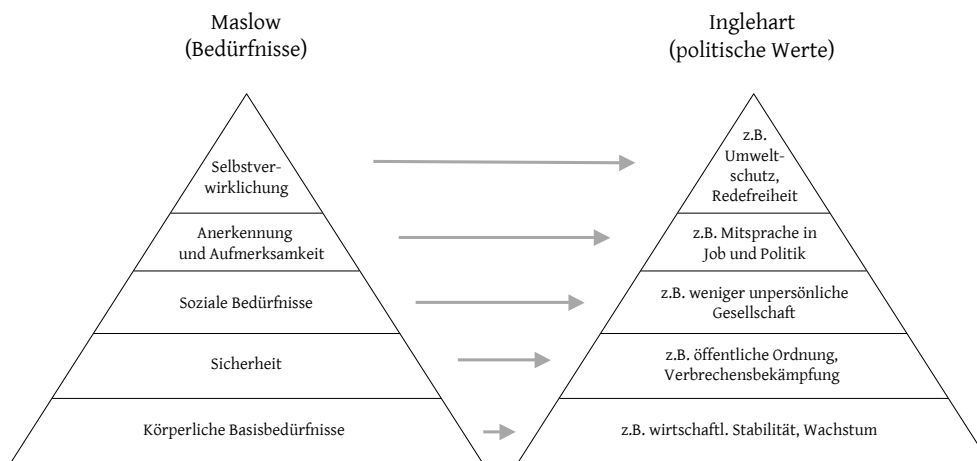


Abbildung 1: Bedürfnispyramide nach Maslow und Ingleharts Ableitungen

Inglehart überträgt nun unter Beibehaltung derselben Logik politische Werte auf die Pyramide, indem er diese aus den Maslowschen Bedürfnissen ableitet. Die Bedürfnisse der Selbsterhaltung schlagen sich dementsprechend in wirtschaftlichen Werten wie Stabilität, Wachstum und dem Kampf gegen Inflation nieder. Die Sicherheitsbedürfnisse finden ihr Pendant in Werten der öffentlichen Ordnung, der Verbrechensbekämpfung und der Landesverteidigung; Mitspracherechte im Job und in der Politik stehen für das Bedürfnis nach Anerkennung. Ganz zuoberst in Ingleharts Hierarchie stehen ästhetische und intellektuelle Werte wie der Wunsch nach schönen Städten und intakter Natur oder Redefreiheit. Im weiteren unterteilt Inglehart seine neu gewonnene Wertepyramide begrifflich in zwei Teile: Die Werte auf den Stufen der Selbsterhaltung und der Sicherheit bezeichnet er als „materielle Werte“, alle hierarchisch höher gelegenen dagegen als „postmaterielle Werte“. Dementsprechend wendet sich der Mensch dann – und erst dann – den postmateriellen Werten zu, wenn auf den hierarchisch tieferen

¹⁹Die hierarchische Ordnung zwischen den beiden höchsten Pyramidenstufen ist nicht mehr deutlich. Immerhin aber wird in Maslows Modell klar, dass Bedürfnisse dieser Stufen erst dann wirklich relevant werden, wenn die Bedürfnisse der Stufen eins bis drei befriedigt sind (Inglehart 1977, 22-23).

Stufen der Pyramide keine Knappheit mehr besteht, die materiellen Ziele also bereits erreicht wurden.

Die Sozialisations-Hypothese betont die Wichtigkeit der Adoleszenz-Jahre. Ihr entsprechend haben die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen, unter denen ein Individuum in den Jahren vor dem Eintritt ins Erwachsenenalter lebt, einen entscheidenden Einfluss auf die Herausbildung eines persönlichen Werte-Prioritätensystems. In Ingleharts eigenen Worten: „One’s value priorities reflect the conditions that prevailed during one’s preadult years” (Inglehart 1981, 881). Nach diesen prägenden Jahren ist die eigene Wertehierarchie zwar nicht immun gegen Veränderung, erweist sich aber als äusserst robust. Späterer Wandel muss stets hart gegen diese frühe Prägung ankämpfen.

Aus der Kombination dieser zwei Hypothesen generiert Inglehart ein allgemeines Modell des Wertewandels. Dieses besagt, dass die individuellen Wertesysteme früh im Leben herausgebildet und darin jene Werte priorisiert werden, die an schwer zu erreichende Ziele gekoppelt sind (Knappheit). Da die sozioökonomischen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahrzehnten grossen Veränderungen unterworfen waren, haben sich auch die relativen Knappheiten von physischen und nicht-physischen Gütern verschoben. Damit geht gemäss Inglehart ein Wandel in den individuellen Wertesystemen zu Gunsten des Postmaterialismus einher, da immer mehr Individuen ihre Adoleszenz unter den Bedingungen geringer existenzieller Unsicherheit und grösseren Wohlstands durchlebt, dafür aber „postmaterielle” Knappheiten erfahren haben. Als Folge davon sehnen sich diese Individuen ihr Leben lang vermehrt nach der Erfüllung von Zielen, welche in Ingleharts Pyramide Werten höherer Stufen entsprechen (Inglehart 1977, 1990 und 1997).

Inglehart wollte den *Wandel* von Werten erklären — dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Theorie in ihrem Kern aus Erklärungen besteht, warum sich bestimmte Werte wann herausbilden und welche relative Bedeutung unterschiedliche Bedürfnisse und damit verbundene Werte für das Individuum erhalten. Diese Erklärungen erweisen sich im Licht des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Studie als äusserst aufschlussreich.

2.4.3 Das Wesen des Staates in der Wertehierarchie

Moralische und religiöse Belange sind auf der zweiten Pyramidenstufe angesiedelt. Sie gehören ebenfalls zu den Sicherheitsbedürfnissen (Maslow 1999, 69), da sie dem orientierungslosen Individuum vermitteln, wie das „gute” und „richtige”

Leben gelebt werden muss und damit Stress und Ängste reduzieren. Indem religiöse Ideologien dem Menschen Verhaltensregeln liefern, versichern sie ihm, dass das Universum einem bestimmten Plan folgt. Sie vermitteln den tröstlichen Glauben, dass alles gut enden wird (wenn nicht im Dies-, dann zumindest im Jenseits), solange sich das Individuum an die religiösen Regeln hält (Norris/Inglehart 2004, 19).

Wo aber ist das Bedürfnis nach einer bestimmten, vom Individuum favorisierten Ausgestaltung des Staates zu verorten? Wohlgermerkt tangiert das Wesen eines Staates *per se* das Leben eines Individuums nicht direkt. Interessiert sich dieses a priori nicht für Politik oder zieht sich a posteriori aus Verdruss in die individuelle Lebenswelt zurück, so braucht letztere nicht beeinträchtigt zu werden. Das persönliche Lebensumfeld ist erst dann konkret betroffen, wenn der Staat Regelungen erlässt, welche den Interessen des Individuums zuwiderlaufen. Dementsprechend sind spezifische politische Regelungen der Grund für die Beeinträchtigung der individuellen Lebenswelt, und nicht die Organisation oder das Wesen des Staates. Schliesslich können unerwünschte Policies auch in einem Staat erlassen werden, dessen Charakteristika vollumfänglich den eigenen Vorstellungen entsprechen. Umgekehrt kann auch ein als gänzlich „unpassend“ empfundenes Staatswesen Gesetze erlassen, welche das eigene Leben vorteilhaft beeinflussen. Dementsprechend ist der Wunsch nach einer spezifischen Ausgestaltung des Staates, sofern letztere als Wert für sich verstanden wird und nicht an konkrete Policy-Vorstellungen gekoppelt ist, eine Konsequenz aus individuellen ethischen Vorstellungen. Inglehart würde diesen Wert daher auf der höchsten Stufe der Pyramide ansiedeln und genauso wie zum Beispiel den Wunsch nach Redefreiheit zur Kategorie der intellektuellen und ästhetischen Werte zählen.

Wünsche hinsichtlich Beschaffenheit und Wesen des Staates gehören nach Inglehart demzufolge zu den postmaterialistischen Werten. Doch hier ist Vorsicht angebracht. Bei genauer Betrachtung ist diese Einordnung nur im Fall von westlichen und einigermaßen liberalen muslimischen Gesellschaften überzeugend, nicht aber hinsichtlich islamistischer Milieus. Hier kommt nämlich ein zusätzliches, entscheidendes Element hinzu. Der Staat steht bei Islamisten nicht mehr ausserhalb der individuellen Lebenswelt, sondern ist inhärenter Teil davon. Der Islam wird von Islamisten nicht als „blosse“ Religion verstanden, sondern als alles umfassendes Regelwerk, als politische Ideologie, welche sämtliche Aspekte der Gesellschaft prägen muss – also Politik, Recht, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und so weiter (Roy 2006, 71). Dies verunmöglicht eine „innere Emigration“, die

Abwendung von der Politik. Das Wesen und die Ausgestaltung des Staates wird zur ureigenen Angelegenheit des Gläubigen, da ein wahrlich gottgefälliges Leben nur innerhalb eines Staates möglich ist, der gemäss den göttlichen Offenbarungen und dem Vorbild des Propheten Muhammad funktioniert und konzipiert ist (Berman 2003, 257; Krämer 2007, 174). Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Scharia, deren Etablierung als Rechtsquelle eine zentrale Forderung jeder islamistischen Bewegung darstellt (Hiro 2002, 398) und in vielen Staaten der Region mit Nachdruck und grosser Beharrlichkeit verlangt wird.²⁰ Wird die Rechtsordnung eines Staates oder zumindest Teile davon²¹ von säkularen Rechtsquellen determiniert, riskiert der Gläubige bei Inkompatibilitäten staatliche Sanktionen und Zwang. Selbst wenn sich für das Individuum keine direkten Widersprüche ergeben, bleibt die Frage des Staates relevant. Da Gott gemäss der Auslegung von Islamisten nicht nur Regeln und Gebote für das individuelle Seelenleben erlassen hat, sondern auch verbindliche Normen für Gesellschaft und Staat, sind auch diese nach Gottes Willen zu gestalten. Staat und Religion sind aus dieser Perspektive eine untrennbare Einheit. Wo also ein weniger orthodoxer Muslim sein Seelenheil darin findet, sein individuelles Verhalten so gottgefällig wie möglich auszurichten, fühlt sich ein islamistisch gesinnter Muslim dazu verpflichtet, alles zu unternehmen, um zusätzlich auch den Staat nach gottgegebenen Kriterien zu modellieren. Ohne adäquate Staatsform bleibt sein religiöses Leben unvollständig und unbefriedigend, erst im „islamischen“ Staat ist eine Vervollkommnung als Gläubiger möglich. In islamistischen Milieus oder Gesellschaften taucht daher das Bedürfnis nach einer spezifischen – eben einer „islamischen“ – Ausgestaltung des Staates nicht wie von Inglehart erwartet an der Spitze der Pyramide auf, sondern bereits auf Stufe zwei – der Stufe der Religion und der Sicherheit.

Die unterschiedliche Verortung in der Wertehierarchie hat reale, weitreichende Konsequenzen: Da die Werte der Stufe zwei Vorrang haben vor denjenigen höherer Pyramidenstufen, Werte auf höheren Stufen sich also erst herausbilden können, wenn die Bedürfnisse tieferer Stufen befriedigt sind, erhält der Wunsch nach der „richtigen“ Staatsform im Fall von Islamisten sehr viel mehr Gewicht als in westlichen Gesellschaften. Auf die Implikationen wird im Folgenden noch ein-

²⁰Siehe beispielsweise Neue Zürcher Zeitung vom 17.2.2009, Seite 2: „Zugeständnis an Pakistans konservative Kräfte. Die Scharia wird im Swat-Tal eingeführt“.

²¹Dies entspricht der aktuellen Praxis in den meisten muslimischen Staaten. Die Scharia hat dabei parallel zu anderen, säkularen Rechtsquellen Gültigkeit. Ihre Anwendung beschränkt sich in diesem Fall auf einzelne Rechtsgebiete, in der Regel auf das Zivilrecht, während z.B. im Strafrecht auf weltliche Rechtsquellen zurückgegriffen wird (Ebert 2005).

zugehen sein. Zuvor aber führt die Argumentation zur Rolle der islamistischen Politiker zurück.

2.4.4 Islamisten als Indikatoren

Dem Wesen des Staates kommt in islamistischen Bevölkerungskreisen also eine aussergewöhnlich grosse Bedeutung zu. Woran aber lässt sich feststellen, wie „islamisch“ der eigene Staat ist? Wie Krämer in ihrer Habilitationsschrift (1993a, zitiert in Tetzlaff 1993, 150) festhält, ist im Detail oft unklar, was einen Staat nun wirklich „islamisch“ macht. Umso schwieriger ist für die breite Masse der islamistischen Bevölkerung eine Determinierung der Schwelle, ab welcher der eigene Staat ausreichend „islamisch“ ist. Für sie drängt sich daher eine „Abkürzung“ auf: Sie verwendet das Ausmass, in dem die relevanten Institutionen des Staates von bekennenden Islamisten geprägt werden, als Indikator.²² Je mehr Islamisten also an den Schalthebeln der Macht sitzen, desto islamischer und gottgefälliger muss der Staat aller Wahrscheinlichkeit nach sein. Schliesslich ist davon auszugehen, dass islamistische Politiker alles in ihrer Macht Stehende unternehmen werden, um den Staat Scharia-konform zu gestalten. Gleichzeitig ist per definitionem ausgeschlossen, dass der angestrebte Gottesstaat von nicht-islamistischen Kräften errichtet wird.

Damit ist nun klar geworden, wie der zu Beginn des Unterkapitels erwähnte *passive* Einfluss der islamistischen Politiker wirkt: Die Bevölkerung erkennt in den islamistischen Vertretern, welche in wichtigen nationalen Organen Einsitz nehmen, einen Indikator und liest an ihrer Anzahl ab, wie „islamisch“ ihr Staat ausgeprägt ist. Die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit über diese Situation schlägt sich in den Diskursen und Haltungen der Erwachsenen nieder. Diese wiederum prägen die sich in der Adoleszenz befindenden Kinder islamistischer Bevölkerungskreise. Wenn auch lediglich in einer passiven Art und Weise, so determinieren faktisch also dennoch die islamistischen Politiker und Parteien, ob ein islamistisch sozialisierter Jugendlicher hinsichtlich der (perzipierten) Islam-Kompatibilität des Staates eine Mangelenerfahrung macht und eine entsprechende dauerhafte Prägung erfährt.

²²In der Verwendung derartiger „Abkürzungen“ besteht kaum ein Unterschied zu westlichen, demokratischen Gesellschaften. Gemäss Downs, welcher den Begriff („Short Cut“) prägte, treffen in entwickelten Demokratien Wähler ihre Entscheidung häufig aufgrund der Parteizugehörigkeit der Kandidaten und nicht aufgrund von unterschiedlichen Inhalten. Diese „Abkürzung“ sei aufgrund der hohen Informationskosten jedoch die rationalste Methode, zu einem „richtigen“ Entscheid zu gelangen (1957, 141ff).

Für einen Islamisten hat der Grad der Repräsentation in einem bedeutenden politischen Organ demzufolge weitreichendere Konsequenzen als für einen liberaleren Moslem oder einen Angehörigen der christlichen Religion²³. Doch wann ist ein Staat „islamisch“ genug? Wieviel Repräsentation genügt? Theoretisch ist für Islamisten zweifellos wünschenswert, dass die relevanten staatlichen Organe mehr oder weniger vollständig von Islamisten beherrscht werden – nur so lässt sich der Gottesstaat realisieren. Dennoch soll hier argumentiert werden, dass sich islamistische Bevölkerungen mit einer proportionalen, also ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Repräsentation zufrieden geben.²⁴ Dies hat pragmatische Gründe. Unterliegen islamistische Kandidaten beispielsweise in freien Wahlen und erhalten in einem bestimmten Organ keine oder nur wenige Sitze, so ist die Ausgestaltung eines „Gottesstaates“ gesellschaftlich augenscheinlich nicht gewünscht und daher (auf gewaltfreiem Weg) schlichtweg nicht realisierbar. Einen Anhänger der islamistischen Ideologie mag dieser Zustand zwar nicht zufrieden stellen – immerhin jedoch mag er sich vergegenwärtigen, dass seine Bewegung das Maximale in ihrer Macht Stehende getan hat, um Staat und Gesellschaft zu islamisieren. Zudem besteht die Hoffnung, dass die islamistische Saat in der Gesellschaft aufgeht und diese der islamistischen Bewegung zu einem späteren Zeitpunkt zu mehr Gestaltungsmacht verhelfen wird. Ganz anders verhält sich die Sache jedoch, wenn den Islamisten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung mehr Gewicht zustehen würde, als sie in den wesentlichen Institutionen in Tat und Wahrheit aufweisen. Dies bedeutet, dass die Bewegung das ihr legitimerweise zustehende Gewicht nicht in die Waagschale werfen kann, um Staat und Gesellschaft so gottesgefällig wie unter den bestehenden Umständen nur irgend möglich zu machen – eine inakzeptable Vorstellung, die zwangsläufig Verbitterung hervorrufen muss.

2.4.5 Konsequenzen einer Unterrepräsentation von Islamisten

Was geschieht nun im Fall einer negativen Prägung, das heißt einem aufgrund einer zu geringen Zahl von Islamisten in bedeutenden Funktionen empfundenen Mangel an Islam-Kompatibilität des Staates? Die Tatsache, dass der Wunsch nach einer favorisierten Staatsform bereits auf Stufe zwei der Pyramide erscheint und

²³Auch innerhalb der christlichen Gemeinschaften mögen in dieser Hinsicht radikalisierte Gruppierungen bestehen, ihre relative Bedeutung ist jedoch gering.

²⁴Es sei nochmals daran erinnert, dass an dieser Stelle nicht von militanten oder fanatisierten Kreisen die Rede ist, sondern von demjenigen Teil der „gewöhnlichen“ Bevölkerung, der islamistisch orientiert ist. Für eine Erläuterung der islamistischen Geisteshaltung siehe Unterkapitel 2.2.

von einem postmaterialistischen zu einem materialistischen Wert wird, hat hier reale Konsequenzen: Da höher verortete Werte sich erst herausbilden können, wenn die Bedürfnisse tieferer Stufen befriedigt sind, erfolgt eine Art Blockierung. Dem Individuum bleibt der Weg zu höherstufigen Werten versperrt. Damit bleiben viele Werte und Bedürfnisse irrelevant, welche in westlichen Gesellschaften selbst unter der Bedingung der Ablehnung der gegenwärtigen Staatsform ihre Bedeutung hätten. Indem Jugendliche aus islamistischen Familien unter diesen Bedingungen aufwachsen, entwickelt sich ihr Wertesystem in eine ganz bestimmte Richtung. Da Sie das Fehlen eines gottgefälligen Staates (die Konsequenz aus der Unterrepräsentation der islamistischen Bewegung) in ihrer Adoleszenz als entscheidenden Mangel in ihrem persönlichen Leben erfahren, werden sie gewissermassen auf das Streben nach diesem raren Gut programmiert und werden dieses Ziel, einschneidende formative Erfahrungen im Erwachsenenalter ausgenommen, zeitlebens als vorrangig erachten²⁵. Durch die starke Fokussierung setzt sich ein Gefühl der Ungerechtigkeit in den Köpfen fest sowie die Vorstellung, die „wahre“ Religion werde böswillig ausgegrenzt und der Islam herabgesetzt. Dabei ist entscheidend, dass in der Vorstellung der Islamisten nicht nur ihrer sozialen Gruppe Unrecht widerfährt, sondern auch *Gott selber*. Die fehlende Ausrichtung des Staates an Gottes Wille wird dabei zum individuell empfundenen und erlebten *Mangel*, der das Leben der Gläubigen vergiftet. Ohnmacht und Wut über das empfundene Unrecht vermögen in der Folge gewisse Individuen derart zu radikalieren, dass sie eine Bereitschaft zu islamisch-extremistischem Terrorismus entwickeln.

Die beschriebene Radikalisierung dürfte kaum automatisch verlaufen. Zu erwarten ist indes zumindest, dass sich durch die Sozialisation im beschriebenen Umfeld die Wahrscheinlichkeit markant erhöht, dass ein Individuum in der Zukunft islamisch-extremistisch motivierte Terrorakte begehen wird. Geht man davon aus, dass nicht jedermann zum Terroristen werden kann, sondern dass eine Radikalisierung in diesem Ausmass spezifische charakterliche oder gar genetische Voraussetzungen erfordert, so ist anzunehmen, dass sich die oben beschriebene Sozialisierung wie folgt auswirkt: Der Teil der Bevölkerung, der die grundsätzlichen charakterlichen oder genetischen Voraussetzungen zum Gewalttäter mitbringt, kann durch das unbefriedigte Bedürfnis der Stufe zwei und seine Fol-

²⁵Laut Dalton strukturiert der Mensch sein ganzes Leben um seine Belief-Systems herum. Die eigenen Werte determinieren dabei sowohl die Sicht auf die Welt als auch die eigene Rolle in der Gesellschaft (2002, 77).

geeffekte „aktiviert“ werden. Das bedeutet, dass ein entsprechendes Individuum genügend radikalisiert ist, um einen Terrorakt zu begehen. Das Einzige, was in diesem Fall noch zur tatsächlichen Umsetzung fehlt, ist eine konkrete Möglichkeit. Abbildung 2 stellt den Zusammenhang graphisch dar.

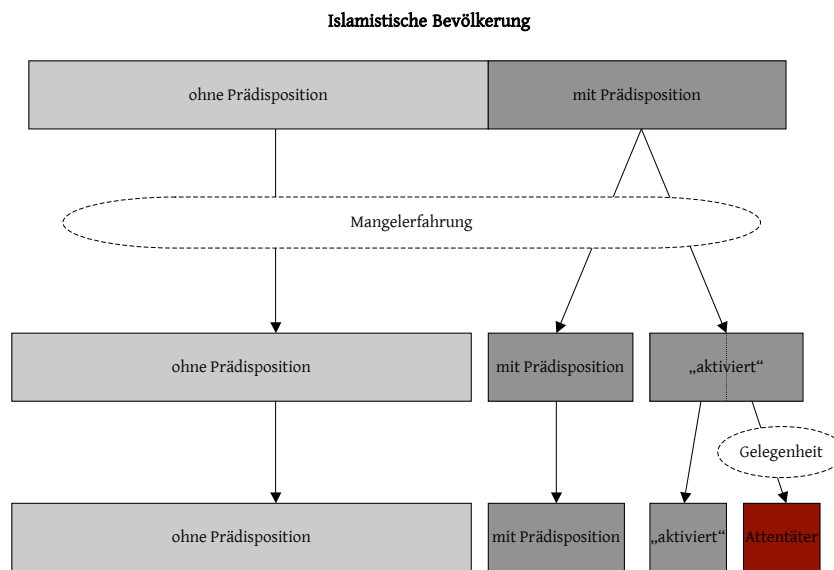


Abbildung 2: Prädisposition und „Aktivierung“ von Attentätern

Unabhängig davon, ob man nun von einer charakterlichen oder genetischen Prädisposition ausgeht oder zusätzlich dazu einschlägig-negative Erfahrungen für unumgänglich hält oder nicht – klar erscheint in jedem Fall, dass die Negativ-Erfahrung der islamistischen Sozialisierung unter der Bedingung der politischen Unterrepräsentation die Zahl der Individuen erhöht, die genügend radikalisiert sind, um einen Terrorakt zu begehen.

Als Ziele „aktivierter“ Terroristen kommen nicht nur Exponenten des eigenen Staates in Frage. Das entstandene Gewaltpotenzial kann sich durchaus auch „gegen aussen“ entladen – dann nämlich, wenn Drittstaaten oder andere Akteure als schlimmere Unterdrücker des Islams betrachtet werden. Gerade die USA laufen aufgrund ihrer aktiven globalen Rolle und ihrer schlechten Reputation in der Region Gefahr, als prioritäres Ziel betrachtet zu werden.

2.4.6 Verbesserung der Repräsentativität

Was passiert nun bei einer Veränderung des Status Quo? Öffnet sich das politische System gegenüber Islamisten und sind diese plötzlich angemessen in den relevanten Körperschaften vertreten, entfällt auf Seiten der islamistischen Bevölkerung auch das unbefriedigte Bedürfnis auf Stufe zwei von Maslows/Ingleharts Pyramide. Die Vorstellung, der Islam werde im eigenen Land missachtet und seine Anhänger ausgegrenzt, lässt sich nicht länger aufrecht erhalten. Damit wird der beschriebene Prozess der „Aktivierung“ von Individuen mit Prädisposition abgebrochen. Eine Radikalisierung ist durch andere Umstände nach wie vor möglich. Allerdings ist zu erwarten, dass die Gesamtzahlen beim Wegfall von „Aktivierungen“, welche auf eine ungenügende Repräsentation von Islamisten zurückzuführen sind, stark zurückgehen.

Für den gegenüber Islamisten offeneren Staat bedeutet die Aufhebung des politischen Ausschlusses jedoch nicht, dass die Gefahr durch islamisch-extremistische Terroristen schlagartig zu existieren aufhört. Von einer „Deaktivierung“ der Gewaltbereiten kann nicht ausgegangen werden – diejenigen Individuen, welche bis zur Änderung des Status Quo radikalisiert wurden, bleiben aufgrund des schwer reversiblen Charakters ihrer während der Adoleszenz erfahrenen Prägung dauerhaft radikalisiert. Die von ihnen ausgehende terroristische Bedrohung bleibt damit weitgehend unverändert. Sie kann sich weiterhin gegen einzelne Elemente des eigenen Staates richten. Dies ist dann zu erwarten, wenn trotz vollem Einbezug von Islamisten weiterhin der subjektive Eindruck besteht, dem Islam würde seitens gewisser staatlicher oder gesellschaftlicher Akteure nicht genügend Respekt entgegengebracht. Bietet der eigene Staat keinen Anlass zur Konfrontation, richtet sich die Aggression gegen ausländische Ziele. Die internationale Bühne liefert in jedem Fall genügend Akteure, welche aus Sicht der radikalisierten Kreise die Unterjochung islamischer Völker beabsichtigen. Die terroristische Bedrohung bleibt bei einer Reduzierung oder Eliminierung einer Unterrepräsentation also erhalten. Sie sucht sich lediglich neue Ziele.

Aus einer globalen Sicht reduziert sich demzufolge die terroristische Bedrohung im Fall einer politischen Öffnung gegenüber Islamisten nur langsam. Sie reduziert sich in dem Mass, in welchem neue Generationen heranwachsen und der Anteil der in liberaleren (zumindest ihrer Bewegung gegenüber) Verhältnissen sozialisierten Islamisten wächst. Bleibt der Zugang der Islamisten zu den relevanten politischen Institutionen dauerhaft bestehen, so werden eines Tages nur

noch Bürger unter einer gewissen Altersgrenze²⁶ übrig bleiben, die ihre Adoleszenz unter den neuen Verhältnissen durchlebt haben. Erst dann ist zu erwarten, dass die Auswirkungen der alten Politik der Ausgrenzung islamistischer Politiker vollends verschwunden sind.

2.4.7 Wohlstand als Moderatorvariable

Aufgrund der obigen Ausführungen ist zu erwarten, dass der Grad der Repräsentation von Islamisten stark mit der Anzahl islamisch-extremistischer Terroristen zusammenhängt. Die Beziehung ist allerdings einer Einschränkung unterworfen. Diese betrifft die ökonomische Entwicklungsstufe. Ist der Wohlstand von Bevölkerungsgruppen derart gering, dass körperliche Grundbedürfnisse wie Essen und Trinken nicht befriedigt werden können, so haben die Bewohner dieses Staates die erste Stufe von Maslows und Ingleharts Pyramide nie verlassen. Da Werte der zweiten Stufe erst dann relevant werden, wenn die Bedürfnisse der ersten Stufe gedeckt sind, entfällt im Extremfall der Zusammenhang zwischen Repräsentation und Terrorismus vollständig. Im allgemeinen jedoch gilt: Je weniger gut Bedürfnisse der ersten Stufe befriedigt sind, desto weniger Bedeutung erhält die Anzahl islamistischer Politiker in den relevanten staatlichen Institutionen respektive der Grad, zu dem der Staat „islamisch“ ist. Bei zwei Staaten, in welchen die islamistische Bevölkerung im exakt gleichen Ausmass von der politischen Macht ausgeschlossen bleibt, ist demzufolge zu erwarten, dass der Staat mit der durchschnittlich ärmeren islamistischen Bevölkerung weniger „Aktivierungen“ erlebt und damit weniger Terroristen hervorbringt.

Zusammenfassend postuliert die Theorie also, dass der Grad der politischen Repräsentation der islamistischen Bevölkerungsteile negativ mit der Anzahl der islamisch-extremistischen Terroristen zusammenhängt und die Stärke dieser Beziehung mit zunehmendem Wohlstand grösser wird.

Können die zahlreichen muslimisch-extremistischen Terrorakte der vergangenen Jahre tatsächlich darauf zurückgeführt werden, dass islamistischen Parteien und Politikern der Zugang zur politischen Macht versperrt wurde? In der Empirie existieren zahlreiche Belege dafür, dass in der Vergangenheit in vielen Staaten des Nahen Ostens Islamisten nicht das politische Mitspracherecht gewährt wurde, das ihnen aufgrund der demographischen Verhältnisse legitimerweise zugestanden hätte. Wurde für einmal eine freie Beteiligung an Wahlen ermöglicht,

²⁶Entsprechende empirische Untersuchungen zeigen, dass Individuen eines Alters von über 35 Jahren so gut wie nie terroristisch in Erscheinung treten (Merari 2006).

so schockierten islamistische Parteien mehrmals mit überwältigenden Siegen an der Urne. Beispiele hierfür sind die Wahlsiege der Hamas 2006 in Gaza und der Islamischen Heilspartei FIS 1991 in Algerien. Dies deutet darauf hin, dass die islamistische Ideologie in den massgebenden politischen Institutionen vieler Staaten während zahlreicher Zeitperioden massiv unterrepräsentiert war. Belege alleine sollen an dieser Stelle jedoch nicht genügen. Um den Zusammenhang quantitativ zu überprüfen, werden im Folgenden konkrete Hypothesen formuliert, welche mittels statistischer Methoden getestet werden können.

2.4.8 Übersicht über die Hypothesen

Die aus dem theoretischen Modell abgeleiteten Hypothesen präsentieren sich im Überblick wie folgt:

Hypothese 1a: Je grösser die Repräsentation von Islamisten einer bestimmten Konfession in den politisch relevanten Institutionen eines Staates des Nahen Ostens, desto weniger islamisch-extremistische Terroristen bringt diese Konfession dieses Staates hervor

Hypothese 2a: Je grösser der Wohlstand einer bestimmten Konfession eines Staates des Nahen Ostens, desto stärker ist der in Hypothese 1a postulierte Zusammenhang

Die konfessionelle Zugehörigkeit muss in allen Hypothesen berücksichtigt werden. Aufgrund der Differenzen zwischen Sunniten und Schiiten in der Auslegung der religiösen Texte²⁷ ist davon auszugehen, dass ein politischer Einbezug islamistischer Politiker in der Wahrnehmung der jeweils anderen Konfession den Staat nicht „islamischer“ macht und islamistische Parlamentarier die erläuterte Indikator-Funktion somit nur hinsichtlich der eigenen konfessionellen Gruppe erfüllen.

Aufgrund der grossen Bedeutung der Repräsentation für die Anzahl der islamisch-extremistischen Terroristen kann weiter davon ausgegangen werden, dass nicht nur der jeweilige „Status Quo“-Wert einen Einfluss aufweist, sondern ebenfalls die *Veränderung* der Repräsentation. Das Set wird daher durch eine weitere Hypothese ergänzt.

Hypothese 3a: Je grösser die Zunahme der Repräsentation von Islamisten einer bestimmten Konfession in den politisch relevanten Institutionen eines

²⁷ Siehe Seite 21.

Staates des Nahen Ostens, desto weniger islamisch-extremistische Terroristen bringt diese Konfession dieses Staates hervor und umgekehrt

Kann von der Repräsentation von Islamisten auf die Quantität der islamisch-extremistischen Terroristen geschlossen werden, so ist die Annahme naheliegend, dass die Repräsentation auch in einer analogen Beziehung zur *Wahrscheinlichkeit* steht, dass irgendein islamisch-extremistischer Terrorist in Erscheinung tritt. Dies entspricht dem Terror-Risiko. Die ersten drei Hypothesen werden daher analog auf die Wahrscheinlichkeit übertragen. Dies ergibt:

Hypothese 1b: Je grösser die Repräsentation von Islamisten einer bestimmten Konfession in den politisch relevanten Institutionen eines Staates des Nahen Ostens, desto kleiner ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Konfession dieses Staates islamisch-extremistische Terroristen hervorbringt

Hypothese 2b: Je grösser der Wohlstand einer bestimmten Konfession eines Staates des Nahen Ostens, desto stärker ist der in Hypothese 1b postulierte Zusammenhang

Hypothese 3b: Je grösser die Zunahme der Repräsentation von Islamisten einer bestimmten Konfession in den politisch relevanten Institutionen eines Staates des Nahen Ostens, desto kleiner ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Konfession dieses Staates islamisch-extremistische Terroristen hervorbringt und umgekehrt

Die Verwendung des Verbs „hervorbringen“ in den meisten Hypothesen deutet an, dass die Beziehung zwischen unabhängiger und abhängiger Variable aufgrund der dauerhaften Prägung aus der Adoleszenz nicht notwendigerweise unmittelbar, sondern möglicherweise erst mit einer gewissen Verzögerung erkennbar wird.

Indem die abhängige Variable so konzipiert wird, dass sie sich nicht am *Erscheinungsort*, sondern am *Ursprungsort* eines terroristischen Aktes orientiert, soll der im Kapitel „Stand der Forschung“ beschriebene Mangel vieler quantitativer Studien²⁸ zur Beziehung zwischen Demokratie und Terrorismus vermieden werden.

Nach der Erläuterung des theoretischen Gerüsts und der daraus abgeleiteten Hypothesen befasst sich der anschliessende empirische Teil mit der Operationa-

²⁸Siehe Seite 17 sowie Punkt 2 in der Liste der Mängel bestehender Studien auf Seite 19.

lisierung der theoretischen Konstrukte und dem Test der Hypothesen an der beobachtbaren Wirklichkeit.

3 Empirisches Vorgehen

In diesem Kapitel wird das erarbeitete theoretische Modell messbar gemacht und an der Empirie überprüft. Die Darlegung des empirischen Vorgehens beginnt mit Erläuterungen zur Fallauswahl und Untersuchungsperiode. Im Anschluss daran folgt die Operationalisierung der Variablen. Der statistische Test der Hypothesen und die Präsentation der Ergebnisse bilden den Abschluss des Kapitels.

3.1 Fallauswahl und Untersuchungsperiode

Der Test der Hypothesen wird anhand eines Quer-Längsschnittdesigns vorgenommen. Ein Fall entspricht einer Konfession (Sunniten oder Schiiten) aus einem Staat des Nahen Ostens in einem bestimmten Jahr. Von den Staaten des Nahen Ostens werden 10 in der Untersuchung berücksichtigt: Ägypten, Jordanien, Syrien, Algerien, der Sudan, der Iran, der Irak, Marokko, Saudiarabien und der Yemen. Bei der Auswahl wurden die Staaten mit den höchsten Bevölkerungszahlen präferiert, da bei Staaten mit kleinen Bevölkerungszahlen erratische Werte zum Verhältnis zwischen Repräsentation und Anzahl hervorgebrachter Terroristen wesentlich wahrscheinlicher erscheinen. Weiter wurde darauf geachtet, dass das Sample hinsichtlich der primären unabhängigen Variable „Repräsentation“ über genügend Varianz verfügt.

Die Untersuchungsperiode erstreckt sich von 1978 bis 2005. Diese Zeitspanne sollte ausreichen, um die in den Hypothesen formalisierten Zusammenhänge zuverlässig überprüfen zu können. Gemäss Daten von Merari (2006) beträgt das Alter von Terroristen zum Tatzeitpunkt zwischen 15 und 35 Jahre. Die Adoleszenz dagegen fällt nach amerikanischem Verständnis ins Alter zwischen 13 und 23 Jahren. Geht man nun vom „Extremfall“ eines 35-jährigen Attentäters aus, so verübt dieser, wenn er 1978 in die Adoleszenz eintrat, spätestens 22 Jahre später einen Anschlag – also im Jahr 2000. In Tat und Wahrheit ist jedoch damit zu rechnen, dass sich der Schritt von „Aktivierung“ zu konkreter terroristischer Aktion deutlich schneller, das heisst innert weniger Jahre, vollzieht. In der gewählten Zeitspanne sollte sich der postulierte Zusammenhang daher, sofern er tatsächlich existiert, genügend oft manifestieren, um mittels der Hypothesentests nachgewiesen werden zu können. Eine längere Untersuchungsperiode, welche noch weiter in die Vergangenheit zurück reicht, wäre grundsätzlich vorzuziehen, ist aber mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, da insbesondere detaillierte Daten

zu Parlamentszusammensetzungen für die Staaten der Region und die Jahre vor 1978 nur schwer erhältlich sind.

3.2 Operationalisierung

3.2.1 Abhängige Variable

Die abhängige Variable, „Anzahl Terroristen“, erfasst die Anzahl der muslimisch-extremistischen Attentäter, welche einer bestimmten Konfession eines bestimmten Staates angehören. Dabei wird unter der vereinfachenden Annahme, Individuen hätten im entsprechenden Staat auch ihre Adoleszenz durchlaufen, auf die formale Staatsbürgerschaft abgestützt. Konfessionen werden auf einem groben Niveau unterschieden, eine Differenzierung wird lediglich zwischen Sunniten und Schiiten gemacht und entsprechende Unterkategorien wie beispielsweise Ismailiten oder Alawiten²⁹ der jeweiligen Oberkategorie zugerechnet. Nach allgemeiner Auffassung ausserhalb der beiden theologischen Hauptrichtungen stehende religiöse Gemeinschaften wie beispielsweise die Drusen³⁰ werden nicht berücksichtigt.

Es werden alle islamisch-extremistischen Attentäter weltweit erfasst, ungeachtet des geographischen Orts des Terroraktes. Die totale Anzahl der Terroristen einer bestimmten Konfession aus einem bestimmten Staat wird dabei in Relation zur Gesamtzahl der Angehörigen der entsprechenden konfessionellen Gruppe im Herkunftsland gesetzt. Die Variable „Anzahl Terroristen“ gibt dementsprechend die Anzahl Terroristen pro Million Bevölkerung an.

Um die Variable in dieser Form messen zu können, musste in einem äusserst aufwendigen Verfahren aus zwei bestehenden Datensätzen ein neuer generiert werden. Erst diese Kombination ermöglichte sowohl die Erfassung von innerstaatlichem und grenzüberschreitendem Terrorismus³¹ als auch eine Eruiierung der Nationalität von Attentätern. Dabei diente die Global Terrorism Database von La-Free und Dugan (2006 und 2007) als Grundlage. Sie wurde mit Daten aus der renommierten³² und kostenpflichtigen ITERATE-Datenbank von Mickolus (2006) zu-

²⁹Werden in der Regel als Sekten innerhalb des Schiismus betrachtet.

³⁰In deren Fall ist bereits höchst umstritten, ob es sich bei dieser Glaubensgemeinschaft überhaupt um eine islamische handelt.

³¹Damit wird der Mangel vermieden, welcher im Unterkapitel „Stand der Forschung“ an anderen Arbeiten kritisiert wurde. Siehe Punkt 3 in der Liste der Herausforderungen dieser Studie auf Seite 19.

³²ITERATE ist die in quantitativen Studien zum Thema Terrorismus weitaus am häufigsten verwendete Datenquelle.

sammengeführt. Um nicht Terroristen im Allgemeinen, sondern spezifisch *islamisch-extremistische* Terroristen zu erfassen, wurden neben den Nationalitäten der individuellen Täter via Klassifizierung der ausführenden Gruppierungen auch ideologische Hintergründe berücksichtigt und bewertet.³³

Die Konzeption der Variable impliziert einen Fehlerterm, der in Ermangelung valabler Alternativen bewusst in Kauf genommen wird. Genau genommen erfasst die Variable nämlich nicht die Anzahl Terroristen, sondern die Summe der Täter der einzelnen Terrorakte. Einfacher ausgedrückt: Es bleibt bei der Erfassung der Variable unberücksichtigt, dass ein- und dasselbe Individuum mehrfach Terrorakte verüben könnte. Geschieht dies, wird es fälschlicherweise mehrfach gezählt und verfälscht den entsprechenden Wert. Die Anzahl der real existierenden Terroristen multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum einen weiteren Terrorakt verübt, ergäbe also die Summe der Täter der einzelnen Terrorakte. Korrekterweise müsste daher die reale Anzahl der Terroristen pro Fall³⁴ wie folgt berechnet werden:

$$\text{Anzahl Terroristen} = \frac{\text{Summe der Täter aller Terrorakte}}{\text{Wahrscheinlichkeit Wiederholung}}$$

Da die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum einen weiteren Terrorakt verübt, nicht bekannt ist, muss auf ihre Verwendung verzichtet werden. Allerdings ist zu erwarten, dass die durch den Fehlerterm verursachte Verfälschung der Daten von geringem Ausmass ist und nicht wesentlich ins Gewicht fällt.³⁵

Die Ausprägungen der Variable bewegen sich in einer Spanne zwischen 0 und 43.299, der Durchschnitt liegt bei 0.745. Weiterführende, detaillierte Informationen zu Konzeption und Messung dieser Variable können dem Codebook im Anhang ab Seite 121 entnommen werden.

Im zweiten Teil der empirischen Untersuchung wird diese Variable auf eine dichotome reduziert. Dadurch wird einerseits ein Test der b-Hypothesen, ande-

³³Auf diese Weise wird eine weitere der postulierten eigenen Anforderungen an diese Studie erfüllt. Siehe Punkt 4 in der Liste der Herausforderungen dieser Arbeit auf Seite 19.

³⁴Eine Konfession (Sunniten oder Schiiten) aus einem bestimmten Staat in einem bestimmten Jahr.

³⁵Dies kann einerseits damit begründet werden, dass im Fall von islamisch-extremistischen Terrorakten die Täter in verhältnismässig vielen Fällen ihr Leben verlieren. Andererseits ist in den Fällen, in denen die Täterschaft unverletzt und flüchtig bleibt, aufgrund von Strafverfolgungs- oder „Counter Terrorism“-Anstrengungen zu erwarten, dass die Täter mittelfristig in ihrer Planungs- und Vorbereitungs-Fähigkeit massiv eingeschränkt bleiben.

rerseits aber auch eine Eindämmung der Auswirkungen des oben beschriebenen Fehlerterms ermöglicht.

3.2.2 Theorierelevante unabhängige Variablen

Grad der Repräsentation von Islamisten:

Bei der Eruiierung des Grads der Repräsentation (nachfolgend nur noch mit „Repräsentation“ bezeichnet) wird der Anteil der Sitze islamistischer Politiker im nationalen Parlament³⁶ dem Anteil der islamistisch gesinnten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt. Letzterem kommt dabei, wie bereits in der Theorie präzisiert, die Funktion der Zielgrösse zu. Die Variable entspricht einer Proportion. Stimmt der Anteil der gehaltenen Sitze mit dem Anteil der islamistischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung überein, so kommt dies einer Repräsentation von 100% gleich. Tiefere Sitzzahlen implizieren eine entsprechend tiefere Repräsentation.

Die Daten hinsichtlich der Parlamentszusammensetzungen stammen aus der Datenbank „PARLINE“ der Inter-Parliamentary Union (2009), der einschlägigen Literatur sowie im Einzelfall aus Anfragen an offizielle Stellen vor Ort. Klassifizierungen von Parteien und Politikern in „islamistisch“ oder „nicht islamistisch“ wurden anhand der einschlägigen Enzyklopädien von Tachau (1994), Day (1988, 2002), Day et al. (1980, 1996), Szajkowski (2005) sowie weiterer Literatur vorgenommen. Hinsichtlich des Anteils der islamistischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wurden auf Basis der Literatur Schätzungen vorgenommen. Dabei wurde – genauso wie bei Parteien und Politikern – zwischen Islamisten sunnitischer und schiitischer Ausrichtung differenziert.

Da die Variable gemäss der Theorie nicht zwangsläufig einen unmittelbaren Effekt ausübt und über einen längeren Zeitraum hinweg Wirkung entfalten kann, wird die Variable so konzipiert, dass der Wert für ein beliebiges Jahr jeweils den Durchschnitt des Grades der Repräsentation aus dem aktuellen und den vier vorausgegangenen Jahren anzeigt.³⁷

³⁶In bikameralen Systemen stellt die totale Anzahl der Sitze beider Kammern die Referenzgrösse dar.

³⁷Auf diese Weise lässt sich die Wirkung auf die AV auf wesentlich überzeugendere Weise modellieren als unter Verwendung eines Lags, welcher Zwischenjahre unberücksichtigt liesse. Was die Länge der konstruierten Zeiteinheiten anbelangt, so ist zu vermerken, dass diese mit einer Spanne von fünf Jahren deutlich unter der theoretisch möglichen Dauer von 22 Jahren zwischen „Aktivierung“ und Verüben eines Terrorakts bleibt. Dies lässt sich mit der Erwartung legitimieren, dass die „Wartezeit“ in der Empirie wesentlich kürzer ausfällt und wenig realistisch erscheint, dass ein ausreichend radikalisiertes Individuum viele Jahre zuwartet, bevor es terroristisch aktiv wird.

Der Beschränkung auf Sitzanteile in den nationalen Parlamenten liegt der Gedanke zu Grunde, dass auf nationaler Ebene die Organe der Exekutive und Legislative diejenigen mit der grössten politischen Gestaltungsmacht darstellen. Die Legislative wird der Exekutive deshalb vorgezogen, weil mit der Ausnahme von Iran und streckenweise dem Sudan sämtliche Regierungen der Region die meiste Zeit über in der Hand von nicht-islamistischen Autokraten waren. Hinsichtlich Saudiarabien ist trotz wahhabitischen Glauben und streng-islamischer Gesetze im Königreich höchst fraglich, ob sich die Regentenfamilie der Al-Saud als islamistisch qualifiziert – wegen ihrer sehr weltlich geprägten Interessenpolitik und den dabei eingegangenen Bündnissen mit den klassischen Erzfeinden aller islamistischen Bewegungen, vor allem aber deshalb, weil die Al-Saud gerade durch ihre Monopolisierung der Macht eine wahre Herrschaft der Schriftgelehrten, das vorrangige Ziel der islamistischen Ideologie, stets verhindert haben. Da also die Autokraten der Region in der Exekutive einen alternativen Machtfaktor höchstens pro forma neben sich dulden, wäre bei der Verwendung der Regierung als Indikator nicht nur sehr wenig Varianz, sondern auch eine äusserst fragwürdige Validität hinzunehmen.

Weiterführende, detaillierte Informationen zu Konzeption und Messung dieser Variable können dem Codebook im Anhang ab Seite 126 entnommen werden.

Veränderung der Repräsentation von Islamisten:

Die Veränderung der Repräsentation wird wie die Variable „Repräsentation“ so konstruiert, dass sie jeweils 5-Jahres-Perioden widerspiegelt. Dabei kommt ein Punktesystem zur Anwendung, welches Jahren mit einem Anstieg der Repräsentation jeweils einen Punkt zurechnet und an Jahre mit tieferer Repräsentation einen Minuspunkt vergibt. Jahre mit gleichbleibender Repräsentation beeinflussen das Punktekonto nicht. Die Addition der Punkte ergibt dann den Wert für eine 5-Jahres-Periode, wiederum bestehend aus dem jeweils aktuellen Jahr und den vier vorangegangenen Jahren. Ein Variablenwert von 5 bedeutet demzufolge, dass alle fünf berücksichtigten Jahre unter dem Eindruck eines Anstiegs der Repräsentation standen. Der schlechteste Fall, -5, steht für fünf Jahre mit sinkender Repräsentation. Als Grundlage dient hierbei *nicht* die Variable „Repräsentation“, da diese Durchschnittswerte wiedergibt.³⁸ Stattdessen wird auf die genuinen Jah-

³⁸ Aufgrund der exakten Durchschnittswerte würde sich fast in jedem Jahr eine höhere oder tiefere Repräsentation ergeben. Die Variablenwerte würden auf diese Weise ihre Aussagekraft weitgehend einbüßen.

reswerte abgestützt. Ein Urteil (tiefere, gleich bleibende oder höhere Repräsentation) behält dabei so lange Gültigkeit, bis Wahlen, Ernennungen oder Rücktritte von Parlamentariern neue Realitäten schaffen. Gewinnt eine islamistische Partei in einer Wahl also neue Sitze hinzu und dauert eine Legislaturperiode vier Jahre, so zählt nicht nur das aktuelle Jahr als Jahr mit einer Zunahme an Repräsentation, sondern auch die folgenden drei. Diese Bewertungsweise rechtfertigt sich damit, dass in Jahren ohne Möglichkeit einer Veränderung der Zusammensetzung des Parlaments die Bevölkerung noch immer unter dem Eindruck der zuletzt erfolgten Zäsur steht.

Weiterführende, detaillierte Informationen zu Konzeption und Messung dieser Variable können dem Codebook im Anhang ab Seite 131 entnommen werden.

Wohlstand:

Die Variable wird anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf in US-Dollars gemessen. Die Werte wurden den Penn World Tables (Heston et al. 2006) entnommen. Um die Variable unabhängig von Veränderungen des Preisindex zu machen, wurden nicht nominale, sondern reale „BIP pro Kopf“-Werte verwendet. Als Referenzjahr fungiert dabei das Jahr 2000. Die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Staaten wird durch die Verwendung von PPP-Dollars³⁹ sichergestellt. Eine Differenzierung bezüglich konfessioneller Gruppen innerhalb eines Staates ist hier nicht möglich. Die Variable ist metrisch skaliert.

3.2.3 Kontrollvariablen

Die folgenden, aus verwandten Studien übernommenen Kontrollvariablen werden in der empirischen Untersuchung inkorporiert.

Ausmass der staatlichen Repression:

Da eine direkte Messung des Ausmasses staatlicher Repression kaum möglich ist, wird letztere danach beurteilt, inwiefern sich die Exekutive in der Ausübung ihrer Macht Einschränkungen unterworfen sieht. Dem liegt die Erwartung zu Grunde, dass eine Exekutive jeweils so viel Kontrolle ausübt wie irgend möglich und das entsprechende Potenzial voll ausschöpft. Dementsprechend resultiert eine

³⁹PPP steht für „Purchasing Power Parity“ und verweist auf einen Korrekturfaktor, mit dem volkswirtschaftliche Grössen kaufkraftbereinigt und damit international vergleichbar gemacht werden sollen.

sehr niedrige bis inexistenten Einschränkung der Exekutive in einem totalitären Überwachungs- und Polizeistaat.

In der gebildeten Dummy-Variable werden alle Fälle mit 1 codiert, welche in der Variable „Executive Constraints“ des Polity-IV-Datensatzes (Marshall et al. 2007) mit 1 bewertet sind. Dies entspricht der tiefstmöglichen Ausprägung. Die Bewertung wird für minimale Beschränkungen der Exekutive vergeben. In das Urteil fließt ein ganzes Bündel von Faktoren mit ein. Konstitutionelle Garantien und Einschränkungen und deren Einhaltung haben genauso einen Einfluss auf die Vergabe der Bewertung 1 wie die Häufigkeit konstitutioneller Änderungen oder die Frage, ob eine unabhängige Justiz und reale Legislativ-Kompetenzen des Parlaments (Marshall/Jagers 2009, 23-24) existieren.

Politische Rechte:

Mit dem Einschluss einer Variable „Politische Rechte“ soll der prominenten Rolle Rechnung getragen werden, welche der Demokratie-Komponente in vielen quantitativen Studien zum Thema Terrorismus zukommt.⁴⁰ Sie wird mit dem „Political Rights“-Index aus den jährlichen „Freedom in the World“-Reports von Freedom House (2009) operationalisiert. Die Variable kann Ausprägungen von 1 (maximale politische Rechte) bis 7 (minimale politische Rechte) annehmen. Sie ist streng genommen ordinal skaliert, wird jedoch in vielen Studien als metrisch skaliert betrachtet.

Konfession:

Mit der Dummy-Variable soll getestet werden, ob sich die untersuchten Zusammenhänge je nach Konfession unterscheiden, letztere also einen Einfluss ausübt. Differenziert wird dabei wiederum lediglich nach Schiiten und Sunniten. Sunniten entsprechen der Ausprägung 1, während Schiiten mit 0 codiert werden.

Dominierte Gruppe:

Die Dummy-Variable ermöglicht eine Differenzierung zwischen dominanten und dominierten konfessionellen Gruppen. Wiederum werden lediglich Sunniten und Schiiten unterschieden. Als dominierte Gruppe qualifiziert diejenige Konfession, welche entweder von der Exekutivmacht ganz ausgeschlossen ist oder zumindest deren Kontrolle der jeweils anderen Konfession überlassen muss. Die dominierte Gruppe wird mit 1 codiert, während die dominierende Gruppe den Code 0 erhält.

⁴⁰Siehe Unterkapitel 2.1, Seite 17.

In konfessionell sehr homogenen Staaten ohne nennenswerte (faktisch: schiitische) Minorität nimmt die Variable in Abwesenheit der zweiten Konfession ausschließlich die Ausprägung 0 an. Die Codierung wird anhand von eigenen Recherchen vorgenommen.

Krieg:

Dichotome Konzeptionierung auf Grundlage des „UCDP/PRIO Armed Conflict“-Datensatzes (Gleditsch et al. 2002). Der Datensatz erfasst alle „bewaffneten Konflikte“ der Jahre 1946 bis 2007 weltweit. Als solche gelten Auseinandersetzungen, in denen auf mindestens einer Seite die Regierung eines Staates beteiligt ist und die in einem konkreten Jahr eine bestimmte Anzahl „Gefechtstote“ zur Folge hatten (UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset Codebook, Centre for the Study of Civil Wars 2008). Um genügend Varianz zu erreichen, werden für die in dieser Studie verwendete Variable lediglich Kriegsjahre mit mindestens 1000 Toten berücksichtigt. Sie erhalten die Codierung 1, alle restlichen die Codierung 0.

Da im „UCDP/PRIO Armed Conflict“-Datensatz lediglich Konflikte enthalten sind, welche die Regierung eines Staates involvieren, musste zusätzlich abgeklärt werden, ob sich in den untersuchten Staaten während der Untersuchungsperiode Konflikte ohne Beteiligung der Staatsgewalt (welche in einem bestimmten Jahr mindestens 1000 direkte Todesopfer forderten) ereigneten. Ein entsprechendes Literaturstudium lieferte jedoch keine Hinweise in diese Richtung. Aus diesem Grund stellt die Variable „Krieg“ alleine auf die Daten aus dem „UCDP/PRIO Armed Conflict“-Datensatz ab.

Weiterführende, detaillierte Informationen zu Konzeption und Messung dieser Variable können dem Codebook im Anhang ab Seite 131 entnommen werden.

3.3 Statistische Analyse

Im Folgenden werden die operationalisierten Variablen dazu verwendet, die in den Hypothesen formulierten Zusammenhänge statistisch zu prüfen. Das Unterkapitel beginnt mit einer Beschreibung der für statistische Belange relevanten Merkmale des gesamten Datensatzes. Danach wird die abhängige Variable in ihrer ursprünglichen Form, das heisst auf metrischem Skalenniveau, ins Auge gefasst und ihre Eigenschaften und Verteilung diskutiert. Es folgen einige Plots, welche ein erstes Bild der Beziehung zwischen der Anzahl Terroristen und der primär interessierenden unabhängigen Variable „Repräsentation“ vermitteln. Daraufhin werden konkrete statistische Modelle berechnet – drei erste prüfen, inwiefern

mit verschiedenen Sets unabhängiger Variablen für jede untersuchte Gruppe⁴¹ die Anzahl islamisch-extremistischer Terroristen geschätzt werden kann, welche in einem bestimmten Jahr einen terroristischen Akt verüben. Fünf folgende Modelle schätzen dann mittels unterschiedlicher Sets unabhängiger Variablen die *Wahrscheinlichkeit*, dass ungeachtet der Anzahl Terroristen eine untersuchte Gruppe in einem bestimmten Jahr einen Terrorakt verübt.

Der vorliegende Datensatz weist die Struktur von „Time-Series Cross-Section“-Daten (TSCS) auf. Diese Feststellung ist daher von Bedeutung, weil TSCS-Daten typischerweise eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber bestimmten statistischen Problemen an den Tag legen, zu deren Bekämpfung in der Folge gezielte Massnahmen ergriffen werden müssen. Zu den erwähnten typischen Problemen zählen insbesondere die serielle Korrelation sowie Heteroskedastizität der Residuen.

Die abhängige Variable⁴², also die relative Anzahl Terroristen, welche Sunniten oder Schiiten eines Landes in einem bestimmten Jahr „gestellt“ haben, ist auffällig verteilt. Wie Abbildung 3 zeigt, handelt es sich dabei um eine für Zähldaten typische Verteilung – die Ausprägungen häufen sich bei 0 und nehmen in der Zahl kontinuierlich ab, je weiter sie sich von 0 wegbewegen. Detaillierte „Summary Statistics“ zur Variable können im Appendix unter B eingesehen werden.

Wird nun die primäre unabhängige Variable – der Grad der parlamentarischen Repräsentation der islamistisch gesinnten Bevölkerung – in ihrer genuinen Form⁴³ hinzugezogen und in einem ersten kurzen Test gemeinsam mit der AV über die Zeit hinweg geplottet, so ergibt sich für einzelne Gruppen – also Konfessionen in Staaten – ein bemerkenswertes Bild.

⁴¹Also eine bestimmte Konfession aus einem bestimmten Staat.

⁴²Auch sie ist einer gesonderten Kategorie von Daten zuzurechnen: den „Proportionaldaten“. Proportionaldaten gehören in die Oberkategorie der „Zähl-daten“. Im Gegensatz zu diskreten Zähl-daten mit „Poisson“-Verteilung zeigen „Proportionaldaten“ nicht nur an, wieviele Male ein Ereignis eintritt, sondern implizieren gleichzeitig, wieviele Male das Ereignis ausblieb (Crawley 2005, 247). „Proportionaldaten“ ziehen ebenfalls spezifische Schwierigkeiten nach sich. Dazu zählt, dass bei einer Handhabung als „gewöhnliche“ abhängige Variable Fehler nicht normalverteilt sind und die Varianz nicht konstant ist, in den relativen Zahlen die Sample-Grösse nicht mehr berücksichtigt wird und Schätzungen von über 1 und tiefer als 0 – Werte also, welche im Fall von relativen Zahlen als unsinnig zu gelten haben – generiert werden können (Crawley 2005, 248).

⁴³Damit sind die ursprünglichen, effektiven Jahreswerte gemeint, auf deren Grundlage die von der Variable „Repräsentation“ abgebildeten Durchschnittswerte (siehe Unterkapitel 3.2.2) berechnet werden.

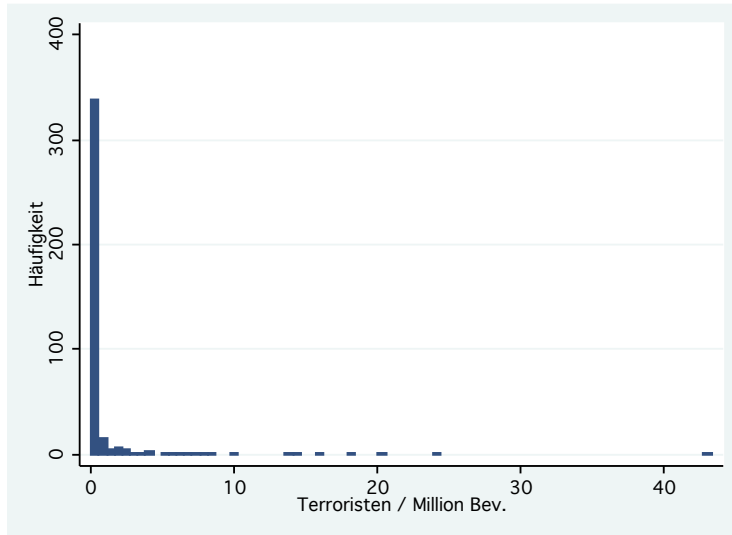


Abbildung 3: Verteilung der abhängigen Variable (Anzahl Terroristen)

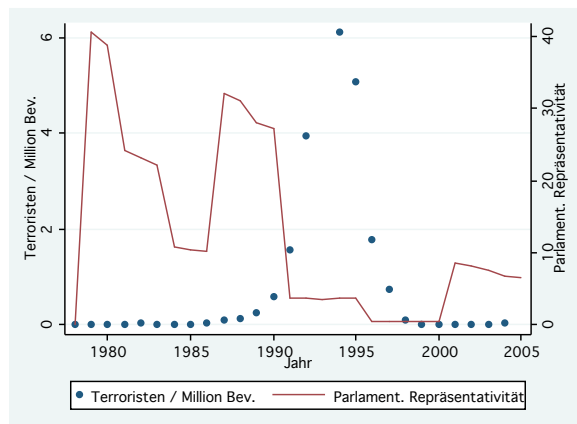


Abbildung 4: Repräsentation vs. Anzahl Terroristen: Ägypten (Sunniten)

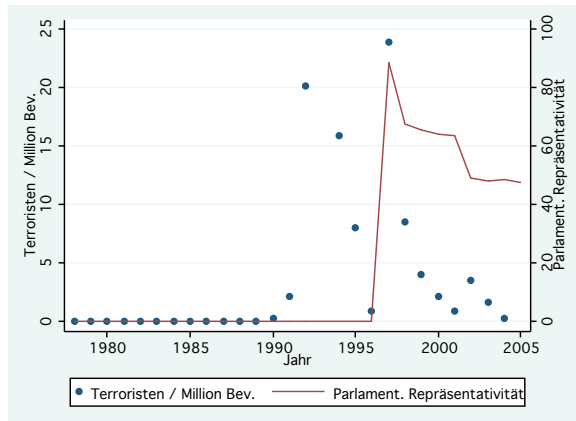


Abbildung 5: Repräsentation vs. Anzahl Terroristen: Algerien (Sunniten)

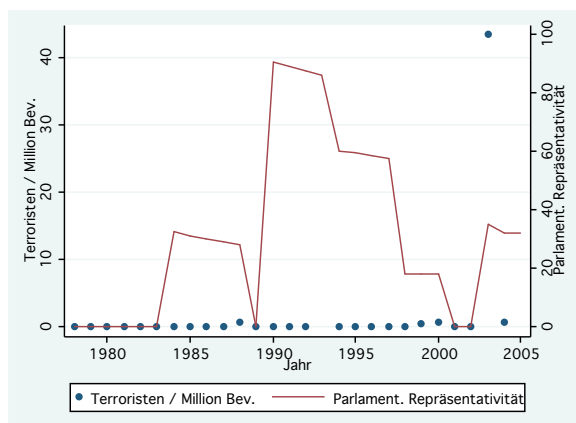


Abbildung 6: Repräsentation vs. Anzahl Terroristen: Jordanien (Sunniten)

Ägypten und Algerien (Abbildungen 4 und 5) stechen besonders hervor. Im Fall von Ägypten erscheint es so, dass das starke Abfallen der Repräsentativität in den späten 80er-Jahren und vor allem zwischen 1990 und 1991 einen sprunghaften Anstieg der Anzahl Terroristen zur Folge hatte. Algerien wiederum brachte in den 90er-Jahren eine ganz erhebliche Menge an Terroristen hervor, welche sich allerdings nach einem massiven Anstieg der Repräsentation kontinuierlich zurückbildete. Die extremen Werte in den Jahren 1996 und 1997 suggerieren auf den ersten Blick, der sprunghafte Anstieg der Repräsentation habe direkt zu einer weiteren Gewalteskalation geführt. Die überzeugendere Lesart ist jedoch die, dass zwischen den Jahren 1992 und 1998 im Rahmen des algerischen Bürgerkriegs⁴⁴ Terrorakte unkontrollierbar zu- und abnahmen. Der Grund hierfür ist nicht zuletzt auch in den wechselhaften Beziehungen zwischen einzelnen Widerstandsgruppen zu suchen, die mal gemeinsame Abkommen schlossen, mal terroristische Kampagnen gegeneinander lancierten. Zu beachten gilt es zudem, dass das augenscheinlich relativ ruhige Jahr 1996 immerhin fast 30 terroristische Attentäter zählte – eine noch immer sehr hohe Anzahl. Zu deutlich tieferen Werten fand das Land erst wieder 2004, als noch 8 Terroristen in Erscheinung traten. Es erscheint also so, als ob nach 1998 die deutlich erhöhte Repräsentation der Islamisten ihre Wirkung zu entfalten begonnen hätte und die Anzahl der Terroristen kontinuierlich senkte. Der Wert für das Jahr 1997 dürfte zudem aufgrund des Wahltermins etwas höher ausgefallen sein als ohne. Ein Indiz dafür, dass außerordentliche Spannungen im Vorfeld der Wahlen die Anzahl der Attentäter zusätzlich in die Höhe trieben, ist die zeitliche Verteilung der Terrorakte innerhalb des Jahres. Während die Wahlen genau in der Jahresmitte⁴⁵ stattfanden, massierten sich die Terrorakte in der ersten Jahreshälfte. Auf 53 Vorkommnisse bis zu den Wahlen kamen von Juli bis Dezember lediglich noch 25 Vorfälle.⁴⁶ In diesem Sinn mögen die Wahlen des Jahres 1997 als solche durchaus zum hohen Wert beigetragen haben, nicht aber deren *Ergebnis*.

⁴⁴Dessen Ausbruch bekannterweise auch eng mit der Frage der Repräsentation von Islamisten verknüpft ist: Nach dem erdrutschartigen Sieg der islamistischen FIS im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen von 1991 wurde dem Verlangen nach Repräsentation der Islamisten eben *nicht* nachgegeben. Nachdem man die Wahlen kurzerhand für ungültig erklärte und die Partei verbot, eskalierten die Auseinandersetzungen in einen Bürgerkrieg.

⁴⁵Bekanntgabe der Ergebnisse durch den algerischen Innenminister am 6. Juni 1997 (BBC Summary of World Broadcasts 9.6.1997).

⁴⁶Für eine Liste der Terroranschläge mit algerischen Tätern im Jahr 1997 siehe Appendix unter H.

Auch Jordanien (Abbildung 6) stellt bei genauerer Betrachtung ein Beispiel dar, in dem sich die Ausprägungen der beiden Variablen nicht unabhängig voneinander entwickeln. Die durch den extremen Wert des Jahres 2003 verursachte enge Skalierung der „Terrorismus“-Achse soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den Jahren 1988 sowie 1999/2000 Ausschläge zu verzeichnen sind. Beide Male folgte das Auftreten von islamisch-extremistischem Terrorismus einer Phase des Verlustes an Repräsentation. Die Vorfälle der Jahre 1999 und 2000 könnten auf den empfindlichen Rückgang der Repräsentation zwischen den Jahren 1993 und 1998 zurückgeführt werden. Der völlige Verlust der Repräsentation in den Jahren 2001 und 2002 könnte sich dann mit einiger Verzögerung in den schweren Bombenanschlägen vom Mai 2003 in Casablanca⁴⁷, welche den hohen Wert dieses Jahres verursachen, niedergeschlagen haben.

Es erscheint also durchaus lohnenswert, den Zusammenhang zwischen den Variablen genauer zu untersuchen – zumal die Plots der einzelnen Staaten und Konfessionen Rückschlüsse über die unterschiedlichen Niveaus zwischen den Clustern⁴⁸ nur schwer zulassen. Abbildung 7 illustriert das Verhältnis zwischen Repräsentation und der Anzahl der hervorgebrachten Terroristen unter Einbezug aller Datenpunkte sämtlicher Staaten und Konfessionen. Um die in der Theorie postulierte und durch die Abbildungen 4 bis 6 ermutigte potenzielle zeitliche Verzögerung zwischen „Aktivierung“ und terroristischer Aktivität mitzuberücksichtigen, wird anstelle der jährlichen Prozentzahlen nun die eigentliche Variable „Repräsentation“ mit ihren jeweils fünf Jahre widerspiegelnden Durchschnittswerten verwendet.

Der Plot zeigt eine Massierung von Datenpunkten auf der X-Achse – wenig überraschend angesichts der Tatsache, dass die AV die Merkmale von Zähldaten aufweist und ihre weitaus häufigste Ausprägung 0 ist. Ferner fallen zwei Ausreisser auf. Die weitaus höchste relative Anzahl Terroristen (Wert von rund 43) bezieht sich auf das sunnitische Jordanien im Jahr 2003. Dieser Extremwert wird von einem einzigen Ereignis verursacht – es handelt sich hierbei wiederum um die bereits erwähnten Bombenanschläge vom Mai 2003 in Casablanca. Neben marokkanischen Tätern weist ITERATE diesbezüglich eine zweite Täter-Nationalität „Jordanien“ aus. Das standardisierte Vorgehen bei der Determinierung der Wer-

⁴⁷Die der Gruppierung „Salafia Jihadia“ zugerechnete Serie von Bombenanschlägen richtete sich am 16. Mai 2003 gegen westliche und jüdische Einrichtungen in Casablanca und forderte über 40 Tote und 100 Verletzte.

⁴⁸Ein Cluster entspricht einer Konfession in einem Staat.

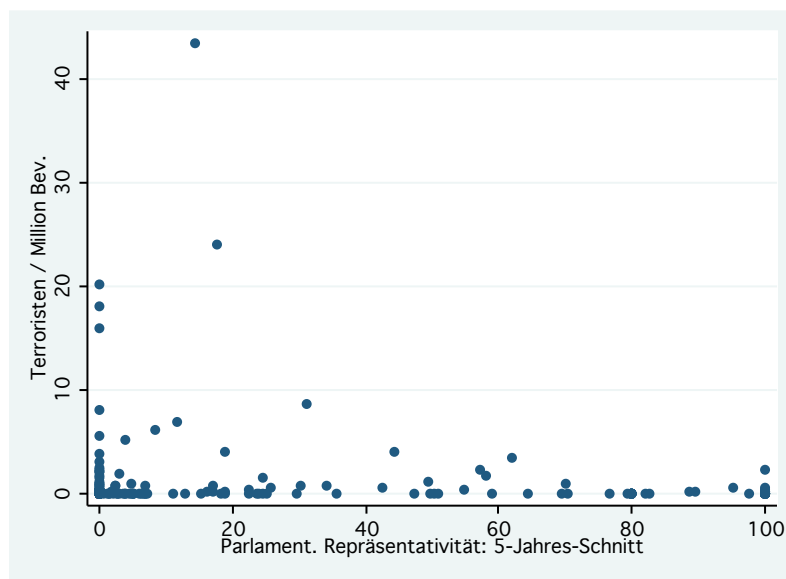


Abbildung 7: 5-Jahres-Schnitt Repräsentation vs. Anzahl Terroristen

te der abhängigen Variable⁴⁹ erfordert, dass die hohe absolute Anzahl der Täter zu gleichen Teilen den beiden Nationalitäten zugerechnet wird.⁵⁰ Im Codebook wird darauf hingewiesen, dass dies eine (unumgängliche) Simplifizierung darstellt, welche selbstredend eine gewisse Fehlerquote impliziert. Vieles deutet nun darauf hin, dass letztere in diesem Fall zu einer deutlichen Überschätzung der Anzahl der jordanischen Täter geführt hat. In einer begrenzten Medien-Recherche wurden keine Hinweise darauf gefunden, dass an den Attentaten überhaupt jordanische Täter beteiligt waren. Dies muss nicht bedeuten, dass die entsprechende ITERATE-Codierung nicht korrekt ist. Relativ sicher scheint indes, dass der Grossteil der Täterschaft marokkanische Staatsbürger waren und mutmasslich beteiligte Jordanier eine Minderheit darstellten. Der wahre, akkurate Variablenwert für Jordanien dürfte für das Jahr 2003 daher mit grosser Wahrscheinlichkeit deutlich tiefer zu liegen kommen. Diese Vermutung lässt gleichzeitig Abbildung 6 verständlicher erscheinen. Der zweite, bereits weniger auffällige Ausreisserwert bezieht sich auf Algerien im Jahr 1997. Hinsichtlich Abbildung 5 wurde bereits ar-

⁴⁹Siehe Codebook im Appendix ab Seite 121.

⁵⁰Der Variablenwert für Jordanien fällt deshalb wesentlich höher aus als derjenige für Marokko, weil Marokko um ein Vielfaches bevölkerungsreicher ist und sich dies bei der Berechnung des relativen Werts deutlich niederschlägt.

gumentiert, die in diesem Jahr abgehaltenen Wahlen hätten die Anzahl der Terroristen aussergewöhnlich stark in die Höhe getrieben.⁵¹

Von den zwei Ausreisserwerten, welche beide durch besondere Umstände verursacht wurden, abgesehen scheinen die Datenpunkte jedoch tendenziell immer höhere Y-Werte anzunehmen, je weiter links sie auf der X-Achse angesiedelt sind. Dies deutet darauf hin, dass zwischen „Repräsentation“ und der Anzahl Terroristen tatsächlich der vermutete negative Zusammenhang bestehen könnte.

3.3.1 Schätzung der Anzahl Terroristen

In der Folge sollen nun die Repräsentation und ihre Veränderung in Beziehung zur Anzahl Terroristen gesetzt und damit die Batterie der a-Hypothesen getestet werden. Diese postulieren auf Grundlage der Theorie, die Anzahl der Terroristen falle umso tiefer aus, je höher die Repräsentation der Islamisten sei und je günstiger sich diese zuletzt entwickelt habe. Von der Variable „BIP pro Kopf“ wird dabei angenommen, sie verstärke die Wirkung der Repräsentation auf die AV⁵². Um Schätzungen der Anzahl Terroristen vorzunehmen und damit die Hypothesen zu überprüfen, wird ein generalisiertes lineares Modell der binomialen Familie mit Logit-Link eingesetzt (siehe Papke und Wooldridge (1996) sowie UCLA Academic Technology Services (2009)). Im Gegensatz zu OLS eignet sich dieses gut für proportionale abhängige Variablen. Das Modell stellt sicher, dass keine Y-Werte (relative Anzahl Terroristen) von unter Null oder über einer Million geschätzt werden können. Anstelle des normalerweise bei generalisierten linearen Modellen der binomialen Familie gebräuchlichen robusten Standardfehlers wird ein geclusterter robuster Standardfehler verwendet. Damit wird verhindert, dass die serielle Korrelation einiger Variablen zu einer Unterschätzung des Standardfehlers führt. Auf diese Weise wird der TSCS-Struktur der Daten Rechnung getragen.

Es werden drei Modelle⁵³ präsentiert, welche das Bündel der im Unterkapitel „Operationalisierung“ vorgestellten unabhängigen Variablen gestaffelt einführen. Das Ziel dieses Vorgehens ist es, die Wirkung der primär interessierenden Repräsentations-Variablen auf die AV in unterschiedlichen Kontexten zu testen. Indem der Zusammenhang zwischen „Repräsentation“ und der Anzahl Terroris-

⁵¹Siehe Seite 49 sowie die Auflistung der Terrorakte mit algerischen Tätern im Jahr 1997 im Appendix unter H.

⁵²Für den exakten Wortlaut der Hypothesen siehe Seite 35.

⁵³Diese lassen sich in einer Vektor-Form wie folgt formalisieren: $\text{logit}(\mu_i) = \beta_0 + \beta_1 x_i$, $Y \sim \text{binom}(y)$. Hierbei steht μ_i für den Erwartungswert der Proportion und x_i für die unabhängigen Variablen. Der Fehlerterm folgt einer Binomial-Verteilung.

ten sowohl in einem äusserst minimalistischen als auch einem mittleren sowie einem umfassenden Modell untersucht wird, sollen vertiefte Erkenntnisse und robustere Ergebnisse ermöglicht werden.

Das erste Modell enthält als unabhängige Variablen fast nur die beiden Repräsentations-Variablen, welche ja im Mittelpunkt des Interesses stehen. Beide, sowohl „Repräsentation“ als auch die Veränderungs-Variable, reflektieren wie im Unterkapitel 3.2.2 erläutert jeweils 5-Jahres-Perioden. Ergänzt wird Modell 1 lediglich durch die Variable „Jahr“, um für den Jahrestrend zu kontrollieren. Damit soll verhindert werden, dass ein möglicherweise starker Jahrestrend den Fehlerterm aufbläht.

Wie Tabelle 1 zeigt, weist die Repräsentations-Variable das erwartete negative Vorzeichen auf und erreicht zudem einen befriedigenden Signifikanz-Wert. Höhere Repräsentations-Ausprägungen korrelieren also mit einer jeweils tieferen Anzahl Terroristen. Der in der Hypothese 1a postulierte Zusammenhang wird also bekräftigt. Eine Repräsentation von null ergibt dabei bei Konstanthaltung der restlichen Variablen an deren Mittelwert eine erwartete Anzahl von Terroristen pro Million Einwohner derselben Konfession von 0.60. Bei einer Repräsentation von 10% sinkt die Anzahl der Terroristen *ceteris paribus* auf 0.55 pro Million Einwohner, bei einer Repräsentation von 50% auf 0.37 und bei einer Repräsentation von 100% auf 0.22.⁵⁴ Die Anzahl der Terroristen wird hier im Vergleich mit dem Zustand bei null Repräsentation also um fast zwei Drittel reduziert.

Die Veränderung der Repräsentation erweist sich im Gegensatz dazu als nicht signifikant – sie hat keinerlei nachweisbaren Einfluss auf die abhängige Variable. Demzufolge scheint einzig und allein die Höhe der Repräsentation bedeutend – ein Absinken der Repräsentation erweist sich dagegen *per se*, also über den direkten Effekt einer verminderten Repräsentation hinaus, als nicht relevant. Diese Folgerung steht im Widerspruch zu Hypothese 3a.

Bemerkenswert ist weiter die eindeutige und hohe Signifikanz der Zeitdimension, also der Variable „Jahr“. Der Zusammenhang mit der AV ist positiv, das Phänomen des islamisch-extremistischen Terrorismus war demzufolge in der untersuchten Zeitperiode im Zunehmen begriffen.

Beim zweiten Modell kommt jene unabhängige Variable hinzu, welche im theoretischen Modell ebenfalls eine Rolle spielt: „BIP pro Kopf“. Nach Massgabe der

⁵⁴Das Quotenverhältnis entspricht in Modell 1 bei einem Anstieg der Repräsentation um 10% einem Wert von 1.105.

Tabelle 1: Modelle 1 bis 3

	(1)	(2)	(3)
	terroristen_rel	terroristen_rel	terroristen_rel
repr	-0.0100 ⁺ (-1.80)	-0.00992 ⁺ (-1.66)	-0.0267*** (-3.80)
ver_repr	-0.148 (-1.43)	-0.141 (-1.36)	-0.0560 (-1.13)
jahr	0.0763* (2.18)	0.0906* (2.16)	0.136*** (3.32)
bip_pk		-0.00000870 (-0.21)	0.00000264 (0.04)
repress			-0.333 (-0.64)
polrechte			-0.260 (-0.73)
konf			0.875 (1.02)
domgrp			-1.514* (-2.30)
krieg			1.429*** (4.07)
_cons	-161.6* (-2.31)	-190.1* (-2.28)	-280.2*** (-3.46)
<i>N</i>	306	291	288

t statistics in parentheses

⁺ $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Theorie wird beim BIP pro Kopf von einer Beeinflussung der Wirkung der Repräsentation auf die abhängige Variable ausgegangen. Ein anfänglich gebildeter und in einem separaten Modell integrierter Interaktionsterm erwies sich jedoch als nicht signifikant – das entsprechende Modell wurde aus diesem Grund wieder verworfen. In Modell 2 ist „BIP pro Kopf“ daher lediglich als additive Variable konzipiert.

Die Ergebnisse sind denjenigen von Modell 1 sehr ähnlich. Höhere Repräsentations-Ausprägungen korrelieren wiederum auf signifikante Weise mit einer jeweils tieferen Anzahl Terroristen. Bei null Repräsentation treten unter Konstanthaltung der restlichen Variablen an deren Mittelwert 0.60 Terroristen in Erscheinung. Bei 10% Repräsentation sind 0.54, bei 50% 0.37 und bei 100% 0.22 Terroristen pro Million Einwohner derselben Konfession zu erwarten.⁵⁵ Die Veränderung der Repräsentation stellt sich wiederum als insignifikant heraus, während die Variable „Jahr“ in einem positiven und signifikanten Zusammenhang mit der AV steht. Die Variable „BIP pro Kopf“ hingegen, von welcher auf Grundlage der Theorie ein Einfluss auf die AV zu erwarten war, scheint keinerlei Wirkung zu erzielen. Wie bereits erwähnt, wurde das separate Modell mit einem inkorporierten Interaktions-Term aufgrund dessen Insignifikanz wieder verworfen. Die Vermutung einer Einwirkung auf die Beziehung zwischen der Repräsentation und der AV bestätigt sich also nicht – ein Widerspruch zu Hypothese 2a. „BIP pro Kopf“ bleibt zudem auch ohne Interaktionsterm bei einem schlechten p-Wert und übt als singuläre Variable ebenfalls keinerlei Wirkung auf die AV aus.

Das dritte Modell unterscheidet sich vom zweiten dadurch, dass es zusätzlich eine Reihe von Kontrollvariablen integriert. Seine Ergebnisse bestätigen, wie in Tabelle 1 zu sehen, die bereits anhand der ersten beiden Modelle erhaltenen Erkenntnisse vollumfänglich. Die Variable „Repräsentation“ bleibt bei einem negativen Vorzeichen, ihre Signifikanz zeigt sich in diesem dritten Modell allerdings nochmals deutlich verbessert (99.9%-Niveau). Die erwartete Anzahl der Terroristen sinkt in Modell 3 bei einem Anstieg der Repräsentation von 0 auf 10% und an deren Mittelwert konstant gehaltenen restlichen Variablen von 0.46 auf 0.35 pro Million Einwohner; 50% Repräsentation resultieren ceteris paribus in 0.12, 100% in 0.03 Terroristen.⁵⁶ Die geschätzte Anzahl der Terroristen fällt bei null Repräsentation also rund 15 mal so hoch aus wie bei vollständiger Repräsentation.

⁵⁵In Modell 2 entspricht das Quotenverhältnis bei einem Anstieg der Repräsentation um 10% einem Wert von 1.104.

⁵⁶Das Quotenverhältnis entspricht bei einem Anstieg der Repräsentation um 10% einem Wert von 1.306.

Die Veränderungsvariable bleibt genauso wie das BIP pro Kopf insignifikant, die Variable „Jahr“ positiv und hoch signifikant. Von den eigentlichen Kontrollvariablen erreichen sowohl „Dominierte Gruppe“ als auch der Kriegs-Dummy hervorragende Signifikanzwerte. Die Verstrickung eines Staates in einen Krieg erhöht demzufolge die Anzahl Terroristen, die aus diesem Staat hervorgehen. Weiter korrelieren dominierte Gruppen negativ mit der AV – Gruppen in konfessionell heterogenen Staaten, welche von einer anderen konfessionellen Gruppe politisch dominiert werden, bringen also relativ betrachtet weniger Terroristen hervor. Alle weiteren Kontrollvariablen sind insignifikant und scheinen somit keinen Einfluss auf die AV auszuüben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Resultate den aufgrund der Theorie vermuteten Zusammenhang zwischen Repräsentation und der Anzahl Terroristen *im Kern* eindrucksvoll bestätigen und angesichts der ähnlichen Ergebnisse aller drei Modelle als äusserst robust erscheinen. Die Repräsentations-Variable weist durchwegs das erwartete negative Vorzeichen auf. Zudem erreicht die Variable in allen drei Modellen befriedigende bis sehr gute Signifikanzwerte. Höhere Repräsentations-Ausprägungen korrelieren also mit einer jeweils tieferen Anzahl Terroristen. Hypothese 1a wird von den Ergebnissen daher klar gestützt.⁵⁷ Zu vermerken ist dabei, dass allein die „statische“ Repräsentations-Variable für

⁵⁷Dieses Urteil wird durch zwei zusätzliche Tests deutlich erhärtet. Ein erster betrifft die Konzipierung der Variable „Repräsentation“ als Durchschnittswert aus 5-Jahres-Perioden. Dieser erscheint auf Grundlage der Theorie am sinnvollsten, da die Verwendung von längeren Perioden aus pragmatischen Gründen nicht angezeigt (Verlust vieler Datensätze für die Analyse) und bei Perioden von unter 5 Jahren fragwürdig ist, ob die in Unterkapitel 2.4 beschriebene potenzielle Verzögerung zwischen Prägung und terroristischer Aktion genügend erfasst wird. Wird die AV dennoch anders konzipiert und anstelle des 5-Jahres- ein 4-Jahres- oder 3-Jahres-Schnitt verwendet, so bleibt die primäre unabhängige Variable in Modell 3 hoch signifikant (p-Wert von 0.000). In Modell 2 nimmt die Signifikanz der parlamentarischen Repräsentation der Islamisten ab, je weniger Jahre in der Variable berücksichtigt werden. Der 4-Jahres-Schnitt ergibt noch einen akzeptablen p-Wert von 0.092, der 3-Jahres-Schnitt hingegen liegt mit einem p-Wert von 0.175 definitiv ausserhalb des Signifikanzbereichs. Im minimalistischen ersten Modell nimmt die Signifikanz bei einem Senken der Anzahl Jahre als Berechnungsgrundlage der Variable ab bis auf einen p-Wert von 0.246. Das Vorzeichen der primären UV bleibt in allen Modellen und unter Verwendung aller verschiedenen konstruierter Variablen für die Repräsentation negativ. Ein zweiter, sehr bedeutender Test der Robustheit der Ergebnisse wird durch die Veränderung der Schätzungen der Anteile der Islamisten an der jeweiligen Gesamtbevölkerung, welcher der Determinierung des Grads der Repräsentation zu Grunde liegen, vorgenommen. Die Schätzungen wurden dabei einmal um 50% reduziert und einmal um 50% erhöht und die vorgestellten Modell auf dieser Grundlage neu berechnet. Die Ergebnisse unterstreichen, dass selbst eine relativ grosse Fehlermarge in den geschätzten Anteilen den entdeckten Zusammenhang nicht erschüttern kann: Werden die Anteile der Islamisten an der Gesamtbevölkerung tiefer bewertet, erreicht die Variable „Repräsentation“ im komplexesten und wohl bedeutendsten Modell 3 sehr gute Signifikanz (p-Wert von 0.000). Werden die Anteile der Islamisten höher bewertet, bleibt „Repräsentation“ bei negativem Vorzeichen beim selben hervorragenden Signifikanzwert.

die signifikanten Ergebnisse verantwortlich zeichnet. Die *Veränderung* der Repräsentation ist in keinem Modell signifikant und weist damit keinerlei nachweisbaren Einfluss auf die abhängige Variable aus.⁵⁸ Auch für eine Interaktion zwischen der Repräsentation und ihrer Veränderung wurde getestet, das entsprechende Modell aufgrund der Insignifikanz des Interaktionsterms jedoch nicht aufrechterhalten. Damit muss die Hypothese 3a verworfen werden.

Eine Einschränkung für die Theorie stellen die Resultate der Variable „BIP pro Kopf“ dar, deren Einfluss auf die Wirkung von Repräsentation auf die AV nicht bestätigt werden kann. Aufgrund der durchgehenden Insignifikanz von „BIP pro Kopf“ muss die Hypothese 2a verworfen werden.

3.3.2 Schätzung der Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Terrorismus

Um die Batterie der b-Hypothesen zu überprüfen, wird nun die abhängige Variable dichotomisiert⁵⁹ und der Zusammenhang zwischen der Repräsentation von Islamisten und dem islamisch-extremistischen Terrorismus auf dieser Grundlage neu überprüft. Dazu wird die logistische Regression verwendet. Im Unterschied zu den ersten Modellen liefert deren Ergebnis nicht Ausprägungswerte der abhängigen Variable, sondern die Wahrscheinlichkeit des Eintretens des in der binären Variable spezifizierten Ereignisses in Abhängigkeit verschiedener Einflussgrößen (Backhaus et al. 2006, 426).

Dieser zweite Ansatz legitimiert sich dadurch, dass auf diese Weise eine veränderte Fragestellung, eben diejenige nach der Wahrscheinlichkeit eines Terroraktes (nachfolgend vereinfachend als Terror-Wahrscheinlichkeit bezeichnet), behandelt wird. Darüber hinaus bringt dieses Modell mit sich, dass die Anzahl der Täter, welche in einem Fall einen oder mehrere terroristische Akte verüben, irrelevant wird. Dies wiederum kommt dem Umstand entgegen, dass die den verwendeten Terrorismus-Datenbanken entnommenen Angaben zur Nationalität von Attentätern unvollständig und daher die berechneten Werte hinsichtlich der Anzahl

⁵⁸Die Insignifikanz der Veränderungs-Variable bleibt auch dann bestehen, wenn diese als einzige Repräsentations-Variable verwendet wird. Dies haben Tests ergeben, in denen die „Status Quo“-Variable aus den Modellen ausgeschlossen wurde. Auch unter Verwendung eines Dummys, welcher lediglich Verluste in der Repräsentation anzeigt, bleibt die Veränderung eine Grösse, der keinerlei Relevanz nachgewiesen werden kann.

⁵⁹Wobei die Ausprägung „1“ bedeutet, dass in einem bestimmten Jahr mindestens ein Angehöriger einer bestimmten Konfession aus einem bestimmten Land irgendwo auf der Welt mit einem terroristischen Akt in Erscheinung getreten ist. Der Variablenwert „0“ bedeutet dementsprechend, dass eine konfessionelle Gruppe aus einem bestimmten Land in einem bestimmten Jahr keine Terroristen stellte.

Terroristen nicht als absolut akkurat betrachtet werden dürfen.⁶⁰ Die mit einer dichotomen AV rechnenden Modelle reduzieren den Einfluss dieser Fehlerquelle bis zu einem gewissen Grad und sollten daher nicht nur weitere Erkenntnisse über den untersuchten Zusammenhang liefern, sondern auch zur Robustheit der Endergebnisse beitragen können.

Die Untersuchung wird anhand von fünf neuen Modellen⁶¹ vorgenommen. Dabei finden wieder dieselben Variablen Verwendung wie in den Modellen eins bis drei. Um zu verhindern, dass die unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen eine Verzerrung der Resultate verursachen⁶², wurde eine Gewichtung anhand der Populationsgröße der jeweiligen konfessionellen Gruppe vorgenommen.

Modell 4 ist eine Replikation von Modell 1 mit dichotomer abhängiger Variable. Eine Analyse von Plots der Residuen gegen die einzelnen unabhängigen Variablen liess bei der Variable „Repräsentation“ eine Parabelform erkennen, was auf eine nicht-lineare Beziehung zur AV hinweist. Aus diesem Grund wurde der Quadratterm von „Repräsentation“ in das Modell integriert (vergleiche Kohler/Kreuter 2005, 278). In Tabelle 2 ist zu sehen, dass die Repräsentations-Variable ihre Relevanz behält. Allerdings ist ihr Einfluss hier nicht einförmig negativ, wie von Hypothese 1b postuliert. Das positive Vorzeichen von „Repräsentation“ bei gleichzeitig negativem Vorzeichen des Quadrat-Terms deutet vielmehr darauf hin, dass die Beziehung von Repräsentation zur AV die Form eines umgekehrten U annimmt – tiefe Repräsentations-Werte würden dementsprechend genauso wie hohe mit einer relativ tiefen Terror-Wahrscheinlichkeit korrelieren, mittlere Werte mit einer hohen. Der höchste Punkt der Kurve, an dem die Beziehung ihr Vorzeichen wechselt, lässt sich mathematisch ermitteln.⁶³ Er liegt bei Modell 4 bei einem Repräsentations-Wert von 49.3%. Unterhalb dieses Wertes präsentiert sich der Zusammenhang zwischen den Variablen genau entgegengesetzt zum Postulat von Hypothese 1b.

⁶⁰Nähere Angaben zur Akkuratheit der verwendeten Datenbanken können dem Kapitel 4.2 entnommen werden.

⁶¹Die Modelle 4 bis 8 können wie folgt formalisiert werden: $p(y = 1) = \frac{1}{1+e^{-z}}$. Dabei gilt: $z = \beta_0 + \sum_{i=1}^I \beta_i \cdot x_i + u$. p bezeichnet hier die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Ereignisses $y = 1$. e steht für die Eulersche Zahl, z für eine latente Variable, welche auch als aggregierte Einflussstärke der verschiedenen unabhängigen Variablen betrachtet werden kann (Backhaus et al. 2006, 431).

⁶²Dies wird nötig, da aufgrund der Dichotomisierung der abhängigen Variable die Relation zur Grösse der jeweiligen Bevölkerungen in der AV selber nicht mehr berücksichtigt ist.

⁶³Um den Punkt zu bestimmen, an welchem die Tangente genau waagrecht zu liegen kommt, wird die erste Ableitung der Regressionsgleichung nach der Variable „Repräsentation“ gleich 0 gesetzt und nach x aufgelöst.

Tabelle 2: Modelle 4 bis 8

	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
	p_terror	p_terror	p_terror	p_terror	p_terror
repr	0.0715* (2.37)	0.0782** (2.97)	-0.0769 (-1.30)	0.0772* (2.27)	-0.0735 (-1.31)
repr ²	-0.000724* (-2.51)	-0.000782** (-3.07)	0.000842 (1.29)	-0.000845* (-2.23)	0.000777 (1.08)
ver_repr	-0.136* (-2.28)	-0.145* (-2.02)	-0.187** (-2.60)	-0.155*** (-4.27)	-0.204*** (-8.11)
jahr	0.0304 (1.01)	0.0126 (0.40)	-0.0131 (-0.37)	0.0116 (0.24)	-0.0160 (-0.32)
bip_pk		0.000447* (2.10)	0.000149 (0.59)	0.000410 (1.42)	0.0000647 (0.21)
bip_pk ²		-2.29e-08* (-2.21)	-1.12e-08 (-0.93)	-2.02e-08 (-1.45)	-5.93e-09 (-0.42)
repr*bip_pk			0.0000467 (1.55)		0.0000421 (1.32)
repr*bip_pk ²			-7.04e-10 (-0.41)		-3.26e-10 (-0.17)
repr ² *bip_pk			-0.000000536 ⁺ (-1.65)		-0.000000539 (-1.40)
repr ² *bip_pk ²			1.88e-11 (0.92)		2.27e-11 (0.90)
repress				-0.618 (-0.84)	-0.756 (-0.96)
polrechte				0.272 (0.63)	0.213 (0.46)
konf				-0.496 (-0.58)	-0.392 (-0.41)
domgrp				-0.291 (-0.33)	-0.396 (-0.52)
krieg				0.932 (1.47)	1.089 ⁺ (1.69)
_cons	-61.31 (-1.02)	-27.21 (-0.43)	24.99 (0.35)	-26.09 (-0.27)	30.19 (0.31)
N	306	291	291	288	288

t statistics in parentheses

⁺ $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die *Veränderung* der Repräsentation erweist sich im Gegensatz zu den ersten drei Modellen als durchwegs signifikant und negativ – je tiefer der Variablenwert, desto grösser wird also die Terror-Wahrscheinlichkeit. Ein Zuwachs an Repräsentation bedeutet daher eine tiefere Terror-Wahrscheinlichkeit als gleichbleibende Repräsentation, welche wiederum eine tiefere Terror-Wahrscheinlichkeit aufweist als eine sich negativ entwickelnde Repräsentation. Hypothese 3b wird somit gestützt.

Die Variable „Jahr“ erweist sich als insignifikant – ein relevanter Jahrestrend scheint demzufolge, anders als in den Modellen 1 bis 3, nicht zu existieren.

Modell 5 unterscheidet sich von Modell 4 (genauso wie Modell 2 von Modell 1) durch die Hinzunahme der unabhängigen Variable „BIP pro Kopf“. Eine Analyse des Plots der Residuen gegen die neu inkorporierte Variable zeigte wiederum eine nicht-lineare Beziehung zur AV auf. Aus diesem Grund wurde zusätzlich zum Quadratterm der Variable „Repräsentation“ ein Quadratterm für „BIP pro Kopf“ in das Modell integriert. Die Resultate hinsichtlich der Repräsentation fallen in diesem Modell analog zu Modell 4 aus, sind jedoch auf einem noch höheren Niveau signifikant. Der höchste Punkt der Beziehungs-Kurve zwischen Repräsentation und der abhängigen Variable entspricht hier einem Repräsentations-Wert von 50.0%.

Was die Variable „BIP pro Kopf“ anbelangt, so weist diese ebenfalls eine Beziehung in der Form eines umgekehrten U zur AV auf. Eine Erhöhung des BIP pro Kopf korreliert mit einer höheren Terror-Wahrscheinlichkeit, nach Erreichen einer bestimmten Schwelle (9769 USD) verkehrt sich die Beziehung aber in eine negative. Was die Signifikanz von „BIP pro Kopf“ anbelangt, so ist diese klar gegeben (95%-Niveau). Ein Jahrestrend lässt sich wiederum nicht feststellen.

Da aufgrund der Theorie „BIP pro Kopf“ eine Moderatorvariable sein könnte, welche die Stärke der Beziehung zwischen der Variable „Repräsentation“ und der AV beeinflusst, wird wiederum auf Interaktion geprüft (Brambor et al. 2006, 64). Dazu werden entsprechende Terme in einem weiteren, ansonsten identischen Modell integriert – Modell 6.⁶⁴ Im Gegensatz zu den Modellen mit proportionaler AV bestätigt sich hier die Vermutung einer Interaktion. Tests der gemeinsamen Signifikanz aller vier Interaktionsterme ($\text{repr}*\text{bip_pk}$, $\text{repr}*\text{bip_pk}^2$, $\text{repr}^2*\text{bip_pk}$,

⁶⁴Da sowohl „Repräsentation“ als auch „BIP pro Kopf“ eine nicht-lineare Beziehung zur abhängigen Variable aufweisen, gestaltet sich die Modellierung der Interaktion deutlich komplexer. Anstelle des ohne Nicht-Linearität zu verwendenden singulären Terms für das Produkt der beiden Variablen sind in diesem Fall zusätzliche Produkt-Variablen einzubauen, welche Kombinationen mit den jeweiligen quadrierten Variablen mitberücksichtigen (Brambor et al. 2006, 66).

$\text{repr}^2 * \text{bip_pk}^2$) ergeben einen hervorragenden p-Wert von 0.0000. Dies ist grundsätzlich als Bestätigung der Theorie zu interpretieren, welche einen Einfluss von „BIP pro Kopf“ auf die Wirkung von Repräsentation auf die Terror-Wahrscheinlichkeit postuliert.⁶⁵ Auf eine Interpretation der Koeffizienten von „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ als singuläre, additive Variablen wird an dieser Stelle verzichtet, da aufgrund der Integration von Interaktionstermen die Koeffizienten für sich alleine nicht mehr sinnvoll interpretierbar sind (Brambor et al. 2006, 72-74). Die Koeffizienten der Veränderung der Repräsentation sowie der Variable „Jahr“ zeigen sich in Modell 6 nur geringfügig verändert und implizieren grundsätzlich dieselben Ergebnisse wie in den Modellen 4 und 5.

Modell 7 umfasst alle Variablen von Modell 5, inkorporiert aber zusätzlich noch die Gruppe der Kontrollvariablen. In Bezug auf die Repräsentation bestätigt sich dabei wiederum deren U-förmige Beziehung zur AV und hohe Signifikanz. Der höchste Punkt der U-Kurve liegt hier bei einer Repräsentation von 45.7%. Auch die Variable „BIP pro Kopf“ sowie der entsprechende Quadrat-Term weisen dieselben Vorzeichen auf wie in Modell 5. Der Punkt, an welchem die Beziehung ihr Vorzeichen wechselt, liegt hier bei 10144 USD. Signifikanz auf dem 90%-Niveau wird jedoch knapp verpasst. Eine der Kontrollvariablen scheint also den p-Wert von „BIP pro Kopf“ zu beeinträchtigen. Die Veränderung der Repräsentation bleibt negativ und hoch signifikant. Die Gruppe der Kontrollvariablen dagegen scheint, genauso wie die Variable „Jahr“, keinerlei Einfluss auf die abhängige Variable auszuüben.

Modell 8 unterscheidet sich von Modell 7 lediglich durch die zusätzliche Berücksichtigung der Interaktion zwischen der Repräsentation und „BIP pro Kopf“ respektive den Einschluss der entsprechenden Interaktions-Terme. Von einer Deutung der Koeffizienten von „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ als isolierte Variablen wird wiederum abgesehen (vergleiche Modell 6), da die Interaktion erneut bestätigt wird und die Interaktionsterme gemeinsam hoch signifikant sind (p-Wert von 0.0002). Die Wirkungsweise der nachgewiesenen Interaktion soll in diesem – aufgrund der berücksichtigten Kontrollvariablen umfassendsten und wohl „realistischsten“ – Modell jedoch genauer betrachtet werden. Die Theorie geht davon aus, dass höhere „BIP pro Kopf“-Niveaus die (negative) Wirkung von

⁶⁵Allerdings stellt sich dabei die Frage, ob sich die Interaktion auch auf die erwartete Art und Weise vollzieht. Auf eine mathematische Interpretation der einzelnen Koeffizienten wird hier aufgrund der Vielzahl an Interaktionstermen und der damit verbundenen Komplexität verzichtet. Allerdings ergibt sich die Möglichkeit einer graphischen Interpretation. Eine solche wird anhand des nachfolgend präsentierten, noch umfassenderen Modells 8 vorgenommen.

Repräsentation auf die AV verstärken. Nachdem Hypothese 1b in ihrem exakten Wortlaut bereits verworfen werden musste, dürfte sich das in dieser Absolutheit kaum halten lassen. Da aber die Wirkung von Repräsentation auf die AV in dieser Studie im Mittelpunkt des Interesses steht und die Interaktion mit „BIP pro Kopf“ angesichts derer Signifikanz zusätzliche Erkenntnisse über die Wirkung von Repräsentation verspricht, soll die Interaktion zwischen Repräsentation und „BIP pro Kopf“ dennoch im Detail analysiert werden. Aus Gründen der Anschaulichkeit wird dabei auf eine mathematische Auswertung der einzelnen Interaktionsterme verzichtet und die Interpretation stattdessen auf eine 3D-Graphik abgestützt.

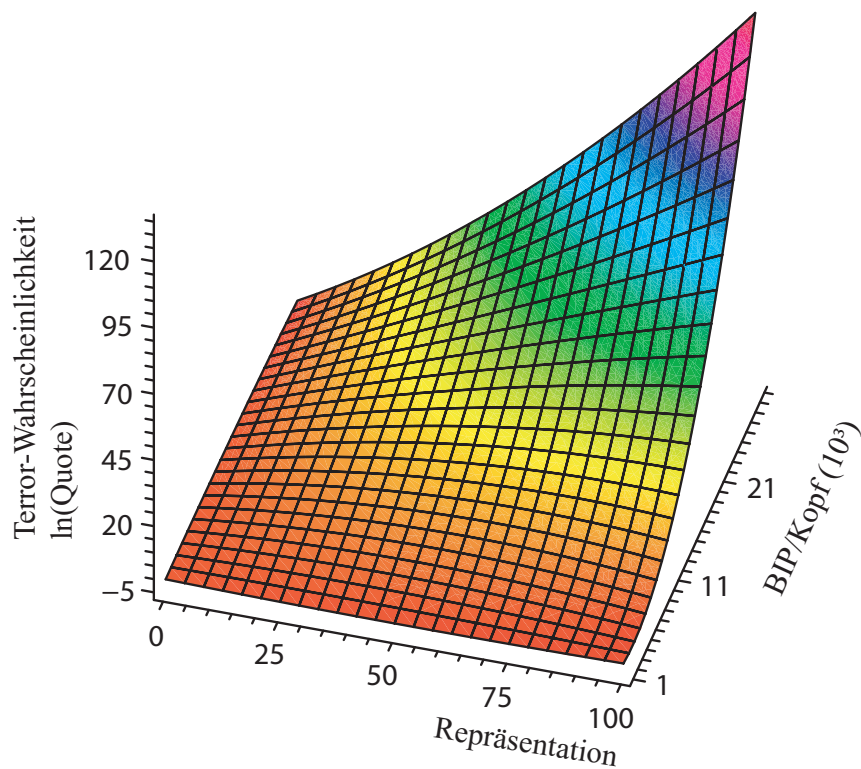


Abbildung 8: 3D-Modell der Interaktion zwischen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“

Abbildung 8 zeigt einen dreidimensionalen Raum mit Achsen für die Logit-Werte der abhängigen Variable „Terror-Wahrscheinlichkeit“ sowie die unabhängigen Variablen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“. Die Graphik macht noch einmal deutlich, dass diese beiden Variablen die AV nicht unabhängig voneinander beeinflussen. Die Terrorgefahr steigt dann am deutlichsten an, wenn sich das BIP pro Kopf und die Repräsentation gemeinsam erhöhen. Dies steht in direktem Widerspruch zur Hypothese 2b, welche eine gegenteilige, hemmende Wirkung der Interaktion impliziert. Erhöht sich jeweils nur eine der beiden Variablen, verändert sich die Terrorismus-Wahrscheinlichkeit unterschiedlich: Manchmal steigt sie an, manchmal sinkt sie. Ob der Einfluss der einen Variable auf die AV negativ oder positiv ist, hängt einerseits vom Wertebereich ab, in welchem sich die aktuelle Ausprägung der Variable befindet. Andererseits hängt dies aber auch von der Ausprägung der *jeweils anderen* Variable ab. Um das zu verdeutlichen, zeigen die Abbildungen 9 und 10 mehrere Schnitte durch das dreidimensionale Modell. Sie illustrieren jeweils zweidimensional den Zusammenhang zwischen der einen unabhängigen Variable und der AV unter der Prämisse verschiedener Ausprägungen der anderen unabhängigen Variable. Diese Ausprägungen umfassen Minimal- und Maximalwert sowie die Werte der drei Quartile.⁶⁶ Im Anschluss folgt nun eine Besprechung beider Abbildungen. Es sei jedoch vermerkt, dass inhaltliche Deutungen der Entwicklung der Terror-Wahrscheinlichkeiten an dieser Stelle ein vorderhand spekulativer Charakter zukommt. Eine umfassendere und verbindlichere Deutung wird erst unter Einbezug der Ergebnisse der Modelle 1 bis 3 sinnvoll möglich sein⁶⁷, weshalb auf das Unterkapitel „Synthese aller Modelle“ auf Seite 73 verwiesen sei.

Zur Besprechung von Abbildung 9: Die Graphik illustriert den Einfluss von „BIP pro Kopf“ auf die Beziehung zwischen Repräsentation und Terror-Wahrscheinlichkeit. Bereits auf den ersten Blick wird dabei deutlich, dass die U-Form, auf welche anhand der Koeffizienten der additiven Variablen geschlossen wurde, nicht bei jeder „BIP pro Kopf“-Ausprägung gegeben ist. Doch der Reihe nach: Die Ausgangspunkte aller Kurven sind auf einem sehr ähnlichen Niveau – bei einer

⁶⁶In Abbildung 9 fehlen die Kurven für den Maximalwert und das 3. Quartil von „BIP pro Kopf“, da hier eine Transformation auf die Wahrscheinlichkeit rechnerisch nicht mehr möglich war.

⁶⁷Da die verschiedenen Modelle mit zwei unterschiedlichen abhängigen Variablen arbeiten, muss eine gewissenhafte Interpretation sowohl die Ergebnisse hinsichtlich der Anzahl Terroristen als auch diejenigen hinsichtlich der Terror-Wahrscheinlichkeit berücksichtigen. Wie noch zu sehen sein wird, verhalten sich die beiden unterschiedlich konzipierten abhängigen Variablen in ihrer Beziehung zu den primären unabhängigen Variablen keineswegs synchron.

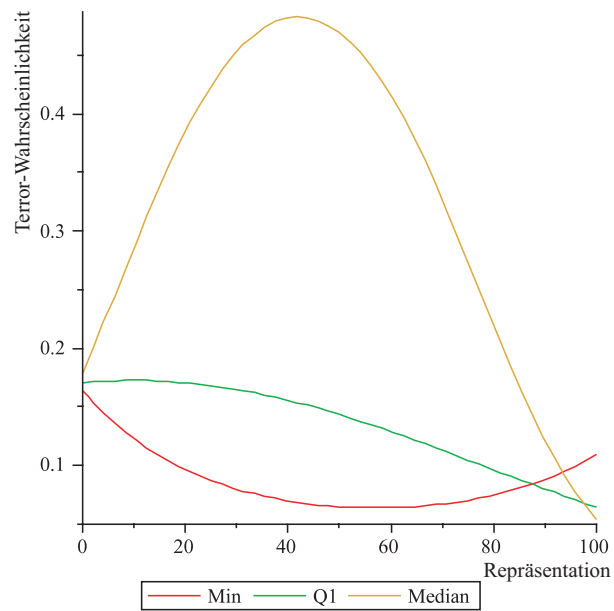


Abbildung 9: Verhältnis von Terror-Wahrscheinlichkeit und Repräsentation bei unterschiedlichen „BIP pro Kopf“-Niveaus

Repräsentation von 0 scheint das Niveau von „BIP pro Kopf“ also keine nennenswerte Wirkung auszuüben. Betrachtet man den Verlauf der Graphen, so entsteht jedoch der Eindruck, der Mittelpunkt der Kurve werde nach oben gezogen, je höher das BIP pro Kopf ausfällt. Bereits beim ersten Quartil hat sich die Beugung der Kurve verkehrt, auch wenn der Verlauf noch relativ flach ausfällt. Die Median-Kurve weist eine klare Glockenform auf – die Terror-Wahrscheinlichkeit erhöht sich mit steigender Repräsentation genauso markant, wie sie in der zweiten Hälfte der Repräsentations-Skala wieder abfällt. Dies bestätigt den Befund aus den Modellen ohne Interaktionsterme, dass entgegen dem theoretischen Modell eine von höherer Repräsentation verursachte Entspannung „verspätet“, das heisst erst in einem Bereich höherer Repräsentations-Werte, auftritt. Die Stufe des völligen politischen Ausschlusses unterscheidet sich von der Stufe einer geringen Repräsentation dementsprechend nicht durch eine höhere, sondern durch eine tiefere Terror-Wahrscheinlichkeit.

Dass die Höhe des BIP pro Kopf die Steilheit des Anstiegs der Terrorgefahr determiniert, könnte bedeuten, dass Islamisten in Fällen mit höherem BIP pro Kopf einem grösseren Leidensdruck ausgesetzt sind und sich vehementer gegen die Unterrepräsentation auflehnen.⁶⁸ Dies spricht für die in der Theorie erläuterte Annahme, dass die Frage der politischen Vertretung umso grösseres Gewicht erhält, je weniger die Individuen von materiellen Existenzängsten beherrscht sind. In reicheren Staaten hat demzufolge ein grösserer Teil der islamistischen Bevölkerung die zweite Stufe von Maslows/Ingleharts Pyramide erreicht, während in ärmeren Staaten mehr Islamisten unbefriedigte Bedürfnisse der Stufe eins aufweisen, weshalb die Bedürfnisse (und damit die Werte) der Stufe zwei wenig Relevanz erhalten. Dazu passt, dass unter der Voraussetzung einer minimalen Ausprägung von „BIP pro Kopf“ die Terror-Wahrscheinlichkeit mit steigender Repräsentation erst einmal absinkt. In diesen Fällen messen islamistische Kreise politischer Repräsentation faktisch weniger Wichtigkeit zu⁶⁹, und das Eintreten einer geringfügigen Verbesserung der Repräsentation reicht bereits für eine gewisse Entspannung. Ungeklärt bleibt dagegen der Umstand, dass sich der Einfluss von

⁶⁸Der Anstieg der Kurve in Bereichen tiefer Repräsentation könnte damit erklärt werden, dass mit höherer Repräsentation eine verminderte Repression einhergeht und erst damit mehr konspirative Aktivitäten ermöglicht werden.

⁶⁹Darin besteht kein grundsätzlicher Widerspruch. Islamisten wünschen sich zwar per definitionem einen islamischen Staat. Dennoch kann dieses Anliegen angesichts persönlicher materieller Not an relativer Bedeutung verlieren.

Repräsentation um den Bereich von 50% verkehrt und die Terror-Wahrscheinlichkeit mit der Grösse der Repräsentation ansteigt.

Eine zweite Argumentationslinie bezüglich der Erklärung, warum die Höhe des BIP pro Kopf die Steilheit der Kurve der Terror-Wahrscheinlichkeit determiniert, könnte darauf verweisen, dass Staaten mit höherem BIP pro Kopf aufgrund ihrer wesentlichen Rolle in der globalisierten Weltwirtschaft womöglich verwestlichter sind als arme Nationen. Dies könnte die Zahl der „Aktivierungen“ erhöhen, weil zur politischen Unterrepräsentation ein perzipierter Verlust islamischer Kultur und Werte hinzukommt. Eine dritte Begründung schliesslich könnte lauten, reichere Gesellschaften seien besser vernetzt und informiert und hätten daher auch ein höher entwickeltes demokratisches Bewusstsein. In diesem Sinne würden Islamisten in solchen Gesellschaften eine politische Unterrepräsentation eher als solche erkennen und sich dagegen auflehnen als Islamisten in ärmeren Gesellschaften,⁷⁰ was in zahlreicheren „Aktivierungen“ resultieren würde.

Häufig wird die Höhe des BIP pro Kopf auch als Indikator für die Staatsstärke verstanden. Im vorliegenden Kontext scheint jedoch wenig plausibel, weshalb die Staatsstärke die Steilheit der Kurve der Terror-Wahrscheinlichkeit determinieren sollte. Diese Interpretation der Bedeutung des BIP pro Kopf wird daher nicht weiterverfolgt.

Abbildung 10 beleuchtet den Mechanismus der Interaktion zwischen den Variablen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ von einer zweiten Perspektive. Die hier abgebildeten Kurven stellen die Beziehung zwischen „BIP pro Kopf“ und Terror-Wahrscheinlichkeit unter den Bedingungen verschiedener Repräsentations-Niveaus dar. Die rote Kurve zeigt auf, dass bei null Repräsentation (entspricht Minimum- bis Median-Wert) höhere „BIP pro Kopf“-Ausprägungen zunächst mit jeweils (leicht) höherer Terror-Wahrscheinlichkeit korrelieren. Dies entspricht der obigen Erkenntnis, dass höhere BIP pro Kopf-Niveaus aus einem oder mehreren der genannten hypothetischen Gründe mit höherer Terror-Wahrscheinlichkeit korrelieren. Nach dem Überschreiten eines „BIP pro Kopf“-Wertes von rund 6000 USD verkehrt sich jedoch die Richtung der Beziehung, und weitere Erhöhungen des BIP pro Kopf fallen mit sinkenden Terrorrisiken zusammen. Dieser Teil

⁷⁰ Auch hierin muss kein Widerspruch zum postulierten Bedürfnis aller Islamisten nach dem „islamischen Staat“ bestehen. Wie im Theorieteil auf Seite 30 ausgeführt, können pragmatische Aspekte oder eben die perzipierte Möglichkeit einer Einflussnahme hinsichtlich des Grads der Unzufriedenheit sehr wohl eine entscheidende Rolle spielen.

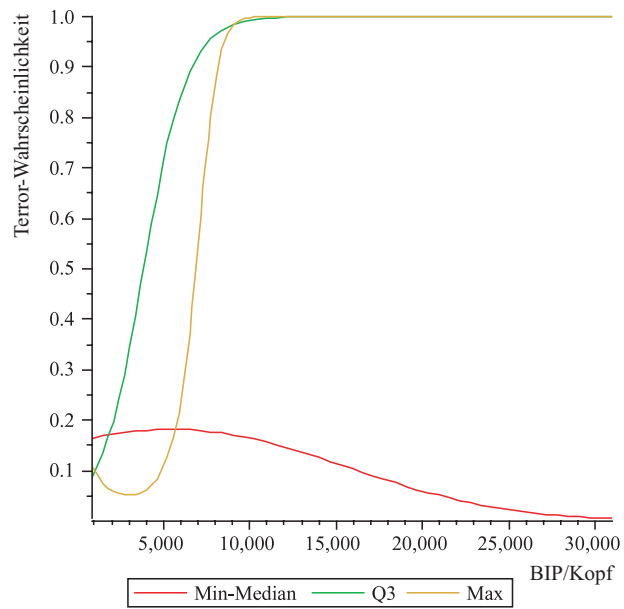


Abbildung 10: Verhältnis von Terror-Wahrscheinlichkeit und „BIP pro Kopf“ bei unterschiedlichen Repräsentations-Niveaus

der Kurve ist mit einiger Vorsicht zu deuten, da in der Untersuchung ein einziger Staat – Saudiarabien – für hohe „BIP pro Kopf“-Werte sorgt und die Kurve in diesem Bereich auf wenigen Datenpunkten beruht. Dennoch ist denkbar, dass eine „BIP pro Kopf“-Obergrenze existiert, bei deren Erreichen die politische Repräsentation wiederum an Wichtigkeit verliert. Sehr reiche Islamisten würden dabei durch weltliche Verlockungen gemässigt und das Ziel des islamischen Staates mit weniger Eifer verfolgen. Dies würde sich in einer geringeren Zahl an „Aktivierungen“ niederschlagen.

Die Kurve für das 3. Quartil der Repräsentation (entspricht einer deutlich ungenügenden Repräsentation von 25.47%) zeigt hingegen stetig und steil nach oben. Höhere „BIP pro Kopf“-Werte können die Terror-Wahrscheinlichkeit hier also nur erhöhen, niemals aber verringern. Auch dies entspricht obiger Deutung, dass geringere materielle Not im Zustand der Unterrepräsentation eine höhere Zahl an „Aktivierungen“ impliziert. Dass die Kurve stetig ansteigt und bei hohen „BIP pro Kopf“-Werten nicht wieder zu sinken beginnt, erschüttert die These einer „BIP pro Kopf“-Obergrenze wieder etwas. Allerdings wäre auch denkbar, dass die erwähnte „BIP pro Kopf“-Obergrenze ausschliesslich in Fällen mit null Repräsentation existiert. Die islamistische Bevölkerung wäre dabei so sehr an die Situation des politischen Ausgeschlossenenseins gewöhnt, dass eine Veränderung der Situation gar nicht konkret vorstellbar ist. Dementsprechend abstrakter würde sich der Wunsch nach dem „islamischen“ Staat ausnehmen und leichter könnte er durch materielle Verlockungen abgeschwächt werden. In Fällen hingegen, in denen bereits eine gewisse islamistische Repräsentation Realität ist, hätte die islamistische Bevölkerung gewissermassen bereits „Blut geleckt“ und liesse sich von materiellem Wohlstand in ihrem dezidierten Einstehen für eine konkrete Mitgestaltung des Staates nicht mehr bremsen.

Die Kurve für vollständige Repräsentation sieht sehr ähnlich aus wie diejenige für das 3. Quartal, verzeichnet jedoch vor dem steilen Anstieg bei Fällen mit sehr geringem BIP pro Kopf ein kurzes Abfallen. Dieser Knick wird vom Vorzeichenwechsel der roten Kurve in Abbildung 9 verursacht und kann genauso wenig erklärt werden wie der Anstieg der Terror-Wahrscheinlichkeit bei auf hohem Niveau weiter steigenden Repräsentations-Niveaus in armen Staaten (siehe Seite 66). Dieses Phänomen gibt Rätsel auf und sollte nach Möglichkeit in zukünftigen Forschungsarbeiten thematisiert und näher untersucht werden.⁷¹

⁷¹Dieser Gedanke wird in der Interpretation der Ergebnisse auf Seite 79 noch einmal aufgegriffen.

Insgesamt entsteht jedoch der Eindruck, eine höhere Repräsentation richte die Kurve, welche bei null Repräsentation hauptsächlich Richtung unten verläuft, auf. Sobald die Repräsentation nicht mehr gegen null tendiert, steigt die Terrorgefahr mit höheren „BIP pro Kopf“-Werten an – mit Ausnahme des erwähnten Knicks in der gelben Kurve. Von Interesse ist auch die Feststellung, dass maximale Repräsentation bei tiefen „BIP pro Kopf“-Niveaus das tiefste Terror-Risiko aufweist, sich dies aber ab einem BIP pro Kopf von rund 6000 USD ändert. An dieser Stelle schneiden sich die gelbe und die rote Kurve, ein minimaler Repräsentations-Wert impliziert in wohlhabenderen Gesellschaften also die tiefste Terror-Wahrscheinlichkeit. Die Variable „Repression“ liefert keine Hinweise darauf, dass diese Beobachtung mit einem in reicheren Staaten effizienteren Überwachungssystem zusammenhängt.⁷² Der Grund dürfte daher darin bestehen, dass auf relativ hohen „BIP pro Kopf“-Niveaus die aus dem politischen Ausschluss resultierende Unzufriedenheit und Empörung geringer ausfällt als bei ärmeren Staaten, welche den Terrorismus mit einem vollständigen politischen Einbezug der Islamisten am erfolgreichsten einzudämmen vermögen. Ab einem „BIP pro Kopf“-Niveau von rund 7000 USD werden die Kurven schliesslich offensichtlich inakkurat und sind nicht mehr sinnvoll interpretierbar.

Zusammenfassend lassen sich hinsichtlich der Interaktion zwischen Repräsentation und BIP pro Kopf die in Tabelle 3 aufgelisteten Beobachtungen festhalten. Sie erlauben nicht nur einen Test der Hypothese 2b, sondern auch eine erneute Prüfung der Hypothese 1b. Diese wurde anhand der Modelle ohne Interaktionsterme (4, 5 und 7) zwar bereits negativ beurteilt – aufgrund des wesentlich differenzierteren Bildes, welches die Querschnitte des 3D-Modells liefern, werden die Rückschlüsse bezüglich Hypothese 1b dennoch festgehalten. Am Urteil ändert sich indes nichts. Sowohl Hypothese 2b als auch Hypothese 1b vermögen mehreren Punkten nicht standzuhalten. Zudem ist ergänzend anzumerken, dass die Beobachtungen 2 und 4 sowie 3 und 5 *in Kombination* der Hypothese 2b ebenfalls widersprechen. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Hypothesen 1b und 2b lediglich in ihrer exakten Formulierung verworfen werden müssen. Der vermutete Wirkungszusammenhang wird damit nicht grundsätzlich widerlegt – es zeigt sich lediglich, dass dieser nicht unbedingt gilt, sondern sich nur unter

⁷²Grundsätzlich durchaus schlüssig erschiene die Vermutung, mit grösseren finanziellen Ressourcen liessen sich besser ausgerüstete und effizientere Repressionsorgane unterhalten. Allerdings lassen die Daten in Bezug auf die Variable „Repression“ keine wesentlichen Unterschiede zwischen relativ armen und relativ reichen Staaten erkennen.

Tabelle 3: Interaktion zwischen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ im Licht der Hypothesen

Hypothese 1b: Stützende Beobachtungen	In Staaten mit sehr tiefem BIP pro Kopf und tiefer bis mittlerer Repräsentation ist die Terrorgefahr umso tiefer, je höher die Repräsentation ausfällt
	In Staaten mit mittlerem BIP pro Kopf und mittlerer bis hoher Repräsentation ist die Terrorgefahr umso tiefer, je höher der Grad der Repräsentation ist
Hypothese 1b: Widersprechende Beobachtungen	Höhere Ausprägungen von sowohl „Repräsentation“ als auch „BIP pro Kopf“ resultieren in einer Erhöhung der Terror-Wahrscheinlichkeit
	In Staaten mit sehr tiefem BIP pro Kopf und mittlerer bis hoher Repräsentation ist die Terror-Wahrscheinlichkeit umso höher, je höhere Werte die Repräsentation erreicht
	In Staaten mit mittlerem BIP pro Kopf und tiefer bis mittlerer Repräsentation ist die Terrorgefahr umso grösser, je höher die Repräsentation ausfällt
Hypothese 2b: Stützende Beobachtungen (wenn Hypothese 1b korrekt)	Bei null Repräsentation ist die Terrorgefahr bis über das 3. Quartil von „BIP pro Kopf“ hinaus umso höher, je grösser das BIP pro Kopf ausfällt
	Bei ungenügender Repräsentation ist die Terror-Wahrscheinlichkeit umso höher, je grösser das BIP pro Kopf ausfällt
	Bei 100% Repräsentation und tiefem BIP pro Kopf sinkt die Terror-Wahrscheinlichkeit mit einem geringen Anstieg des BIP pro Kopf
Hypothese 2b: Widersprechende Beobachtungen	Höhere Ausprägungen von sowohl „Repräsentation“ als auch „BIP pro Kopf“ resultieren in einer Erhöhung der Terror-Wahrscheinlichkeit
	Bei null Repräsentation und hohem BIP pro Kopf ist die Terrorgefahr umso kleiner, je mehr das BIP pro Kopf beträgt
	Bei 100% Repräsentation steigt die Terrorgefahr mit höheren „BIP pro Kopf“-Werten steil an, wenn der „BIP pro Kopf“-Ausgangswert nicht unter rund 2000 USD liegt

gewissen Umständen einstellt. Dementsprechend sind die Hypothesen zu absolut formuliert und müssten entsprechend modifiziert oder präzisiert werden.

Nach der Analyse der Interaktion zwischen „Wohlstand“ und „Repräsentation“ nun zu den Resultaten der restlichen Variablen in Modell 8: Die *Veränderung* der Repräsentation erweist sich wie in den Modellen 4 bis 7 als durchwegs signifikant und negativ. Die Variable „Jahr“ bleibt insignifikant und entwickelt genauso wie die Kontrollvariablen keinen Einfluss auf die AV. Eine Ausnahme unter letzteren bildet die Variable „Krieg“, welche auf dem 90%-Niveau knapp Signifikanz erreicht.

Betrachtet man die Modelle 4 bis 8 im Überblick, so behält die Repräsentationsvariable überall dort Signifikanz, wo sie als singuläre, additive Variable konzipiert wird. In den Modellen 4, 5 und 7 ist sie jeweils mindestens auf dem 95%-Niveau signifikant. Allerdings ist ihr Einfluss hier nicht negativ, sondern weist die Form eines umgekehrten U auf. Dies kann den vermuteten Zusammenhang nur bedingt bestätigen: Die erwartete hemmende Wirkung einer höheren Repräsentation auf die Terror-Wahrscheinlichkeit tritt erst ab einem Repräsentationsgrad von knapp 50% ein. Unterhalb dieses Wertes erweist sich der Zusammenhang zwischen den Variablen als genau entgegengesetzt. Hypothese 1b lässt sich damit, wie bereits konstatiert, nicht halten. „BIP pro Kopf“ erweist sich in beiden Modellen, in denen die Variable im Sinne eines durchschnittlichen, unbedingten Einflusses auf die AV interpretiert werden kann (Modelle 5 und 7), ebenfalls als nicht-linear: Eine Erhöhung des BIP pro Kopf korreliert mit einer höheren Terror-Wahrscheinlichkeit, nach Erreichen einer Schwelle von rund 10'000 USD verkehrt sich die Beziehung aber in eine negative. Ein Einfluss von „BIP pro Kopf“ als singulärer Variable auf die AV kann aufgrund der verpassten Signifikanz in Modell 7 zwar nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, wird aber angesichts des relativ niedrigen p-Werts und der klaren Signifikanz in Modell 5 dennoch als wahrscheinlich betrachtet.

Das Auftreten einer Interaktion zwischen Repräsentation und der Variable „BIP pro Kopf“ wird sowohl von den Tests der gemeinsamen Signifikanz aller vier Interaktionsterme in den Modellen 6 und 8 als auch vom 3D-Modell (Abbildung 8) eindeutig bestätigt. Allerdings vollzieht sich die Interaktion in wesentlich komplexerer Weise als in Hypothese 2b formuliert. Diese muss daher verworfen oder angepasst werden.

Die *Veränderung* der Repräsentation erweist sich im Gegensatz zu den ersten drei Modellen als negativ und durchwegs signifikant — je tiefer der Varia-

blenwert, desto grösser wird also die Terror-Wahrscheinlichkeit. Ein Zuwachs an Repräsentation bedeutet daher eine tiefere Terror-Wahrscheinlichkeit als gleichbleibende Repräsentation, welche wiederum eine tiefere Terror-Wahrscheinlichkeit aufweist als eine sich negativ entwickelnde Repräsentation. Hypothese 3b wird somit gestützt.

Die Ergebnisse hinsichtlich des Einflusses beider Repräsentations-Variablen auf die Terror-Wahrscheinlichkeit sind als äusserst robust einzuschätzen.⁷³ Dennoch ist das Bild damit noch nicht vollständig. Um den Zusammenhang zwischen Repräsentation und islamisch-extremistischem Terrorismus abschliessend beurteilen zu können, müssen nun die Ergebnisse der Modelle 4 bis 8 mit denjenigen der Modelle 1 bis 3 verglichen und konsistent interpretiert werden. Damit beginnt das anschliessende Kapitel „Interpretation der Ergebnisse“.

⁷³Wie bereits bei den Modellen 1 bis 3 wurde wiederum getestet, inwiefern die erhaltenen Resultate von der Genauigkeit der Schätzungen der Anteile der Islamisten an der jeweiligen Gesamtbevölkerung abhängig sind. Dafür wurden die geschätzten Anteile einmal um 50% reduziert und einmal um 50% erhöht und die präsentierten Modelle auf dieser Grundlage neu berechnet. Wird der Anteil der Islamisten höher geschätzt, sind in den Modellen keinerlei substanzielle Veränderungen zu beobachten. In Modell 7 bleiben „Repräsentation“ und ihr Quadratterm hoch signifikant. Der Quadratterm behält dabei sein negatives Vorzeichen. Auch die Veränderung der Repräsentation bleibt bei negativem Vorzeichen auf dem 99.9%-Niveau signifikant. Bei den beiden „BIP pro Kopf“-Variablen gibt es ebenso keine Veränderungen in den Vorzeichen. In Modell 8 schliesslich erweist sich die Interaktion zwischen „BIP pro Kopf“ und „Repräsentation“ als hoch signifikant (gemeinsame Signifikanz aller Interaktionsterme mit einem p-Wert von 0.0000). Grundsätzlich dasselbe Bild ergibt sich, wenn der Anteil der Islamisten tiefer geschätzt wird. Dabei bleiben in Modell 7 „Repräsentation“ (hier sogar auf dem 99%-Niveau), ihr Quadratterm sowie die Veränderungsvariable hoch signifikant. In Modell 8 wird die Interaktion zwischen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ ebenfalls bestätigt: Die gemeinsame Signifikanz verpasst mit einem p-Wert von 0.0580 das 95%-Niveau nur knapp.

4 Interpretation der Ergebnisse

Im Folgenden werden die erzielten empirischen Ergebnisse in Bezug zur Theorie gesetzt und eingehend interpretiert. Das Kapitel beginnt mit dem Versuch einer Synthese der unterschiedlichen Resultate aus den verschiedenen Modellen und setzt sich mit der Erörterung der Robustheit der Gesamtergebnisse fort. Darauf folgen Überlegungen zu deren Implikationen sowie einige Policy-Empfehlungen. Den Abschluss bilden Anregungen zu weiterführenden, an die Ergebnisse dieser Studie anknüpfenden Arbeiten.

4.1 Synthese aller Modelle

Werden alle acht präsentierten Modelle ins Auge gefasst, ist festzuhalten, dass lediglich die Hypothesen 1a und 3b von den Ergebnisse der statistischen Analyse gestützt werden. Die restlichen Hypothesen halten der Empirie nicht stand und müssen verworfen werden. Die *Anzahl der Terroristen* wird aus dem Kreis der theorielevanten Variablen einzig und allein vom Grad der Repräsentation der Islamisten beeinflusst. Die Veränderung der Repräsentation hat keinen nachweisbaren Einfluss, genauso wenig wie die Höhe des BIP pro Kopf. Demgegenüber wird die *Terror-Wahrscheinlichkeit* zwar ebenfalls vom Grad der Repräsentation der Islamisten beeinflusst – allerdings keineswegs in der erwarteten Weise. Ein gemeinsamer Anstieg von Repräsentation und BIP pro Kopf korreliert nicht mit tieferer, sondern höherer Terror-Wahrscheinlichkeit. Ausserdem stehen „Repräsentation“ und „BIP pro Kopf“ in einem komplexen gegenseitigen Beeinflussungsverhältnis, was ihre Wirkung auf die Terror-Wahrscheinlichkeit betrifft. Die Veränderung der Repräsentation schliesslich, welche hinsichtlich der Anzahl Terroristen irrelevant zu sein scheint, beeinflusst die Terror-Wahrscheinlichkeit deutlich in der erwarteten Weise. Zugewinne der Islamisten vermindern das Terror-Risiko, während Sitzverluste dieses vergrössern. Was bedeutet dies nun für die Theorie und den allgemeinen Zusammenhang zwischen Repräsentation und muslimisch-extremistischem Terrorismus?

Die Tatsache, dass der negative Zusammenhang zwischen dem Grad der Repräsentation und der Anzahl Terroristen bestätigt wird, während gleichzeitig ein generalisierbarer negativer Zusammenhang zwischen Repräsentation und Terror-Wahrscheinlichkeit verworfen werden muss, führt eines deutlich vor Augen: Von der Anzahl der Terroristen kann nicht ohne weiteres auf die Wahrscheinlichkeit von Terrorakten geschlossen werden. Dennoch hängt beides auf statistisch signi-

fikante Weise mit dem Grad der Repräsentation der Islamisten zusammen. Was also sind die Gründe für die fehlende Synchronität zwischen Anzahl Terroristen und Terror-Wahrscheinlichkeit? Um sich einer Antwort anzunähern, empfiehlt es sich, die Fälle gedanklich in vier Gruppen zu unterteilen: eine erste mit null Repräsentation, eine zweite mit Fällen tiefer, eine dritte mit mittlerer und eine vierte mit Fällen hoher Repräsentation. Als Orientierungshilfe mag dabei erneut Abbildung 9 dienen.

In der ersten Gruppe treten bei einem völligen Ausschluss der Islamisten aus dem Parlament die höchste Anzahl an muslimisch-extremistischen Terroristen in Erscheinung. Dies geht aus den Ergebnissen der Modelle 1 bis 3 hervor. Wie Abbildung 9 zeigt, ist jedoch gleichzeitig die Terror-Wahrscheinlichkeit relativ gering.⁷⁴ Dies bedeutet, dass Terroristen in relativ wenigen Jahren zuschlagen — wenn sie aber in Erscheinung treten, dann gleich in auffällig grosser Zahl. Oder aber sie attackieren mehrmals kurz hintereinander in einer Serie von Nadelstichen.⁷⁵ Beides impliziert eine hohe Anzahl „aktivierter“ Terroristen.⁷⁶ Dass gleichzeitig die Terror-Wahrscheinlichkeit gering ist, muss also bedeuten, dass die militante Bewegung⁷⁷ zahlenmässig sehr stark ist und mit Nachdruck nach Möglichkeiten sucht, um den Gegner zu treffen, jedoch von einem mächtigen Faktor daran gehindert wird, öfter (das heisst in mehr Jahren) zuzuschlagen. Dabei drängt sich die Vermutung auf, dass es sich bei diesem Faktor um die Arbeit der Sicherheitsorgane handelt. Die Variable „Repression“ wäre grundsätzlich dazu geeignet, das Überwachungs-, Kontroll- und Verhinderungs-Potenzial eines Staates zu quantifizieren. Ihr konnte keine Signifikanz nachgewiesen werden. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Variable dennoch einen Einfluss ausübt. Vergleicht man nämlich Fälle mit null Repräsentation und Fälle mit einer Repräsentation von

⁷⁴Als Beispiel für diese erste Gruppe könnte die sunnitische Gemeinschaft in Syrien angeführt werden, welche im Land die überwiegende Mehrheit darstellt. Sunnitische Islamisten waren über die ganze Dauer der Untersuchung von einer politischen Teilnahme ausgeschlossen. Das Land brachte zudem eine hohe relative Anzahl sunnitischer islamisch-extremistischer Terroristen hervor. Gleichzeitig jedoch bleibt die Terror-Wahrscheinlichkeit in Anbetracht der Bevölkerungsstärke der Sunniten relativ gering.

⁷⁵Solange die Anschläge im selben Kalenderjahr ausgeführt werden, resultieren sie genauso wie Anschläge mit einer hohen Zahl an Beteiligten in einem hohen Wert der Variable „Terroristen pro Million Einwohner“.

⁷⁶Es wird hierbei davon ausgegangen, dass es ein- und derselben Täterschaft in der Regel nicht möglich ist, mehrmals kurz hintereinander terroristische Akte zu begehen und darum ganze Serien von Anschlägen sowohl planerisch als auch in der Ausführung erhebliche personelle Ressourcen erfordern.

⁷⁷Damit ist nicht etwa eine einheitliche Organisation gemeint — die militante Bewegung kann sich vielmehr in eine Vielzahl verschiedener Gruppierungen mit unterschiedlichen Programmen und Zielen aufteilen.

mehr als null hinsichtlich ihren „Repressions“-Werten, ergibt sich eine auffällige Verteilung. In Tabelle 4 sind die verschiedenen Fälle in drei Kategorien eingeteilt: unbeteiligt (null Repräsentation), ungenügend beteiligt und genügend beteiligt (Repräsentation von mindestens 75%). Die Tabelle zeigt, dass sich Fälle mit Repression bei null Repräsentation markant häufen und der Durchschnitt der Variable um ein Vielfaches höher ist als bei Fällen mit ungenügender Repräsentation.

Der Variable „BIP pro Kopf“ kommt in dieser ersten Gruppe keine grosse Relevanz zu. Die Startpunkte aller Kurven in Abbildung 9 liegen nahe beieinander. Dies bedeutet, dass die Erklärung des Terror-Niveaus keinen Einschränkungen seitens des Wohlstands-Niveaus unterliegt.

Tabelle 4: Mittelwerte „Repression“ nach „Repräsentations“-Kategorien

Repräsentation	Repression (Mittel)
unbeteiligt	0.68
ungenügend beteiligt	0.09
genügend beteiligt	0.27
Total	0.47

Zur Gruppe der Fälle mit tiefer Repräsentation: Die Anzahl der Terroristen nimmt hier mit steigenden Repräsentations-Werten dramatisch ab. Klammert man Staaten mit sehr tiefem Wohlstands-Niveau erst einmal aus, steigt aber gleichzeitig das Terror-Risiko massiv an. Der „Überdruck“ der Gruppe mit null Repräsentation, welcher sich in seltenen, aber dafür umso heftigeren Terrorakten äusserte, scheint sich hier abzuschwächen. Höhere Repräsentations-Ausprägungen bedeuten weniger „Aktivierungen“ – es können also weniger Leute für den muslimisch-extremistischen Terrorismus gewonnen werden. Zugleich vermag es diese kleinere Gruppe, Regelmässigkeit und Frequenz der Terrorakte zu erhöhen. Dies muss bedeuten, dass der hemmende Faktor „Repression“ hier geringer ausfällt als bei Fällen mit null Repräsentation. Da der Unterschied zur ersten Gruppe eben gerade in der Aufnahme von islamistischen Abgeordneten besteht, kann angenommen werden, dass die tiefere Repression einem politischen Willen entspricht, welcher auf den Einfluss der islamistischen Politiker zurückzuführen ist.

In Staaten mit im regionalen Vergleich sehr tiefem Wohlstands-Niveau verhält sich die Sache anders. Hier verläuft die Entwicklung von Anzahl Terroristen

und Terror-Wahrscheinlichkeit nicht gegenläufig, sondern synchron. Die Theorie wird hier uneingeschränkt bestätigt: Eine höhere Repräsentation korreliert mit weniger Terrorismus – ganz gleich, ob die Anzahl der Terroristen oder die Terror-Wahrscheinlichkeit als massgebendes Kriterium verstanden wird.

Warum aber beeinflusst das Niveau des BIP pro Kopf die Wirkung von Repräsentation auf die Terror-Wahrscheinlichkeit? Hier zeigt sich, dass alle drei auf Seite 65 genannten möglichen Gründe für den Einfluss verschiedener „BIP pro Kopf“-Niveaus wenig zur Erklärung beizutragen vermögen.⁷⁸ Sowohl der Grad des demokratischen Bewusstseins und der Verwestlichung als auch das Ausmass, in welchem ein Individuum von materiellen Existenzängsten geplagt wird, zielen wohlgerne auf eine Erklärung der Anzahl der „Aktivierungen“ ab. Wie die Synthese aller Modelle nun aber sehr deutlich aufzeigt, kann die Höhe der Terror-Wahrscheinlichkeit nicht direkt mit der Anzahl der „Aktivierungen“ erklärt werden. Wie zu sehen war, entwickeln sich die beiden Variablen bisweilen gar gegenläufig. In der Gruppe der Fälle mit tiefer Repräsentation muss das Niveau des BIP pro Kopf vielmehr eine Wirkung entwickeln, welche die Anzahl der „Aktivierungen“ unverändert belässt (in den Modellen 1 bis 3 war die Variable „BIP pro Kopf“ insignifikant) und einzig und allein die Fähigkeit der im Vergleich zur Gruppe der Fälle mit null Repräsentation kleineren militanten Bewegung betrifft, häufiger Terrorakte zu begehen. Es ist daher anzunehmen, dass grössere finanzielle Ressourcen hier den Unterschied ausmachen. In wohlhabenderen Gesellschaften dürften gewaltbereite Gruppierungen grössere Geldsummen für die Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung von Terrorakten beschaffen können⁷⁹ und dadurch befähigt werden, öfter zuzuschlagen. In diesem Sinne determiniert das BIP pro Kopf also den Grad, in welchem terroristische Gruppierungen den durch die Lockerung der Umklammerung der staatlichen Repressions- und Überwachungsorgane entstandenen neuen Bewegungsfreiraum zu vermehrter terroristischer Aktivität nutzen können. In sehr armen Staaten ist dabei anzunehmen, dass mangelnde finanzielle Mittel verunmöglichen, die Frequenz von Terrorakten substanziell anzuheben. Der lediglich geringfügige Anstieg der terroristischen Aktivität vermag dabei den personellen Aderlass, welcher durch die

⁷⁸Aus diesem Grund erfolgte einleitend der Hinweis, die Deutungen hätten einen vorerst spekulativen Charakter.

⁷⁹Wie sich immer wieder zeigt, hängt der Erfolg von terroristischen Organisationen neben weiteren Faktoren zu einem grossen Teil auch von ihren finanziellen Ressourcen ab. Nicht ohne Grund gehören jene islamisch-extremistischen Gruppierungen zu den schlagkräftigsten und bekanntesten, welche über potente Geldgeber verfügen.

verminderte Zahl der „Aktivierungen“ entstanden ist, nicht wettzumachen – die Terror-Wahrscheinlichkeit sinkt damit insgesamt weiter ab.

In der Gruppe der mittleren Repräsentations-Werte präsentiert sich das „Rätsel“ im Fall von Staaten, welche nicht unter einem sehr tiefen Wohlstandsniveau leiden, ähnlich wie bei der Gruppe mit tiefer Repräsentation: Auf sehr hohem Niveau verharrende Terror-Wahrscheinlichkeiten korrelieren mit einer relativ geringen Anzahl Terroristen. Auch hier sind offensichtlich wenige Militante in der Lage, regelmässige⁸⁰ Terrorakte auszuführen. Dies dürfte wiederum mit verstärkten politischen Hemmnissen, repressiv gegen die islamistische Bevölkerung vorzugehen, zusammenhängen. Die in dieser Gruppe anteilmässig stärkeren islamistischen Parlamentarier dürften dabei darauf drängen, dass einem rücksichtslosen und breite Bevölkerungsschichten in Mitleidenschaft ziehenden Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen verdächtige Elemente innerhalb der islamistischen Gemeinschaft gewisse Grenzen gesetzt werden. Gleichzeitig könnte ein weiterer Faktor zum Tragen kommen: Die zunehmende Militanz und Fanatisierung der kleiner gewordenen Gruppe „aktivierter“ Islamisten. Hier drängt sich die Vermutung auf, dass eine desillusionierte Minorität im Lager der Islamisten auf den Plan tritt, welche spezifisch von der Leistung der islamistischen Parlamentarier enttäuscht ist.⁸¹ Während demnach die breite Masse der islamistischen Bevölkerung tiefere Ansprüche an die eigenen Abgeordneten hat und sich besänftigt zeigt (daher ist die Zahl der „Aktivierungen“ relativ gering), sehen sich einige wenige Aktivisten aller Hoffnungen beraubt. Sie glauben nicht mehr daran, dass mit den gegenwärtigen Vertretern der islamistischen Sache einem nach islamistischer Vorstellung islamischen Staat näher zu kommen ist. Dies radikalisiert sie noch weiter. Eine schrumpfende Gruppe von Extremisten verübt demzufolge in Verzweiflungstaten immer öfter Terrorakte. Gleichzeitig wird durch die zunehmende politische Macht islamistischer Parlamentarier eine effiziente und engmaschige Überwachung verdächtiger Kreise erschwert.

Die von der Höhe des BIP pro Kopf verursachten unterschiedlichen Wahrscheinlichkeits-Niveaus dürften wiederum hauptsächlich auf die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten zurückzuführen sein, über welche islamisch-ex-

⁸⁰Das Kriterium der Regelmässigkeit wird hier nicht mit wöchentlichen oder monatlichen Anschlägen verbunden, sondern bezieht sich auf die Fähigkeit, in möglichst vielen Jahren mindestens einmal einen Terrorakt zu verüben.

⁸¹Da die Repräsentation der Islamisten zwar nach wie vor ungenügend, aber dennoch substantiell ist, werden mittlerweile konkrete Resultate der islamistischen Beteiligung erwartet. Autoren wie Baylouny (2004) sind davon überzeugt, dass dabei Enttäuschungen in der Anhängerschaft unvermeidlich sind.

tremistische Gruppierungen verfügen. In wohlhabenderen Gesellschaften dürften diese Gruppierungen wiederum besser in der Lage sein, die Lockerung des staatlichen Würgegriffs zu Terrorakten zu nutzen.

Die Gruppe der Fälle schliesslich, welche sich durch sehr hohe Repräsentations-Werte auszeichnen, verhält sich wie aufgrund der Theorie erwartet: Klammert man Fälle mit sehr tiefem Wohlstands-Niveau vorerst aus, hängen höhere Ausprägungen der Variable „Repräsentation“ sowohl mit einer tieferen Anzahl Terroristen als auch einer geringeren Terror-Wahrscheinlichkeit zusammen.⁸² Im Licht der vorangegangenen Deutungen wird jedoch auch dies erklärungsbedürftig. Warum tritt die durch die parlamentarischen Beteiligung desillusionierte Minorität nun weniger in Erscheinung? Hier ist zu vermuten, dass die Islamisten, welche nun über beträchtliche Macht und politisches Gewicht verfügen, entschlossen gegen militante Abweichler aus dem eigenen Lager vorgehen. Da sie über volle Repräsentation verfügen und vorderhand nicht auf weitere Sitze aspirieren können, sehen sie sich von nicht-islamistischen Kreisen und Politikern vermehrt in die Pflicht genommen⁸³ und müssen hinsichtlich der Disziplinierung ihrer eigenen Klientel mehr Verantwortung übernehmen. Tabelle 4 bestätigt diese Deutung. Sie zeigt, dass der Grad der Repression bei vollständiger Repräsentation der Islamisten wieder deutlich anzieht und rund dreimal höher liegt als bei ungenügender Repräsentation. Die Eliminierung der radikalen Elemente muss dabei nicht zwangsläufig über Gewaltmassnahmen seitens der Sicherheitskräfte erfolgen, sondern kann auch mittels gezielter theologischer Überzeugungs- und Um-erziehungsanstrengungen geschehen.⁸⁴

Was die unterschiedlichen Wahrscheinlichkeits-Niveaus verschiedener „BIP pro Kopf“-Werte anbelangt, so dürften diese erneut auf finanziell bedingte unterschiedliche Möglichkeiten zurückzuführen sein – dieses Mal allerdings auf Seiten des Staates. Zu beachten gilt es dabei zuerst, dass die Terror-Wahrscheinlichkeit

⁸²Als Beispiel für diese Gruppe könnte der Iran genannt werden – auch wenn er aufgrund der vollständigen Kontrolle des Staates durch schiitische Islamisten einen Extremfall darstellt. Die relative Zahl der von Iran generierten schiitischen islamisch-extremistischen Terroristen fällt, blendet man die turbulenten Jahre während und unmittelbar nach der islamischen Revolution im Jahr 1979 aus, verblüffend tief aus. Auch die Terror-Wahrscheinlichkeit ist als relativ tief zu bewerten, sobald eine Gewichtung anhand der Bevölkerungsgrösse vorgenommen wird.

⁸³Im Sonderfall einer Machtmonopolisierung durch Islamisten, wie es beispielsweise im Iran der Fall war, dürfte diese disziplinierende Funktion primär von ausländischen, unter anderen staatlichen, Akteuren übernommen werden.

⁸⁴Golfstaaten wie Saudiarabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate wenden solche Programme seit Jahren mit einigem Erfolg bei eigenen Staatsbürgern an, welche als Terroristen verurteilt wurden (Chimelli 2008).

in relativ wohlhabenden Gesellschaften nach wie vor höher ausfällt als in ärmeren. Dies ist jedoch auf die deutlich höhere Terror-Wahrscheinlichkeit zurückzuführen, welche wohlhabendere Gesellschaften bei mittlerer Repräsentation erreichen. Aufschlussreicher ist die Tatsache, dass die Abnahme der Terror-Wahrscheinlichkeit bei einer weiteren Verbesserung der Repräsentation in wohlhabenderen Gesellschaften steiler ausfällt. Hier drängt sich die folgende Erklärung auf: Je mehr finanzielle Mittel dem Staat einerseits und ausserstaatlichen islamistischen Verbänden und Organisationen andererseits zur Verfügung stehen, desto mehr Wiedereingliederungs-Programme und effizientere Sicherheitsmassnahmen lassen sich verwirklichen. Derselbe Faktor, der für die militanten Gruppierungen in den Fällen mit tieferer Repräsentation noch ein entscheidender Vorteil darstellte, verkehrt sich hier also in einen klaren Nachteil. Das höhere allgemeine Wohlstands-Niveau lässt die extremistischen Gruppierungen nach dem Wegfall der besprochenen politischen Hemmnisse die volle Macht des Staates und des islamistischen „Mainstreams“ spüren.

Rätsel geben allerdings Staaten mit sehr tiefem Wohlstands-Niveau auf. Dass die Terror-Wahrscheinlichkeit im Vergleich mit wohlhabenderen Gesellschaften tiefer ausfällt, ist angesichts der Tatsache, dass Gesellschaften mit sehr tiefem BIP pro Kopf gar nie hohe Terror-Wahrscheinlichkeiten generieren, nicht überraschend. Dass allerdings ab einer Repräsentation von rund 50% höhere „Repräsentations“-Ausprägungen mit höheren Terror-Risiken korrelieren, ist mit dem Instrumentarium dieser Studie nicht erklärbar. Es wäre zu wünschen, dass weitere Studien an dieser Stelle anzusetzen und den Zusammenhang zu erhellen vermögen. Zuerst wäre dabei sicherzustellen, dass der Anstieg der Kurve in „Repräsentations“-Bereichen von über 50% nicht von einer zu geringen Menge an Datenpunkten verfälscht wird und die Empirie tatsächlich akkurat widerspiegelt. Der Einbezug von weiteren Staaten mit genügend tiefem Wohlstands-Niveau könnte diesbezüglich grössere Gewissheit schaffen. Finden sich nicht genug Länder, welche diesem Profil entsprechen, könnte unter Umständen auch eine Erweiterung der geographischen Reichweite und die Aufnahme weiterer primär muslimischer Staaten erwogen werden. Erhärtet sich der Befund, dass in sehr armen Staaten die Repräsentation auf einem hohen Niveau in einem positiven Zusammenhang mit der Terror-Wahrscheinlichkeit steht, muss der Einschluss weiterer Variablen geprüft werden.

Die obigen Ausführungen bezogen sich auf die Wirkung der Variable „Repräsentation“ auf die Anzahl der Terroristen einerseits sowie die Terror-Wahr-

scheinlichkeit andererseits. Welche Rückschlüsse aber ergeben sich aus allen acht Modellen hinsichtlich des Einflusses von *Veränderungen* der Repräsentation? Die Veränderungs-Variable erweist sich in den Modellen 1 bis 3 insignifikant und hat somit keinerlei Einfluss auf die Anzahl der Terroristen. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass Verluste und Gewinne an Repräsentation flüchtige Erfahrungen sind und bereits beim nächsten Wahlgang wieder korrigiert werden können.⁸⁵ Offensichtlich ist sich die islamistische Klientel dessen bewusst, und der Einfluss der Veränderung der Repräsentativität bleibt in Bezug auf die „Aktivierung“ von Aktivisten vernachlässigbar. In den Modellen 4 bis 8 jedoch erreicht die Variable sehr gute Signifikanzwerte und weist durchwegs das erwartete negative Vorzeichen auf. Ein Zuwachs an Repräsentation korreliert also deutlich mit einer tieferen Terror-Wahrscheinlichkeit, ein Verlust an Repräsentation mit einer erhöhten. Da sie nur die Terror-Wahrscheinlichkeit, nicht aber die Anzahl Terroristen beeinflussen, liegt nahe, dass Veränderungen der Parlamentszusammensetzung durch Wahlen oder Ernennungen das *Timing* von Terrorakten manipulieren können. Ergab sich in den jeweils letzten fünf Jahren überwiegend⁸⁶ Zuwachs für die islamistischen Vertreter, so hemmt diese Tatsache demzufolge die terroristischen Gruppierungen, unmittelbar einen Anschlag zu verüben. Der Grund hierfür könnte in erster Linie im Bemühen liegen, die öffentliche Meinung in traditionell loyalen Kreisen nicht unnötig gegen sich aufzubringen. Grundsätzlich sympathisierende, aber selber nicht militante Bevölkerungsschichten könnten durch islamistische Sitzgewinne der jüngeren Vergangenheit milde gestimmt sein und mit Unverständnis und Ablehnung reagieren, wenn terroristische Gruppierungen „zum falschen Zeitpunkt“ Gewaltakte begehen.

Wie ist nun also die Forschungsfrage zu beantworten? Welchen Einfluss haben Grad und Veränderung der Repräsentation der islamistischen Bevölkerung auf das Niveau des muslimisch-extremistischen Terrorismus? Führt eine erhöhte Repräsentation von Islamisten zu mehr oder weniger islamisch-extremistischem Terrorismus? Die Ergebnisse machen deutlich, dass es auf diese Frage keine klare, allgemein gültige Antwort gibt. Erst einmal kommt es darauf an, ob mit weni-

⁸⁵Nicht vollständig ausgeschlossen werden kann zudem, dass die Insignifikanz von der spezifischen Operationalisierung der Veränderungs-Variable verursacht wird. Es sei hier daran erinnert, dass bei der Codierung nicht jedes Jahr für sich betrachtet, sondern jeweils auf die letzte Veränderung in der Parlamentszusammensetzung bezogen wird. Siehe Operationalisierung auf Seite 42 sowie Codebook unter C.3.

⁸⁶Da durchaus möglich ist, dass innerhalb von fünf Jahren mehr als eine Zäsur erfolgt, bestimmt nicht einfach die letzte Veränderung der Parlamentszusammensetzung über den Variablenwert. Stattdessen ist ausschlaggebend, welche Erfahrung in der jeweiligen Periode zeitlich dominierte.

ger Terrorismus weniger Terroristen gemeint sind oder ein verringertes Risiko, dass sich Terrorismus manifestiert. Weiter hängt eine Antwort davon ab, auf welchem Niveau Islamisten aktuell bereits beteiligt sind. Schliesslich spielt ebenfalls eine Rolle, wie wohlhabend eine Gesellschaft ist und wie repressiv der Staat gegen die eigene Gesellschaft vorgeht. Ja, eine erhöhte Repräsentation von Islamisten *kann* den islamisch-extremistischen Terrorismus reduzieren. Sie kann ihn aber auch genauso gut erhöhen. Dann nämlich, wenn die Terror-Wahrscheinlichkeit als Massstab dient und die Repräsentation von Islamisten beispielsweise in einem Staat mit mittlerem BIP pro Kopf von einem sehr tiefen Grad auf rund 50% erhöht wird.⁸⁷

Was die *Theorie* anbelangt, so wird diese in ihrem Kern von den Ergebnissen klar und eindeutig bekräftigt. Die Modelle, welche die Anzahl der Terroristen als abhängige Variable haben (Modelle 1 bis 3), bestätigen auf eindrückliche Weise, dass mit höherer Repräsentation immer weniger „Aktivierungen“ stattfinden – die Zahlen derjenigen, die Terrorakte verüben, sinken kontinuierlich. Was nun die Terror-Wahrscheinlichkeit und die Modelle 4 bis 8 anbelangt, so ist anhand der Median-Kurve von Abbildung 9 festzustellen, dass das Risiko bei einer Erhöhung der Repräsentation bis zu einem Niveau von rund 40% ansteigt. Wie jedoch bereits aufgezeigt wurde, bedeutet der Anstieg der Kurve nicht, dass mehr Individuen Terrorakte begehen. Stattdessen bedeutet der Anstieg, dass die Gruppe der gewaltbereiten Extremisten aus den erläuterten Gründen mehr, das heisst häufiger, Terrorakte verübt. Die Gültigkeit der in der Theorie entwickelten These, der Grad der Repräsentation der Islamisten determiniere die Anzahl der „Aktivierungen“, wird dadurch also nicht beeinträchtigt. In gleicher Weise kann bei Staaten mit sehr tiefem Wohlstand argumentiert werden. Wie die rote Kurve in Abbildung 9 zeigt, sinkt das Terror-Risiko mit höherer Repräsentation, um schliesslich ab einem Repräsentations-Niveau von rund 50% wieder anzusteigen. Es wurde eingeräumt, dass der Anstieg in Bereichen hoher Repräsentation nicht erklärt werden kann. Die Tatsache jedoch, dass die *Anzahl* der Terroristen (Modelle 1 bis 3) unabhängig vom Wohlstands-Niveau mit steigender Repräsentation sinkt, lässt darauf schliessen, dass hier wiederum eine kleiner werdende Gruppe häufiger Terrorakte verübt. Der Zusammenhang zwischen Repräsentation und der Anzahl der „Aktivierungen“, welcher sich in den Modellen 1 bis 3 derart klar bestätigte, wird von den Resultaten der Modelle 4 bis 8 also nicht erschüttert. Doch wie ist die Zuverlässigkeit der Ergebnisse einzuschätzen?

⁸⁷Vergleiche Median-Kurve in Abbildung 9.

4.2 Robustheit

Eines der zentralen Probleme dieser Studie (wie auch zahlreicher weiterer Untersuchungen) betrifft die Abhängigkeit von den beiden Datenbanken ITERATE (Mickolus et al. 2006) und GTD (LaFree/Dugan 2006 und 2007). Beide Datenbanken gelten als renommiert. In besonderem Mass trifft dies auf ITERATE zu, welche vom überwiegenden Teil aller quantitativen Studien zum Thema Terrorismus verwendet wird. Alternativen zu ITERATE und GTD sind sehr rar.⁸⁸ Umso schwerwiegender ist das Verdikt, dass beide Datenbanken teilweise erhebliche Schwächen aufweisen und nicht durchgehend mit der gebotenen Sorgfalt und Konsistenz geführt wurden. Immer wieder finden sich fehlerhafte und unsorgfältige Codierungen. In der GTD ist, um ein konkretes Beispiel zu nennen, der Terrorakt mit der ID 9612 als „Assassination“ klassifiziert und mit „successful“ bewertet. Gleichzeitig jedoch weisen die entsprechenden Variablen null tote und null verletzte Opfer aus – eine offensichtliche Inkonsistenz. Die renommierte ITERATE-Datenbank schneidet keineswegs besser ab. Bei einer Flugzeugentführung vom 24. August 1994 bezeichnet ITERATE die ausführende Gruppierung mit „Indeterminate Libyans“ (Code 6200), gleichzeitig werden jedoch in den Variablen für die Täter-Nationalitäten ausschliesslich französische und marokkanische Staatsbürger ausgewiesen.⁸⁹ ITERATE verwendet zudem in Einzelfällen 6763 und 6764 als Codes für die Täter-Gruppierung. Beide Codes werden auf der entsprechenden Aufschlüsselungs-Liste vergeblich gesucht.⁹⁰

⁸⁸Die israelische Forschungseinrichtung „International Institute for Counter-Terrorism“ (<http://www.ict.org.il/>) in Herzliya unterhält nach eigenen Angaben ebenfalls eine Terrorismus-Datenbank. Allerdings scheint deren Verwendung in Forschungsarbeiten sehr begrenzt zu sein. Details zur Herzliya-Datenbank konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, da das Zentrum mehrere Anfragen des Autors unbeantwortet liess. Eine weitere Terrorismus-Datenbank wird vom amerikanischen „National Counterterrorism Center“ unterhalten. Dessen „Worldwide Incidents Tracking System“ (<http://wits.nctc.gov/Main.do>) hat jedoch den entscheidenden Nachteil, dass es lediglich Terrorakte ab dem Jahr 2004 erfasst. Die „Worldwide Terrorism Incident Database“ der amerikanischen RAND Corporation (<http://www.rand.org/ise/projects/terrorismdatabase/about/index.html>) schliesslich war für den Autor nicht zugänglich, erfasst jedoch rein innerstaatliche Terrorakte erst ab dem Jahr 1998.

⁸⁹Eine absichtliche Codierung mit abweichenden Täter-Nationalitäten soll hier nicht ganz ausgeschlossen werden. Denkbar wäre dabei, dass die Täter französische und marokkanische Staatsbürgerschaften besaßen, aber als emigrierte Lybier erkannt wurden. Diese Möglichkeit erscheint jedoch weder besonders wahrscheinlich noch – falls sie tatsächlich bewusst gewählt wurde – überzeugend.

⁹⁰Terrorakte mit den erwähnten Codes stellen hier insofern kein weiteres Problem dar, als dass sie keine für diese Studie relevanten Täter-Nationalitäten aufweisen.

Vergleiche der beiden Datenbanken geben zudem Hinweise auf schwerwiegende Lücken. Beispielsweise verzeichnet ITERATE einen von Abu Sayyaf begangenen Terrorakt vom 12. September 1989, welcher in der GTD nicht enthalten ist. Umgekehrt bezeichnen in der GTD die Vorfälle mit den IDs 19314 und 22392 Terrorakte mit klar transnationalem Charakter – dennoch sind sie in ITERATE nicht aufgeführt. Dies ist insofern problematisch, als dass im Codierprozess davon ausgegangen wird, dass in ITERATE nicht auffindbare Terrorakte rein innerstaatliche Vorfälle darstellen.⁹¹ In ITERATE zu Unrecht fehlende Terrorakte werden daher fälschlicherweise mit einer Täter-Nationalität codiert, welche dem Staat des Anschlagortes entspricht. Dasselbe Problem ergibt sich aus Terrorakten, welche nicht aufgrund eines Versäumnisses seitens des Codierers fehlen, sondern bewusst nicht in den Datensatz aufgenommen wurden, obwohl sie im Grunde enthalten sein müssten. Dies kann dann geschehen, wenn ein transnationaler Vorfall nicht als solcher erkannt wird. Kann der transnationale Charakter eines Terroraktes einzig und allein an der Nationalität eines Täters festgemacht werden⁹² und ist genau diese Information nicht verfügbar, so haben ITERATE-Codierer keine Veranlassung, diesen spezifischen Terrorakt in den Datensatz aufzunehmen. Insofern bewirkt dieser Umstand mit grosser Wahrscheinlichkeit eine gewisse Verzerrung der Resultate und damit eine leichte Überschätzung der terroristischen Kapazität von Staatsbürgern, deren Staaten viele Terrorakte *erfahren*.⁹³ Dennoch ist nicht zu erwarten, dass dieser Effekt die Resultate grundsätzlich verändert. Zum einen wurden keine Hinweise darauf gefunden, dass auf ITERATE Terrorakte in grösserer Zahl „vergessen“ wurden. Zum anderen sind auch hinsichtlich der systematischeren Fehler aus den Vorfällen mit unbekannter (aber in Tat und Wahrheit ausländischer) Täter-Nationalität die Relationen zu vergegenwärtigen. Aus der Tatsache, dass in ITERATE rund zwei Drittel der Terrorakte Angaben zur Täter-Nationalität enthalten, kann gefolgert werden, dass lediglich bei rund ei-

⁹¹Details zu diesem Vorgehen können dem Appendix unter C.1 entnommen werden.

⁹²Die Transnationalität eines Terroraktes impliziert nicht etwa automatisch eine ausländische Täterschaft, sondern kann unter anderem auch durch die Wahl eines ausländischen Ziels im Heimatland begründet sein. Siehe hierzu Mickolus et al. 2004.

⁹³Gleichzeitig impliziert dies auch eine mögliche *Unterschätzung* der terroristischen Kapazität von Staaten, deren Bürger verhältnismässig viele Terrorakte im Ausland durchführen. Dies wird jedoch hinsichtlich der Robustheit der Resultate als das weniger schwerwiegende Problem betrachtet, da in den Daten diesbezüglich keine auffälligen Muster festgestellt werden konnten und Nationalitäten, die häufig im Ausland Terrorakte begehen, immer auch im Inland in Erscheinung treten. Zudem ist ohnehin nicht zu erwarten, dass die Anzahl der Terroristen vollumfänglich ohne Ausfälle erfasst werden kann.

nem Drittel *aller* Terrorakte die Täter-Nationalität unbekannt bleibt.⁹⁴ Weiter belegt ITERATE, dass der bei weitem grösste Teil aller Terrorakte von inländischen Tätern verübt wird. In den Staaten des Nahen Ostens werden lediglich rund 7% der Terrorakte von Ausländern begangen. Aus diesen Zahlen liesse sich vage kalkulieren, dass in 7% der Fälle des einen Drittels, also in total lediglich rund 2.5% aller Fälle, ein Attentäter einem falschen Staat des Nahen Ostens zugeschrieben wird. Die wahre, effektive Fehlerquote könnte sogar noch tiefer ausfallen, da damit zu rechnen ist, dass die in ITERATE aufgeführten Terrorakte aufgrund des Selektionskriteriums der Transnationalität einen höheren Anteil an ausländischen Tätern aufweisen als die Gruppe aller muslimisch-extremistischer Terrorakte.⁹⁵

Angesichts der auf Seite 82 beschriebenen Unsauberkeiten in der Codierung von ITERATE und der GTD hätte eine eigene Aufarbeitung und Codierung der betrachteten Zeitperiode vielversprechend erschienen. Die dafür benötigten Ressourcen konnten jedoch nicht aufgebracht werden. Dennoch oder gerade deshalb wäre es wünschenswert, dass weitere Arbeiten anhand eigener, verbesserter Codierungen eine Replizierung der Resultate dieser Studie anstreben. Ein weiteres Problem liesse sich jedoch selbst durch eine fehlerfreie Codierung nicht beheben: Es präsentiert sich in der Abhängigkeit jedes Codierers von Nachrichtenagenturen und Medienarchiven. Aufgrund der mangelnden Pressefreiheit in etlichen Staaten des Nahen Ostens ist davon auszugehen, dass Terrorvorfälle nicht immer und von Staat zu Staat in unterschiedlicher Häufigkeit vermeldet und bekannt werden. Wie die diesbezügliche Abhängigkeit von staatlichen Behörden verringert und damit die potenzielle Verzerrung der Resultate vermieden werden könnte, ist vorderhand jedoch nicht abzusehen.

Wie bereits im Unterkapitel zur Operationalisierung erläutert,⁹⁶ könnte zudem eine leichte Verfälschung aus dem Auftreten von Wiederholungstätern und deren Mehrfachzählung resultieren. Es ist jedoch zu erwarten, dass derartige Fälle nicht sehr häufig vorkommen, da die Täter im Fall von Terrorakten verhältnismässig oft ihr Leben verlieren und flüchtige Terroristen durch die Anstrengungen von Strafverfolgungs- und Counter-Terrorism-Organen in ihrer Bewegungsfreiheit auf längere Zeit massiv eingeschränkt sind.

⁹⁴Schliesslich gibt es wenig Anlass zur Annahme, der Anteil der Fälle mit bekannter Täter-Nationalität falle in transnationalen Terrorakten deutlich höher aus als in der Gesamtgruppe.

⁹⁵Falls also das Kriterium der Transnationalität tatsächlich einen im Vergleich zur Gesamtgruppe höheren Anteil von Terrorakten mit bekannter Täter-Nationalität impliziert, so ist zu erwarten, dass dieser negative Effekt auf die Fehlerquote durch den in der Gesamtgruppe tieferen Anteil ausländischer Täter zumindest wieder ausgeglichen wird.

⁹⁶Siehe Seite 40.

Ein methodisch potenziell schwerwiegendes Problem stellt weiter die korrekte Erfassung der Gesellschaft dar, in welcher ein Terrorist seine Adoleszenz durchlebte. In dieser Studie wird davon ausgegangen, dass die Nationalität eines Terroristen gleichzeitig den Staat bezeichnet, in welchem dieser sozialisiert wurde. Diese Vereinfachung wird durch pragmatische Zwänge vorgeschrieben. Sie impliziert aufgrund von Globalisierung und Migration eine gewisse Fehlerquote, wird aber als vertretbar betrachtet. In zukünftigen Studien könnte sich dieses Problem jedoch akzentuieren – insbesondere dann, wenn sich die Befürchtungen einiger Kommentatoren bestätigen und der islamisch-extremistische Terrorismus zukünftig vermehrt von eingebürgerten muslimischen Einwanderern der zweiten oder dritten Generation ausgehen sollte.

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich hinsichtlich der Klassifizierung islamistischer Parteien und Politiker. So ist nicht immer deutlich, was unterschiedliche Autoren unter dem Attribut „islamistisch“ verstehen. Das Standardwerk „Political Parties of the Middle East and North Africa“ (Tachau 1994), auf das bei der Klassifizierung von politischen Parteien schwergewichtig abgestützt wurde, übernahm die Selbstdefinitionen der jeweiligen Parteien.⁹⁷ Dies macht durchaus Sinn angesichts der Tatsache, dass die im Westen eindeutig negative Konnotation des Begriffs im sozialen Kontext des islamischen Nahen Ostens nicht existent ist. Allerdings ist unterschiedlichen Verwendungen des Begriffs auch damit kein Riegel geschoben. Die Klassifizierung einzelner Parteien als islamistisch oder nicht bleibt bis zu einem gewissen Grad Ermessenssache. Diesem Umstand wird in dieser Studie Rechnung getragen, indem für jeden Staat und jede Konfession offengelegt wird, welche Parteien als islamistisch gezählt wurden.⁹⁸ Etwas anders präsentiert sich das Klassifizierungsproblem hinsichtlich einzelner, nominell unabhängiger Parlamentarier. Da deren politische Ausrichtung im Gegensatz zu derjenigen der registrierten Parteien in der breiten Öffentlichkeit häufig wenig bekannt ist und sowohl von offizieller Seite her schlecht dokumentiert als auch von den Medien vernachlässigt wird, lässt sich die Zahl der islamistisch gesinnten „Unabhängigen“ kaum korrekt erfassen. Entsprechend ist davon auszugehen, dass deren Anzahl auch in dieser Studie trotz grosser unternommener Anstrengungen tendenziell unterschätzt werden. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass dies in einer substanziellen Verfälschung der Resultate resultiert. Einzelne Politiker, deren

⁹⁷Dies bestätigte Herausgeber Tachau im April 2008 in einer Korrespondenz mit dem Autor dieser Studie.

⁹⁸Siehe Appendix unter I.

islamistische Gesinnung nirgendwo vermeldet oder dokumentiert wird, dürften über ein entsprechend tiefes Profil verfügen und wenig bekannt sein. Da islamistische Parlamentarier aber nur den in der Theorie beschriebenen Effekt auslösen, wenn sie von der islamistischen Bevölkerung als solche erkannt und anerkannt werden, entschärft sich auch das Problem der potenziellen Nichterfassung einzelner Politiker bis zu einem gewissen Grad.

Die vorliegende Studie geht von der Prämisse aus, dass sich der islamistische Teil der Bevölkerung mit einer proportionalen Vertretung durch Politiker derselben Gesinnung zufrieden gibt und sich darin von pragmatischen Überlegungen leiten lässt.⁹⁹ Obwohl gute Gründe für die Richtigkeit dieser Prämisse sprechen, ist auch sie zu hinterfragen. Es ist daher notwendig und wünschenswert, dass folgende Studien anhand desselben Datenmaterials überprüfen, ob die anteilmäßig adäquate Repräsentation tatsächlich die geeignete Zielmarke darstellt oder ob die Islamisten nicht vielmehr unabhängig vom eigenen Anteil an der Bevölkerung eine möglichst weitgehende Kontrolle der relevanten staatlichen Institutionen anstreben und der in dieser Studie beschriebene pazifizierende Effekt vom Ausmass der *Kontrolle* der entsprechenden Organe abhängt. In diesem Sinne müssten alle Modelle anhand der realen Sitzanteile der Islamisten neu berechnet und die Variable der Repräsentation durch diejenige des Grades der Kontrolle einer Institution ersetzt werden. Würde sich hinsichtlich des Grads der Kontrolle des Parlaments durch Islamisten derselbe Zusammenhang herausstellen wie hinsichtlich der Repräsentation von Islamisten, so würde das hier verwendete theoretische Modell weitgehend seine Gültigkeit behalten und müsste nur geringfügig revidiert werden. Allerdings wären die Implikationen der Resultate in diesem Fall weitaus widersprüchlicher, und Policy-Empfehlungen wären aufgrund des antidemokratischen Charakters einer vollständig von Islamisten kontrollierten Legislative wesentlich schwieriger abzuleiten als im Fall der hier vorliegenden Resultate.

Insgesamt ist die Robustheit als befriedigend zu betrachten — die Resultate dürften Bestand haben. Worin besteht jedoch deren primäre Neuerung und Relevanz?

⁹⁹Siehe Unterkapitel „Entwurf eines neuen theoretischen Modells“ auf Seite 30.

4.3 Bedeutung und Implikationen

Dem Nachweis, dass der Grad der Repräsentation der islamistischen Bevölkerung eine gewichtige Determinante der Herausbildung von islamisch-extremistischem Terrorismus darstellt, ist grosse Bedeutung beizumessen. Durch die erstmalige quantitative Untersuchung des Zusammenhangs anhand von fast einem Dutzend Staaten vermag diese Studie zu belegen, dass mittels Veränderungen in der Repräsentation von Islamisten tatsächlich Einfluss auf die Rekrutierung von neuen Terroristen genommen werden kann. Die eigentliche bedeutende Neuerung besteht in der Vermeidung oder Behebung von fünf bedeutenden Schwächen, welche bisherige, verwandte quantitative Studien kennzeichneten und in Unterkapitel 2.1 auf Seite 19 aufgelistet sind. Erstens liefert die vorliegende Studie eine realistische und möglichst exakte Messung der Repräsentation der islamistischen Bewegungen in den parlamentarischen Organen. Im Gegensatz zum Grossteil der bestehenden Arbeiten¹⁰⁰ gibt sie sich nicht mit der ausschliesslichen Erfassung von gewählten Kammern zufrieden, sondern berücksichtigt ernannte Kammern ebenfalls. Die wesentlich schlechtere Datenlage hinsichtlich ernannter Kammern¹⁰¹ wurde mit umfassenden Recherchen über Nachrichtenagenturen und Medienarchive – darunter auch arabisch-sprachige – kompensiert. Erst auf diese Weise, durch die Erfassung sowohl gewählter als auch ernannter Parlamentskammern, wird eine adäquate Quantifizierung des Grads der politischen Einbindung von Islamisten möglich.

Zweitens stellt diese Studie nicht Charakteristiken von Terrorismus *erfahrenen*, sondern Terrorismus *generierenden* Staaten in den Vordergrund. Die Verknüpfung von Terrorakten mit Angaben zur Nationalität der Täterschaft ist aufgrund der Notwendigkeit, einen neuen Datensatz zu erstellen, mit einigen Schwierigkeiten und beträchtlichem Aufwand verbunden. Dafür erlaubt diese Konzeption, anders als die meisten Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Demokratie und Terrorismus,¹⁰² sinnvolle und von politischen Entscheidungsträgern verwertbare Rückschlüsse in Bezug auf die Bekämpfung der Ursachen von islamisch-extremistischem Terrorismus.

Drittens wird in dieser Studie der Fehler vermieden, lediglich inter- respektive transnationale oder ausschliesslich innerstaatliche Terrorakte in die Unter-

¹⁰⁰Siehe beispielsweise Abd Al-Fattah (2007).

¹⁰¹Die „Inter-Parliamentary Union“ verzichtet darauf, Zusammensetzungen ernannter Kammern in ihrer PARLINE-Datenbank (2009) zu erfassen. Deren Daten sind auf gewählte Parlamente beschränkt.

¹⁰²Siehe beispielsweise Li (2005).

suchung einzubeziehen. Aufgrund der Tatsache, dass aktuell keine Datenbank existiert, welche sämtliche Arten von Terrorakten weltweit in einer ausreichenden Tiefe, das heisst anhand einer genügenden Anzahl von Variablen, erfasst, begrenzen sich viele Autoren¹⁰³ auf die ITERATE-Datenbank. Damit verzichten sie aber auf die Berücksichtigung rein innerstaatlicher Terrorakte und nehmen angesichts deren Häufigkeit eine beträchtliche Verfälschung ihrer Ergebnisse in Kauf. In dieser Studie jedoch wurde mittels der Erstellung eines eigenen Datensatzes ein Weg gefunden, innerstaatliche und transnationale terroristische Vorfälle gleichermaßen zu erfassen und auf diese Weise wesentlich validere und aussagekräftigere Resultate zu generieren.

Viertens gründet diese Studie in der Überzeugung, dass das vielschichtige Phänomen des Terrorismus differenziert betrachtet werden und die Kategorie des islamisch-extremistischen Terrorismus gesondert konzeptionalisiert und untersucht werden sollte. Dementsprechend wurden in dieser Studie grosse Anstrengungen unternommen, um Manifestationen von islamisch-extremistischem Terrorismus von anderen Formen von Terrorismus zu unterscheiden und die Untersuchung spezifisch und ausschliesslich anhand von ersterem durchzuführen.¹⁰⁴ Fünftens schliesslich arbeitet diese Studie im Gegensatz zu vielen anderen mit einer klaren und expliziten Konzeption der Rolle islamistischer Parteien hinsichtlich des islamisch-extremistischen Terrorismus. Indem sie diesbezügliche Ambivalenz vermeidet, ermöglicht diese Studie erst tiefere Erkenntnisse über das Verhältnis der beiden Phänomene „Islamismus“ und „islamisch-extremistischer Terrorismus“ zueinander sowie die Entdeckung, dass islamistische Politiker durch die beschriebene Indikator-Funktion auf eine *passive* Weise eine bedeutende Determinante des Ausmasses an islamisch-extremistischem Terrorismus darstellen.

Die fünf aufgeführten Punkte werden hier zum ersten Mal in einer Studie vereint respektive die entsprechenden Schwächen zum ersten Mal allesamt vermieden.

Das eigentliche Ziel dieser Studie war die Untersuchung einer möglichen Korrelation zwischen dem Grad der politischen Einbindung respektive der Repräsentation von Islamisten und dem Ausmass des islamisch-extremistischen Terrorismus. Angesichts der Signifikanz der wichtigsten Ergebnisse und der weitgehenden Bestätigung des vermuteten Zusammenhangs leistet diese Studie jedoch auch einen gewichtigen Beitrag zur Erklärung der Ursachen von islamisch-

¹⁰³Siehe beispielsweise Dalacoura (2006) oder Kurrild-Klitgaard et al. (2006).

¹⁰⁴Siehe Codebook unter C.1.

extremistischem Terrorismus. Durch einen innovativen theoretischen Ansatz und eine neue Adaption von Ingleharts Theorie des Wertewandels vermag sie der andauernden Debatte über die Ursachen der muslimisch-extremistischen Gewalt eine neue Variable hinzuzufügen: die perzipierte „Islam-Konformität“ des Staates. Durch das Postulat, eine adäquate Repräsentation der Islamisten werde von der entsprechenden Bevölkerung nicht als Wert per se betrachtet, sondern fungiere lediglich als Indikator für das übergeordnete Ziel einer so weitgehenden „Islamisierung“ des Staates wie möglich, erweitert sie das theoretische Fundament um eine neue, substanzielle Dimension. Diese Lesart der Funktion oder Bedeutung des Grades an Repräsentation stützt sich nicht lediglich auf theoretische Überlegungen, sondern wird auch von den Daten bestätigt. Die Tatsache, dass die Variable „Politische Rechte“ in keinem Modell Signifikanz erreicht und bei durchwegs sehr schlechten p-Werten bleibt, zeigt deutlich, dass eine höhere, also „adäquatere“ Repräsentation von Islamisten keineswegs mit einem höheren Grad an Demokratie gleichgesetzt oder verwechselt werden darf. Ein deutlicher Anstieg der Repräsentation ist also in den meisten Fällen nicht auf grössere politische Mitbestimmungsmöglichkeiten zurückzuführen, sondern vielmehr auf eine veränderte Haltung der Staatsführung. Vieles spricht dafür, dass letztere mittels den Instrumenten der Repression und Einschüchterung sowie bürokratisch-formalistischer Willkür die Stärke der Repräsentation der Islamisten zu lenken vermag.¹⁰⁵ Das Ausmass der islamistischen Bewegungen gewährten politischen Bewegungsfreiheit dürfte dabei strategischen Überlegungen entspringen. Dieser Befund passt zur Argumentation von Autoren wie Hendriks (1985) oder Abdalla (1993), welche politische Zugeständnisse muslimischer Herrscher an die islamistische Opposition als Mittel zur langfristigen Sicherung der eigenen Herrschaft betrachten. Gemäss diesem Verständnis benutzen Regierungen islamistische Bewegungen, um sich selber einen religiösen Anstrich und damit mehr Legitimität zu verschaffen. Oder aber sie dämmen eine als bedrohlich empfundene Islamisierung ein, indem sie einzelne islamistische Gruppierungen bevorzugt behandeln und auf diese Wei-

¹⁰⁵Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel von Ägypten, wo das Prozedere der Registrierung einer neuen Partei derart langwierig und hürdenreich ist, dass es die Regierung faktisch in der Hand hat, wenig genehme Parteien von einer Teilnahme am politischen Prozess fernzuhalten. Auch der Umgang mit der Muslim-Bruderschaft offenbart wenig Kontinuität. Obwohl offiziell verboten, wird Politikern der Partei gestattet, als „Unabhängige“ an Wahlen teilzunehmen. Der Druck auf die Partei ist dabei grossen Schwankungen unterworfen und determiniert zu einem grossen Teil deren Fähigkeit, tatsächlich Mitglieder in das Parlament zu bringen (Parlamentarischer Block der Muslimbruderschaft 2007b).

se die Protagonisten gegeneinander ausspielen und die Bewegung als Ganze ins Stocken bringen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung widersprechen den Resultaten von Kurrild-Klitgaard et al. (2006), welche im zweiten Teil ihrer quantitativen Studie zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Terrorismus¹⁰⁶ die Nationalität der Täter berücksichtigen und testen, inwiefern demokratische Verhältnisse die Hervorbringung von Terroristen beeinflussen. Kurrild-Klitgaard et al. kommen dabei zum Schluss, dass ein Staat umso weniger Terroristen generiert, je demokratischer er ist (2006, 305-307). Wie die vorliegende Studie nachgewiesen hat, trifft dies im Fall von islamisch-extremistischem Terrorismus und den Staaten des Nahen Ostens nicht zu. Unklar bleibt, ob die divergierenden Ergebnisse auf den erwähnten Mangel im Untersuchungsdesign von Kurrild-Klitgaard et al.¹⁰⁷ zurückzuführen sind. Fest steht dagegen, dass Kurrild-Klitgaard et al. muslimisch-extremistischen Terrorismus von ihrem Befund auszuklammern haben. Der islamisch-extremistische Terrorismus stellt offensichtlich einen Sonderfall dar, welchem andere Mechanismen zu Grunde liegen als den restlichen Spielarten von Terrorismus. Die in Unterkapitel 2.1 erwähnten Stimmen, welche behaupten, es gäbe islamspezifische Gründe für muslimisch-extremistischen Terrorismus, liegen also grundsätzlich durchaus richtig. Diese Form von Terrorismus ist erstens gesondert zu analysieren und in ihren Ursachen nur bedingt mit anderen Terrorismusformen vergleichbar, und sie weist zweitens eine Verbindung zur islamischen Religion auf. Wie unter 2.4 erläutert wurde, ist die aussergewöhnliche Bedeutung und Gewichtung der „richtigen“ Ausgestaltung des Staates, welche in letzter Konsequenz für die Radikalisierung verantwortlich zeichnet, nur in einem religiösen Rahmen möglich. Der Hinweis ist indes wichtig, dass sich daraus kein Urteil über den Islam an sich ableiten lässt. Schliesslich bleibt offen, ob „der Islam“¹⁰⁸ konkrete Vorschriften an ein Staatswesen stellt oder nicht respektive ob die islamistischen Strömungen lediglich eine Zeiterscheinung darstellen oder eine legitime und unverfälschte „reine Lehre“ vertreten. Die Diskussion darüber

¹⁰⁶Siehe Seite 19.

¹⁰⁷Die Autoren machen deutlich, dass sie rein innerstaatliche Terrorakte als äusserst relevant erachten, verwenden in der Folge aber ausschliesslich die Datenbank ITERATE, welche lediglich transnationale Terrorakte erfasst. Diese Inkonsistenz dürfte die Resultate erheblich verzerrern.

¹⁰⁸„Der Islam“ ist im Grunde ohnehin ein irreführender Begriff, zumal die Suche nach dem „wahren“ Wesen oder Kern dieser Religion a priori zum Scheitern verurteilt ist. Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass sich mit der Bezeichnung „Islam“ keine monolithische Religion verbindet, sondern dass dieser Begriff vielmehr unzählige unterschiedliche Glaubens-Schattierungen und Ideologien umfasst, welche sich teilweise gegenseitig fundamental widersprechen und in ihrer Gesamtheit schwer fassbar bleiben.

wird unter muslimischen Denkern und bisweilen auch westlichen Orientalisten hitzig fortgeführt und kann und soll in dieser Studie nicht tangiert werden.

4.4 Policy-Empfehlungen

Welche Policy-Empfehlungen drängen sich aufgrund der Ergebnisse dieser Studie auf? Letztere zeigen, dass eine Erhöhung der Repräsentation von Islamisten die Anzahl der Terroristen immer weiter absenkt. Die Terror-Wahrscheinlichkeit jedoch weist gegenüber der Repräsentation eine etwas komplexere Beziehung auf und kann durch eine grössere Zahl an Islamisten im Parlament durchaus auch erhöht werden. Aus diesem Grund ergibt sich aus dieser Studie auch keine singuläre, unbedingte und allgemeingültige Policy-Empfehlung. Stattdessen sind die jeweiligen Kontextbedingungen entsprechender mittelöstlicher Staaten, namentlich der aktuelle Grad der Repräsentation von Islamisten sowie das Wohlstandsniveau, mitzubetrachten. Weiter ist von Relevanz, wie gross der Spielraum eines Policy-Makers und wie der Zeithorizont bemessen ist. Besteht das Ziel eines Policy-Makers darin, das Ausmass des islamisch-extremistischen Terrorismus möglichst schnell zu verringern,¹⁰⁹ so sollte er darauf hinwirken, die Anzahl der islamistischen Parlamentarier in Staaten mit einer aktuellen Repräsentation von mehr als rund 40% weiter zu erhöhen. Gehört ein fraglicher Staat zu den ärmsten Staaten des Nahen Ostens, so ist die Anzahl der islamistischen Parlamentarier weiter zu erhöhen, wenn die aktuelle Repräsentation der Islamisten unter einem Niveau von rund 50% liegt. In diesen Fällen werden mit einer höheren Repräsentation sowohl die Anzahl der Terroristen als auch die Terror-Wahrscheinlichkeit reduziert. In Staaten mit sehr tiefer Repräsentation von Islamisten oder in sehr armen Staaten mit einer Repräsentation im hohen zweistelligen Bereich präsentiert sich die Lage ambivalenter. Hier wird eine Verringerung der Anzahl Terroristen mit einer Erhöhung der Terror-Wahrscheinlichkeit erkaufte und umgekehrt. Für einen westlichen Policy-Maker dürfte jedoch die Terror-Wahrscheinlichkeit die bedeutendere Grösse darstellen. Sein Ziel ist es, Terrorakte zu verhindern – ereignen sie sich dennoch, erscheint es wenig relevant, ob wenige oder viele Täter beteiligt waren.¹¹⁰ Es empfiehlt sich in den beschriebenen Fällen daher, auf eine Verringerung der Anzahl islamistischer Parlamentarier hinzuwirken, da dies

¹⁰⁹In der Sache ist es dabei irrelevant, ob diese Zielvorgabe einer eigenen Präferenz entspricht oder durch politischen Druck erzwungen wird.

¹¹⁰Dies trifft dann nicht zu, wenn die Anzahl der Täter in einer eindeutigen Beziehung zur Anzahl der Opfer oder Schwere des Schadens steht.

kurz- bis mittelfristig die Terrorgefahr reduziert. Strebt ein Policy-Maker jedoch eine nachhaltige Reduktion des islamisch-extremistischen Terrorismus an und verfolgt eine langfristige Agenda, so ist aufgrund der Resultate in jedem Fall zu empfehlen, eine „faire“ Repräsentation der Islamisten, in der Konzeption dieser Studie also eine von 100%, anzustreben. Bei dieser Marke fallen sowohl das Terror-Risiko als auch die Anzahl der „aktivierten“ Terroristen geringer aus als bei jedem anderen Grad an Repräsentation. Die Terror-Wahrscheinlichkeit fällt dabei noch deutlich unter den ebenfalls relativ tiefen „Ausgangswert“ bei null Repräsentation zurück.

Nur mit der Etablierung einer vollständigen Repräsentation der Islamisten kann also das Problem an der Wurzel gepackt und blosse Symptombekämpfung vermieden werden. Die Empfehlung einer unbedingten Aufstockung der Zahl der islamistischen Parlamentarier bis zum Erreichen einer Repräsentation von 100% impliziert jedoch unter gewissen Umständen die Durchschreitung einer Talsohle (respektive die Überquerung eines Gipfels, wenn man die Wahrscheinlichkeiten graphisch interpretiert und beispielsweise Abbildung 9 vor Augen hat), während der sich die Situation weiter verschlechtert. Dies ist dann zu erwarten, wenn der aktuelle Grad der Repräsentation von Islamisten in einigen ökonomisch nicht abgeschlagenen Staaten deutlich unter 50% liegt und eine Aufstockung lediglich schrittweise möglich ist. Faktisch entspricht dies der Situation, in der sich ein westlicher Policy-Maker aktuell befindet. In den meisten Staaten des Nahen Ostens entspricht eine Unterrepräsentation von Islamisten dem Status Quo. Gleichzeitig scheint klar, dass westliche Politiker die mittelöstlichen Staaten nicht dazu bewegen können, den Islamisten gewissermassen auf einen Schlag die ihnen zustehende politische Mitbestimmung einzuräumen. Bereits eine Einwirkung hinsichtlich einer langsamen, schrittweisen Einbindung von islamistischen Kräften erscheint angesichts der Angst vieler Herrscherhäuser vor politischer Instabilität und eigenem Machtverlust schwierig genug und erfordert erhebliches politisches Gewicht.

Ein westlicher Policy-Maker mit langfristiger Agenda muss also die Bereitschaft mitbringen, im Interesse einer langfristigen und dauerhaften Beruhigung eine Talsohle zu durchschreiten, in welcher sich das Risiko muslimisch-extremistischen Terrors deutlich erhöht. Gleichzeitig setzt dies – insbesondere in der Innenpolitik – eine Position grosser Stärke voraus. Eine Position, welche es erlaubt, Phasen einer unter dem Eindruck von Rückschlägen opponierenden öffentlichen

Meinung zu überstehen und den Angriffen von Vertretern kurzfristigerer Interessen zum Trotz den eingeschlagenen Kurs zu halten.

Eine Einschränkung ist hinsichtlich dieser Policy-Empfehlung dennoch anzubringen. Die Empfehlung einer unbedingten Erhöhung der Repräsentation von Islamisten bis zum Erreichen der Schwelle der vollständigen Repräsentation beschränkt sich auf Staaten, welche einen gewissen minimalen Wohlstand erreicht haben. Bei den ärmsten Staaten der Region funktioniert diese Strategie nicht, da eine Erhöhung der Repräsentation der Islamisten in hohen Prozentbereichen anstelle einer Verminderung der Terror-Wahrscheinlichkeit deren Erhöhung bewirkt.¹¹¹ Wie bereits deutlich gemacht, kann der Anstieg der Wahrscheinlichkeitskurve in diesem Bereich nicht erklärt werden – um den hier zu Grunde liegenden Mechanismus aufzudecken, werden weiterführende Forschungsarbeiten benötigt. Bis weitere Erkenntnisse vorliegen, bleibt indes die einzig mögliche Empfehlung, die ökonomische Entwicklung der entsprechenden Staaten voranzutreiben und deren Wohlstand auf ein Niveau anzuheben, ab welchem eine Erhöhung der Repräsentation der Islamisten in der oben dargelegten Weise den islamisch-extremistischen Terrorismus eindämmt.

Zu beachten gilt es letztlich, dass die dargelegten Policy-Empfehlungen einzig und allein hinsichtlich einer Verringerung des islamisch-extremistischen Terrors ausgesprochen wurden und entsprechend eindimensional zu verstehen sind. Demgegenüber haben massive Veränderungen in der Repräsentation von Islamisten in verschiedenen weiteren Bereichen potenziell bedeutende Folgen, welche selbstverständlich bei konkreten Policy-Entscheidungen ebenfalls bedacht werden müssen. So ist beispielsweise durchaus denkbar, dass eine Erhöhung der Zahl islamistischer Abgeordneter zwar den muslimisch-extremistischen Terrorismus reduziert, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit verringert, was unter anderem ebenfalls sicherheitspolitisch relevante Implikationen haben könnte.

4.5 Anregungen zu weiterführenden Studien

Im Verlauf von Kapitel 4 wurden im Zuge einer kritischen Reflexion dieser Studie bereits mehrere Anregungen geäußert, wie folgende Untersuchungen die hier herausgearbeiteten Ergebnisse konsolidieren und erweitern könnten. Dazu gehörten der Vorschlag einer Neucodierung von in die Untersuchungsperiode fal-

¹¹¹Siehe rote Kurve in Abbildung 9 auf Seite 64.

lenden Terrorakten, eine Ausdehnung der Untersuchung auf weitere Staaten mit sehr geringem Wohlstands-Niveau (zwecks Testens des Anstiegs der Terror-Wahrscheinlichkeit bei hoher Repräsentation in sehr armen Staaten) oder das Ersetzen oder Ergänzen der Variable „Repräsentation“ durch eine Variable „Kontrolle“, mit welcher geprüft werden soll, ob nicht erst ein Streben nach einer Beherrschung des Parlaments den pazifizierenden Effekt nach sich zieht.¹¹²

Hinsichtlich der auf Seite 77 beschriebenen, vom Leistungsausweis der islamistischen Parlamentarier verursachten Spaltung im Lager der Islamisten wären von weiterführenden Studien ebenfalls vertiefte Einsichten zu erwarten. Von grossem Interesse wäre dabei insbesondere die Frage, welche Faktoren die Erwartungen von Individuen an die islamistischen Parlamentarier und, damit verbunden, die unterschiedlichen Reaktionen auf eine verstärkte politische Mitbestimmung islamistischer Kräfte determinieren. Eine Entschlüsselung dieser Wirkungszusammenhänge könnte dazu beitragen, die Frequenz von Terrorakten in der Gruppe mit mittlerer Repräsentation zu senken und damit den Gipfel der Mediankurve in Abbildung 9 abzutragen.

Aufschlussreich erscheint ferner eine Überprüfung der Frage, ob hinsichtlich des Grades der Repräsentation der Islamisten von Relevanz ist, ob in der Vergangenheit bereits einmal eine vollständige Repräsentation oder zumindest sehr hohe Grade an Repräsentation erreicht wurden. Diese Studie inkorporiert zwar eine Veränderungs-Variable, welche Frustrationen über jüngst erfolgte Verluste berücksichtigt und bezüglich der Wahrscheinlichkeit von Terrorismus auch Signifikanz erreicht. Länger als fünf Jahre zurückliegende Erfahrungen können damit jedoch nicht erfasst werden. Insofern wäre es aufschlussreich, in zukünftigen Studien zu testen, inwiefern historische Erfahrungen von sehr hoher Repräsentation (oder gar Erfahrungen einer weitgehenden *Kontrolle* des Parlaments) die Reaktion auf aktuelle Grade von Repräsentation prägen und beeinflussen.

Interessante Einsichten verspräche auch eine Überprüfung hinsichtlich der Frage, ob sich bei einer Mitberücksichtigung oder gar einer alleinigen Abstützung auf die vielerorts vorhandenen Regionalparlamente veränderte Resultate ergeben würden. Tatsächlich existieren Hinweise, dass sich Regionalparlamente in vielen Fällen näher an der Lebensrealität der lokalen Bevölkerung bewegen und daher für das Individuum von grösserer Relevanz sind als das jeweilige nationale Parlament. Selbstredend ist jedoch eine Messung der Repräsentation der Islamisten in Regionalparlamenten mit noch grösseren Problemen der Datenver-

¹¹²Siehe Seite 86.

fügbare verbunden als eine adäquate Erfassung der Sitzanteile in nationalen Parlamenten.

Ebenfalls eine grosse Herausforderung, aber nicht minder vielversprechend wäre eine Mitberücksichtigung ausserpolitischer Positionen der verschiedenen Staaten der Region. Dabei könnte die Untersuchungsanordnung dieser Studie weitgehend beibehalten werden; ausserpolitische Positionen liessen sich als zusätzliche Faktoren, welche die perzipierte „Islam-Konformität“ des Staates mitbeeinflussen, inkorporieren. Damit würde auch dem Umstand Rechnung getragen, dass in Meinungsumfragen unter Muslimen Aversionen gegen westliche Staaten sehr häufig nicht mit „westlichen Werten“, sondern mit ausserpolitischen Programmen westlicher Staaten verknüpft werden (Esposito/Mogahed 2008, Anwar Sadat Chair for Peace and Development 2003-2006 und 2008) und dementsprechend zu erwarten ist, dass die Positionen des eigenen Staates gegenüber den jeweiligen Policies westlicher Staaten als sehr relevant wahrgenommen werden. Die Klassifizierung und Messung ausserpolitischer Positionen wäre dabei mit etlichen, offensichtlichen Schwierigkeiten verbunden. Im Gegenzug wären erhellende Rückschlüsse hinsichtlich des Auftretens verschiedener „Faktor-Kombinationen“ zu erwarten. Besonders interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Rezeption ausserpolitischer Positionen bei unterschiedlichen Graden an Repräsentation der Islamisten. Zu erwarten wäre dabei, dass als „unislamisch“ klassifizierte ausserpolitische Positionen¹¹³ von einer hohen Repräsentation der Islamisten bis zu einem gewissen Grad neutralisiert werden, ein Auftreten von sowohl krasser Unterrepräsentation als auch „unislamischer“ ausserpolitischer Positionen die Anzahl der „Aktivierungen“ jedoch drastisch erhöht.

In vergleichbarer Weise liessen sich auch die Positionen von politisch beteiligten islamistischen Parteien qualifizieren und miteinbeziehen. Damit liesse sich feststellen, ob der in dieser Studie beschriebene pazifizierende Effekt einer islamistischen Beteiligung von einer eventuellen programmatischen Mässigung der Parteien beeinträchtigt wird oder nicht. Ergebnisse aus auf diese Weise konzipierten Studien hätten eine potenziell gewichtige Auswirkung auf die vorwiegend theoretisch geführte Debatte um die Frage, ob ein politischer Einbezug von Islamisten mässigend wirkt.¹¹⁴ Kann keine Wirkung von programmatischen Verän-

¹¹³Wie bereits erwähnt, ist eine Klassifizierung ausserpolitischer Positionen problematisch und mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Als Beispiel könnte jedoch eine Position als aus Sicht von Islamisten „unislamisch“ bewertet werden, welche die Unterstützung eines Waffengangs eines nicht-islamischen Staates gegen einen islamischen Staat impliziert.

¹¹⁴Siehe Seite 16.

derungen islamistischer Parteien auf den Effekt der Repräsentation auf das Ausmass des islamisch-extremistischen Terrorismus festgestellt werden, würde dies nahe legen, dass Arbeiten wie denjenigen von Baylouny (2004) oder Yacoubian (2006)¹¹⁵ hinsichtlich des Ausmasses an „generiertem“ Terrorismus gar keine Relevanz zukommt.

¹¹⁵Sowohl Baylouny (2004) als auch Yacoubian (2006) beschäftigen sich mit den Aussichten auf eine Moderation islamistischer Parteien unter der Voraussetzung einer politischen Einbindung.

5 Schlusswort

Ausgangspunkt und Auslöser zu dieser Studie waren – wie in der Einleitung angesprochen – kritische Wortmeldungen hinsichtlich der Bush-Strategie der Demokratisierung des Nahen Ostens, unter welchen sich der „Foreign Affairs“-Beitrag von Gause III (2005) durch besondere Dezipiertheit und Schärfe hervortat. Gause III propagiert die weitere Zusammenarbeit mit freundlich gesinnten autoritären Regimen der Region und sagt für den Fall einer demokratischen Öffnung einen Anstieg des islamisch-extremistischen Terrors voraus, welchen er direkt auf die antizipierte, zumindest partielle Machtübernahme von Islamisten zurückführt.¹¹⁶ Wie ist diese Einschätzung im Licht der Ergebnisse dieser Studie zu beurteilen? Letztere legen nahe, dass die Erwartung von Gause III haltlos ist. Eine höhere Repräsentation von Islamisten korreliert immer mit einer geringeren Zahl an „Aktivierungen“ und häufig mit tieferer Terror-Wahrscheinlichkeit. Wird zudem der Weg konsequent zu Ende gegangen, das heisst der Grad der Repräsentation der Islamisten bis zu einem dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Wert erhöht, so reduziert dies den islamisch-extremistischen Terrorismus auf jeden Fall – unabhängig davon, ob die Anzahl „aktivierter“ Terroristen oder die Wahrscheinlichkeit eines Terroraktes im Fokus der Aufmerksamkeit steht.

Es sei an dieser Stelle nochmals in Erinnerung gerufen, dass die positive Prognose eines reduzierten Ausmasses an muslimisch-extremistischem Terrorismus nicht einer Demokratisierung als solcher ausgestellt werden kann, sondern lediglich deren erwartetem Ergebnis. Die Präzisierung ist keineswegs trivial. Eine erhöhte Repräsentation der Islamisten kann auch durch Gewalt „von unten“ oder Weisung des Herrscherhauses zustande kommen. Auf Grundlage der Prämisse, dass eine demokratische Öffnung in der Tendenz Islamisten mehr Parlamentssitze eintragen würde, kann Bushs Doktrin jedoch in sicherheitspolitischer Hinsicht beurteilt werden. Diese Studie zeigt auf, dass die Strategie auf lange Sicht mit grosser Wahrscheinlichkeit die erhoffte Beruhigung herbeiführen könnte. Allerdings stellt sich der Erfolg aufgrund eines anderen Wirkungszusammenhangs ein als bei der Festsetzung der Doktrin offensichtlich erwartet.¹¹⁷

Die bisweilen beobachtbare Neigung zur Dämonisierung islamistischer Politiker und Parteien wird durch den Nachweis, dass eine vollständige Repräsentati-

¹¹⁶Siehe Einleitung auf Seite 10.

¹¹⁷Natürgemäss ist nicht mit Sicherheit feststellbar, welche Überlegungen der Doktrin tatsächlich zu Grunde lagen. Offizielle Verlautbarungen implizieren jedoch, dass man von demokratischer Freiheit eine direkte Wirkung auf das Ausmass des Terrorismus erwartete (White House 2007).

on der Islamisten den islamisch-extremistischen Terrorismus weitestmöglich¹¹⁸ reduziert, delegitimiert. Islamistische Politiker sind zweifelsohne nicht einfach als verkappte Terroristen zu verstehen. Die Ergebnisse der Studie bestätigen die grundsätzliche Berechtigung und Richtigkeit der Konzeptionierung islamistischer Parteien und Politiker als eigenständige Akteure ohne Berührungspunkte mit terroristischen Organisationen.¹¹⁹ Gleichzeitig sollen die Resultate nicht zu einer Verharmlosung eines politischen Vormarsches der Islamisten verleiten. Islamistische politische Dominanz hat eine Vielzahl an unterschiedlichen Implikationen, welche genau abzuwägen sind. Diese Studie hat einen sehr engen, streng sicherheitspolitischen Fokus. Dennoch präsentiert sich die Situation selbst von einer sicherheitspolitischen Warte aus ambivalent. So ist damit zu rechnen, dass sich die internationale Zusammenarbeit mit stark islamistisch geprägten Staaten aufgrund von ideologischen Differenzen schwieriger gestaltet. Dies ist durchaus auch von sicherheitspolitischer Bedeutung, insbesondere bei internationalen Fahndungsbemühungen und dem Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen, welche sich bei der Verhinderung von Terrorakten als zunehmend wichtig erweisen. Dennoch deuten die Resultate dieser Studie darauf hin, dass es sich sicherheitspolitisch lohnt, diesen Preis zu bezahlen. Offensichtlich werden mögliche negative Implikationen durch eine reduzierte Anzahl von „Aktivierungen“ mehr als aufgewogen.

Indem darauf abgezielt wird, nicht bloss radikalisierte Individuen durch Sicherheitsmassnahmen von der Ausübung von Terrorakten abzuhalten, sondern bereits die „Aktivierungen“ weitestmöglich zu verhindern, wird das Problem gewissermassen an der Wurzel gepackt. Der Anteil der islamistischen Bevölkerung wird dabei als mehr oder weniger fix betrachtet. In dieser Studie werden unterschiedlich hohe Anteile an der Gesamtbevölkerung als solche nicht thematisiert und lediglich Erklärungen geliefert, inwiefern sie via Anspruch auf Repräsentation und tatsächlicher Repräsentation das Niveau des islamisch-extremistischen Terrorismus mitdeterminieren. Allerdings liesse sich auch untersuchen, wie die Herausbildung unterschiedlich grosser Anteile an der Gesamtbevölkerung zustande kommt und ob der Anteil der islamistisch gesinnten Bevölkerung manipulierbar und veränderbar ist. Auch auf diese Weise liesse sich das Problem an der Wurzel beheben – schliesslich wird die herausragende Gewichtung der Ausgestaltung

¹¹⁸In dem Sinne, dass eine vollständige Repräsentation mit einem tieferen Niveau an Terrorismus korreliert als alle anderen Grade von Repräsentation.

¹¹⁹Siehe Seite 23.

des Staates, die damit verbundene Fokussierung auf die Zusammensetzung der relevanten nationalen Organe und der erläuterte „Aktivierungsprozess“ erst durch eine islamistische Weltsicht ermöglicht und herbeigeführt.

Die besondere Errungenschaft dieser Studie besteht in einer stringenten theoretischen Verknüpfung von politischer Beteiligung von Islamisten und islamisch-extremistischem Terrorismus sowie dem empirischen Nachweis, dass höhere Grade an politischer Einbindung entgegen einer möglichen intuitiven Erwartung zumindest in letzter Konsequenz mit weniger Terrorismus einhergehen. Sie erbringt damit einen Beitrag zum besseren Verständnis der vielfältigen Wirkungszusammenhänge, welche in den Gesellschaften des Nahen Ostens mit dem Phänomen des Islamismus verknüpft sind. Hinsichtlich der Rolle islamistischer Parteien und Politiker bleibt zu hoffen, dass diese Studie mitzuhelfen vermag, eine oft emotional geführte und mit wenig empirischem Wissen unterfütterte Debatte weiter zu versachlichen.

Literatur

- Aba-Namay, Rashed. 1993. „The Recent Constitutional Reforms in Saudi Arabia.“ *The International and Comparative Law Quarterly* 42(2):295–331.
- Abaza, Khairi. 2006. „Political Islam and Regime Survival in Egypt.“ *Policy Focus. The Washington Institute for Near East Policy* (51).
- ABC News. 2004. „Egyptian Ruling Party Dominates Upper House Elections.“ *Online im Internet: <http://www.abc.net.au/news/stories/2004/06/20/1136221.htm>* (Stand 1.9.2008).
- Abd Al-Fattah, Saif Al-Din. 2007. كيف صعدت التيارات الإسلامية داخل المجتمعات العربية. توثيق تاريخي (trad.: Wie die islamischen Bewegungen in den arabischen Gesellschaften aufstiegen. Eine historische Rekapitulierung). In صعود التيارات الإسلامية في برلمانات الوطن العربي (trad.: Der Aufstieg der islamischen Bewegungen in den Parlamenten der arabischen Nation), herausgegeben von Magid Surur. Kairo: Konrad Adenauer Stiftung S. 23–60.
- Abdalla, Ahmed. 1993. „Egypt's Islamists and the State: From Complicity to Confrontation.“ *Middle East Report* 23(183):28–31.
- Adherents.com. 2009. „Religion by Location.“ *Online im Internet: http://www.adherents.com/adhloc/indexWhere.html#Letter_E* (Stand 1.3.2009).
- Africa News. 17.1.2001. „Algeria: 29 New Senators in Algeria's Nation's Council.“
- Al-Mdaires, Falah. 2001. Political Islamic Movements in Modern Yemen. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 483–495.
- Al-Rasheed, Madawi. 1998. „The Shi'a of Saudi Arabia: A Minority in Search of Cultural Authenticity.“ *British Journal of Middle Eastern Studies* 25(1):121–138.
- Amghar, Samir. 2007. Morocco. In *Political Islam and European Foreign Policy. Perspectives from Muslim Democrats of the Mediterranean*, herausgegeben von Michael Emerson und Richard Youngs. Brüssel: Centre for European Policy Studies S. 14–28.
- ANSA English Media Service. 18.11.2003. „Jordanian King Appoints Upper House Including 7 Women.“

- Anwar Sadat Chair for Peace and Development, University of Maryland und Zogby International. 2003, 2004, 2005, 2006, 2008. „Annual Arab Public Opinion Survey. A Six Country Study: Egypt, Jordan, Lebanon, Morocco, Saudi Arabia (KSA) and UAE.“ *Online im Internet: <http://sadat.umd.edu/surveys/index.htm>* (Stand 8.1.2009).
- Arjomand, Said Amir. 1988. *The Turban for the Crown. The Islamic Revolution in Iran*. New York: Oxford University Press.
- Asharq Al-Awsat. 29.4.2001. „ صدور مرسوم رئاسي يمّني يقضي بتشكيل مجلس الشورى من 111 عضواً (trad.: Erlass eines jemenitischen präsidentialen Dekrets, welches die Bildung des Majlis Al-Shura mit 111 Mitgliedern verfügt).“ *Online im Internet: <http://www.aawsat.com/details.asp?section=4&issueno=8188&article=37432&search=%E3%CC%E1%D3%20%C7%E1%D4%E6%D1%EC%20%C7%E1%ED%E3%E4&state=true>* (Stand 20.11.2008).
- Asseburg, Muriel, Hrsg. 2007. *Moderate Islamists as Reform Actors*. SWP Research Paper, April 2007.
- Associated Press. 10.3.1986. „Text of the Islamic Jihad Communique.“
- Associated Press. 13.3.1984. „Moslem Fundamentalists Win 3 of 8 Seats in Jordan.“
- Associated Press. 17.12.1988. „Lebanese Militia Frees Three Kidnapped Irish Soldiers.“
- Associated Press. 20.9.1984. „Today's Focus: Who and what is Islamic Jihad?“
- Associated Press. 26.1.1987. „Two latest Kidnap Victims Thought to Be Foreigners.“
- Associated Press. 30.11.1990. „Mubarak's Party Headed for Victory; Three Dead in Election Violence.“
- Associated Press. 30.5.1985. „PM Cycle.“
- Associated Press. 9.6.1989. „Mubarak's Party Wins Full Control in New Advisory Council.“
- Associated Press Worldstream. 13.6.2001. „Ruling Party Wins Majority of Seats in Shura Elections.“

- Associated Press Worldstream. 22.11.1997. „King Hussein Appoints a 40-Member Senate.“
- Associated Press Worldstream. 22.11.2001. „Jordan's King Appoints a New Senate.“
- Azam, Jean-Paul. 2005. „Suicide-Bombing as Inter-Generational Investment.“ *Public Choice* 122(1-2):177–198.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke und Rolf Weiber. 2006. *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 11. Auflage. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.
- Basuchoudhary, Atin und William F. Shughart II. 2007. „On Ethnic Conflict and the Origins of Terrorism.“ *Online im Internet: <http://works.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=1000&context=atinbasu>* (Stand 7.2.2009).
- Bayat, Kaveh. 2005. „The Ethnic Question in Iran.“ *Middle East Report* 35(237):42–45.
- Baylouny, Anne Marie. 2004. „Democratic Inclusion: A Solution to Militancy in Islamist Movements?“ *Strategic Insights* 3(4).
- BBC Monitoring Middle East. 14.10.2004. „Syria Said Taking ‚Positive Steps‘ Towards Muslim Brotherhood.“
- BBC Monitoring Middle East. 24.5.2001. „Saudi Arabia: King Expands Consultative Council.“
- BBC Monitoring Middle East. 30.12.2003. „Algeria: Democratic National Rally Wins Most Seats for Council of Nation.“
- BBC Monitoring Middle East. 31.12.2000. „Algeria: Democratic National Rally Maintains Majority in Senate.“
- BBC Monitoring Middle East. 5.3.2003. „Voter Turnout 63.45 Percent in Syrian Elections, Winners Announced.“
- BBC Monitoring Middle East. 8.1.2004. „Algeria: President Appoints 22 New Council of the Nation's Members.“
- BBC News. 25.10.2006. „Iran Charged over Argentina Bomb.“ *Online im Internet: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/6085768.stm>* (Stand 3.3.2009).

- BBC Summary of World Broadcasts. 21.5.1997. „President Salih Sets Up Consultative Council.“
- BBC Summary of World Broadcasts. 29.12.1997. „Minister Announces Council of the Nation's Election Results.“
- BBC Summary of World Broadcasts. 30.12.1997. „Algerian Television Announces Composition of Council of the Nation.“
- BBC Summary of World Broadcasts. 9.6.1997. „Interior Minister Announces Full Election Results.“
- Bengio, Ofra. 1998. *Saddam's World. Political Discourse in Iraq*. New York: Oxford University Press.
- Berman, Sheri. 2003. „Islamism, Revolution, and Civil Society.“ *Perspectives on Politics* 1(2):257–271.
- Blanford, Nicholas. 2005. „Syrian Reformer Rankles Islamists.“ *Christian Science Monitor*, 13.1.2005 S. 6.
- Botschaft der Republik Yemen in Kanada. 2004. „About Yemen.“ *Online im Internet: <http://www.yemenincanada.ca/map.php>* (Stand 16.11.2008).
- Boubekeur, Amel. 2007. Algeria. In *Political Islam and European Foreign Policy. Perspectives from Muslim Democrats of the Mediterranean*, herausgegeben von Michael Emerson und Richard Youngs. Brüssel: Centre for European Policy Studies S. 29–45.
- Brambor, Thomas, William Roberts Clark und Matt Golder. 2006. „Understanding Interaction Models: Improving Empirical Analyses.“ *Political Analysis* 14(1):63–82.
- Burgat, François. 2003. *Face to Face with Political Islam*. New York: I.B. Tauris.
- Burgat, François. 2008. *Islamism in the Shadow of Al-Qaeda*. University of Texas Press.
- Burgat, François und François Gèze. 2007. Algeria. In *Islamist Opposition Parties and the Potential for EU Engagement*, herausgegeben von Toby Archer und Heidi Huuhtanen. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs S. 13–24.

- Busse, Heribert. 1996. Grundzüge der islamischen Theologie und der Geschichte des islamischen Raumes. In *Der Islam in der Gegenwart*, herausgegeben von Werner Ende und Udo Steinbach. München: C. H. Beck S. 19–53.
- Buzan, Barry und Ole Waever. 2003. *Regions and Powers: The Structure of International Security*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carnegie Endowment for International Peace. 2008a. „Arab Political Systems: Baseline Information and Reforms: Egypt.“ *Online im Internet: http://www.carnegieendowment.org/files/Egypt_APS.doc* (Stand 28.6.2008).
- Carnegie Endowment for International Peace. 2008b. „Arab Political Systems: Baseline Information and Reforms: Jordan.“ *Online im Internet: http://www.carnegieendowment.org/files/Jordan_APS.doc* (Stand 29.10.2008).
- Carnegie Endowment for International Peace. 2008c. „Arab Political Systems: Baseline Information and Reforms: Yemen.“ *Online im Internet: http://www.carnegieendowment.org/files/Yemen_APS.doc* (Stand 17.11.2008).
- Cavatorta, Francesco. 2006. „Civil Society, Islamism and Democratisation: The Case of Morocco.“ *The Journal of Modern African Studies* 44(2):203–222.
- Cavatorta, Francesco und Azzam Elananza. 2006. *The Power of Civil Society? Evidence from Jordan, Algeria and Lebanon*. Paper prepared for the annual conference of the British International Studies Association (BISA), Cork, Ireland, 18th–20th December 2006.
- Center for Strategic Studies, University of Jordan. 2005. „Revisiting the Arab Street: Research from Within.“ *Online im Internet: <http://www.css-jordan.org/UploadPolling/140.rar>* (Stand 4.1.2009).
- Central Intelligence Agency. 1997. *The World Factbook 1997*. Washington DC: Potomac Books.
- Central Intelligence Agency. 1998. *The World Factbook 1998*. Washington DC: Potomac Books.
- Centre for the Study of Civil Wars, International Peace Research Institute, Oslo (PRIO). 2008. „UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset Codebook. Version 4-2008.“ *Online im Internet: http://www.pcr.uu.se/publications/UCDP_pub/UCDP_PRIO%20Armed%20Conflict%20Dataset%20v.4%20-%202008%20Codebook.pdf* (Stand 29.12.2008).

- Chapan Metz, Helen. 1994. „Algeria: A Country Study.“ *Washington: GPO for the Library of Congress. Online im Internet: <http://countrystudies.us/algeria/134.htm> (Stand 6.10.2008).*
- Chimelli, Rudolph. 2008. „Umerziehung hinter Gittern.“ *Süddeutsche Zeitung*, 11.9.2008.
- Clark, Janine. 2004a. „Social Movement Theory and Patron-Clientelism: Islamic Social Institutions and the Middle Class in Egypt, Jordan, and Yemen.“ *Comparative Political Studies* 37(8):941–968.
- Clark, Janine A. 2004b. *Islam, Charity, and Activism. Middle-Class Networks and Social Welfare in Egypt, Jordan, and Yemen*. Bloomington: Indiana University Press.
- Clark, Janine A. 2007. Jordan. In *Islamist Opposition Parties and the Potential for EU Engagement*, herausgegeben von Toby Archer und Heidi Huuhtanen. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs S. 43–56.
- Cole, Juan. 2003. The United States and Shi'ite Religious Factions in Post-Ba'thist Iraq. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 157–182.
- Collins, Robert O. 2008. *A History of Modern Sudan*. New York: Cambridge University Press.
- Crawley, Michael J. 2005. *Statistics: An Introduction Using R*. Chichester: John Wiley & Sons.
- Crenshaw, Martha. 1981. „The Causes of Terrorism.“ *Comparative Politics* 13(4):379–399.
- Dalacoura, Katerina. 2006. „Islamist Terrorism and the Middle East Democratic Deficit: Political Exclusion, Repression and the Causes of Extremism.“ *Democratization* 14(4):508–525.
- Dalton, Russell. 2002. *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. London: Chatham House.
- Day, Alan J. und Henry W. Degenhardt, Hrsg. 1980. *Political Parties of the World*. Harlow: Longman.

- Day, Alan J., Hrsg. 1988. *Political Parties of the World*. 3. Auflage. Harlow, Essex: Longman.
- Day, Alan J., Hrsg. 2002. *Political Parties of the World*. 5. Auflage. London: J. Harper.
- Day, Alan J., Richard German und John Campbell, Hrsg. 1996. *Political Parties of the World*. 4. Auflage. London: Cartermill.
- Dekmejian, R. Hrair. 1994. „The Rise of Political Islamism in Saudi Arabia.“ *Middle East Journal* 48(4):627–643.
- Doran, Michael Scott. 2004. „The Saudi Paradox.“ *Foreign Affairs* 83(1).
- Downs, Anthony. 1957. „An Economic Theory of Political Action in a Democracy.“ *The Journal of Political Economy* 65(2):135–150.
- Dresch, Paul und Bernard Haykel. 1995. „Stereotypes and Political Styles: Islamists and Tribesfolk in Yemen.“ *International Journal of Middle East Studies* 27(4):405–431.
- Ebert, Hans-Georg. 2005. Tendenzen der Rechtsentwicklung. In *Der Islam in der Gegenwart*, herausgegeben von Werner Ende und Udo Steinbach. München: C. H. Beck S. 199–228.
- Economist. 28.6.1975. „Iran: New Faces of '75.“ S. 42.
- Eden-Fleig, Wiebke. 2008. „Wahl ohne Qual.“ *Zeit Online*, 13.3.2008. Online im Internet: <http://www.zeit.de/online/2008/12/iran-parlamentswahl-kommentar?page=all> (Stand 23.3.2009).
- Egyptana. 2008. جمهورية مصر العربية. الدولة - النظام السياسي - مجلس الشورى. (trad.: Die arabische Republik Ägypten. Der Staat – das politische System – der Majlis Al-Shura).“ Online im Internet: http://www.egyptana.com/egyptana/state/consulative_council.asp (Stand 27.6.2008).
- El-Battahani, Atta. 2002. Multi-Party Elections & the Predicament of Northern Hegemony in Sudan. In *Multi-Party Elections in Africa*, herausgegeben von Michael Cowen und Liisa Laakso. New York: Palgrave S. 251–277.
- El-Khawas, Mohamed und J. A. Ndumbe. 2007. Democracy in Algeria: A Failed Experiment. In *Politics and Economics of Africa*, herausgegeben von Olufemi Wusu. New York: Nova Science Publishers S. 85–99.

- Elger, Ralf. 2002. *Islam*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Elhadj, Elie. 2007. *The Islamic Shield. Arab Resistance to Democratic and Religious Reforms*. Boca Raton: Brown Walker Press.
- Ende, Werner und Udo Steinbach, Hrsg. 2005. *Der Islam in der Gegenwart*. München: C. H. Beck.
- Enhaili, Aziz und Oumelkheir Adda. 2003. State and Islamism in the Maghreb. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 321–332.
- Eshel, David. 2007. „The Zaidi Shi'a in Yemen: Iran's Next Objective to Reach the Horn of Africa?“ *Online im Internet: http://www.defense-update.com/analysis/analysis_070707_yemen.htm* (Stand 2.1.2009).
- Esposito, John L. und Dalia Mogahed. 2008. *Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims Really Think*. New York: Gallup Press.
- European Institute for Research on Mediterranean and Euro-Arab Cooperation. 2004. „Algeria, State Institutions.“ *Online im Internet: <http://www.medea.be/index.html?page=2&lang=en&doc=12>* (Stand 6.10.2008).
- Farmer, Brian R. 2007. *Understanding Radical Islam. Medieval Ideology in the Twenty-First Century*. New York: Peter Lang.
- Fleischhacker, Helga und Curtis F. Doebbler. 1999. Sudan. In *Elections in Africa. A Data Handbook*, herausgegeben von Dieter Nohlen, Michael Krennerich und Bernhard Thibaut. Oxford: Oxford University Press S. 843–862.
- Freedom House. 2009. „Freedom in the World.“ *Excel Data Spreadsheet. Online im Internet: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>* (Stand 1.3.2009).
- Freij, Hanna Y. 1996. „Liberalization, the Islamists, and the Stability of the Arab State: Jordan as a Case Study.“ *The Muslim World* 86(1):1–32.
- Fukuyama, Francis und Michael McFaul. 2007. „Should Democracy Be Promoted or Demoted?“ *The Washington Quarterly* 31(1):23–45.
- Gause, F. Gregory III. 2005. „Can Democracy Stop Terrorism?“ *Foreign Affairs* 84(5):62–76.

- Gerges, Fawaz A. 2000. The End of the Islamist Insurgency in Egypt? Costs and Prospects. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 45–67.
- Ghattas, Kim. 22.2.2006. „Syria Witnesses Islamist Revival.“ *BBC News*, 22.2.2006. Online im Internet: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4735240.stm (Stand 31.10.2008).
- Gleditsch, Nils Petter, Peter Wallensteen, Mikael Eriksson, Margareta Sollenberg und Håvard Strand. 2002. „Armed Conflict 1946-2001: A New Dataset. Version 4-2008.“ *Journal of Peace Research* 39(5).
- Glickman, Harvey. 2000. Islamism in Sudan's Civil War. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 3 London, New York: Routledge S. 29–43.
- GlobalSecurity.org. 2008. „Zaydi Islam.“ Online im Internet: <http://www.globalsecurity.org/military/intro/islam-zaydi.htm> (Stand 2.1.2009).
- Globe and Mail. 30.05.1984. „Egypt's Ruling Party Wins Election but Conservatives Gain Ground.“
- Hafez, Mohammed M. 2000. Armed Islamist Movements and Political Violence in Algeria. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 357–381.
- Hafez, Mohammed M. 2008. „Radicalization in the Persian Gulf: Assessing the Potential of Islamist Militancy in Saudi Arabia and Yemen.“ *Dynamics of Asymmetric Conflict* 1(1):6–24.
- Hashem Talhami, Ghada. 2001. „Syria: Islam, Arab Nationalism and the Military.“ *Middle East Policy* 8(4):110–127.
- Hawthorne, Amy. 2000. „Egyptian Elections: Rublings of Change, but NDP Dominance Maintained.“ *Policy Watch No. 506. The Washington Institute for Near East Policy*. Online im Internet: <http://www.thewashingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1384> (Stand 26.6.2008).
- Hendriks, Bertus. 1985. „Egypt's Elections, Mubarak's Bind.“ *MERIP Reports* 15(129):11–18.
- Herald, Sydney Morning. 10.6.1989. „Mubarak Victory Assured.“ S. 22.

- Heston, Alan, Robert Summers und Bettina Aten. 2006. „Penn World Table Version 6.2.“ *Center for International Comparisons of Production, Income and Prices at the University of Pennsylvania*.
- Higgins, Patricia J. 1984. „Minority-State Relations in Contemporary Iran.“ *Iranian Studies* 17(1):37–71.
- Hiro, Dilip. 2002. *War without End. The Rise of Islamist Terrorism and Global Response*. London, New York: Routledge.
- Independent. 9.3.1992. „Diplomat Killed ,to Avenge Moussawi'“.“
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1981. „Post-Materialism in an Environment of Unsecurity.“ *The American Political Science Review* 75(4):880–900.
- Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Inter-Parliamentary Union. 2009. „PARLINE Database on National Parliaments.“ *Online im Internet: <http://www.ipu.org/parline-e/parlinesearch.asp> (Stand 27.2.2009)*.
- Jerusalem Post. 30.10.1991. „Six Wounded in South Lebanon Attacks. Three Soldiers Killed by Roadside Bomb.“
- Joffé, George. 2007. Morocco. In *Islamist Opposition Parties and the Potential for EU Engagement*, herausgegeben von Toby Archer und Heidi Huuhtanen. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs S. 65–72.
- Kawakibi, Salam. 2007. Political Islam in Syria. In *Political Islam and European Foreign Policy. Perspectives from Muslim Democrats of the Mediterranean*, herausgegeben von Michael Emerson und Richard Youngs. Brüssel: Centre for European Policy Studies S. 99–112.
- Kepel, Gilles. 2006. *Jihad. The Trail of Political Islam*. 4. Auflage. London: I.B. Tauris.

- Khalaji, Mehdi. 2008. „Iran's Parliamentary Elections: Assured Victory for the Supreme Leader.“ *Online im Internet: <http://www.thewashingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=2718> (Stand 12.11.2008).*
- Kitschelt, Herbert. 2004. „Origins of International Terrorism in the Middle East.“ *Internationale Politik und Gesellschaft* 7(1):159–188.
- Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter. 2005. *Data Analysis Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Kostiner, Joseph. 1997. „State, Islam and Opposition in Saudi Arabia: The Post Desert-Storm Phase.“ *Middle East Review of International Affairs* 1(2).
- Krämer, Gudrun. 1993a. *Islam, Shura und Demokratie. Studien zu Theorie und Praxis zeitgenössischer sunnitischer Muslime. Habilitationsschrift*. Hamburg: Universität Hamburg.
- Krämer, Gudrun. 1993b. „Islamist Notions of Democracy.“ *Middle East Report* 23(183):2–8.
- Krämer, Gudrun. 2007. Zum Verhältnis von Religion, Recht und Politik: Säkularisierung im Islam. In *Säkularisierung und die Weltreligionen*, herausgegeben von Hans Joas und Klaus Wiegandt. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch S. 172–193.
- Kurrild-Klitgaard, Peter, Mogens K. Justesen und Robert Klemmensen. 2006. „The Political Economy of Freedom, Democracy and Transnational Terrorism.“ *Public Choice* 128(1-2):289–315.
- Kuthy, Daniel W. 2008. „The Downside of Free Choice? Islamist Parties, Democratization, and U.S. Interests.“ *International Topics* 2(1):17–32.
- LaFree, Gary und Laura Dugan. 2006. „Global Terrorism Database 1.1, 1970-1997.“ *Inter-University Consortium for Political and Social Research, heruntergeladen am 20.6.2008.*
- LaFree, Gary und Laura Dugan. 2007. „Global Terrorism Database II, 1998-2004.“ *Inter-University Consortium for Political and Social Research, heruntergeladen am 19.6.2008.*
- LaFree, Gary und Laura Dugan. 2008a. „Global Terrorism Database 1.1, 1970-1997. Description.“ *Inter-University Consortium for Political and Social Research.*

- LaFree, Gary und Laura Dugan. 2008b. „Global Terrorism Database II, 1998-2004. Description.“ *Inter-University Consortium for Political and Social Research*.
- Layachi, Azzedine. 2004. Political Liberalisation and the Islamist Movement in Algeria. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 271-291.
- Li, Quan. 2005. „Does Democracy Promote or Reduce Transnational Terrorist Incidents?“ *Journal of Conflict Resolution* 49(2):287-297.
- Library of Congress. 1986, 1992, 1995. „Country Studies.“ *Online im Internet: <http://lcweb2.loc.gov/frd/cs/cshome.html>* (Stand 1.3.2009).
- Marshall, Monty G. und Keith Jagers. 2009. „Polity IV Project: Dataset User's Manual.“ *Center for Global Policy School of Public Policy, George Mason University, and Center for Systemic Peace. Online im Internet: <http://www.systemicpeace.org/inscr/p4manualv2007.pdf>* (Stand 1.3.2009).
- Marshall, Monty G., Keith Jagers und Ted Robert Gurr. 2007. „Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2007.“ *Center for Global Policy School of Public Policy, George Mason University, and Center for Systemic Peace. Online im Internet: <http://www.systemicpeace.org/inscr/inscr.htm>* (Stand 1.3.2009).
- Mas'ad, Nivin. 2007. التعرف على مدى استجابة المجتمعات العربية لصعود الحركات الإسلامية داخلها (trad.: Erörterung des Ausmasses der Resonanz, welche das Aufkommen der islamischen Bewegungen in den arabischen Gesellschaften ausgelöst hat). In صعود التيارات الإسلامية في برلمانات الوطن العربي (trad.: Der Aufstieg der islamischen Bewegungen in den Parlamenten der arabischen Nation), herausgegeben von Magid Surur. Kairo: Konrad Adenauer Stiftung S. 173-178.
- Maslow, Abraham H. 1999. *Motivation und Persönlichkeit*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- MENA News Agency. 15.6.1998. „Ruling NDP Candidates Win Almost All Seats in Shura Council Elections.“
- MENA News Agency. 24.6.2001. „Egypt: President Meets National Democratic Members of New Shura Council.“

- Menashri, David. 2001. *Post-Revolutionary Politics in Iran. Religion, Society and Power*. London: Frank Cass.
- Merari, Ariel. 2006. Psychological Aspects of Suicide Terrorism. In *Psychology of Terrorism*, herausgegeben von Michael Bongar. Oxford: Oxford University Press S. 101–116.
- Mickolus, Edward F., Todd Sandler, Jean M. Murdock und Peter Flemming. 2004. „International Terrorism: Attributes of Terrorism Events (ITERATE), 1968-2003. Data Codebook.“
- Mickolus, Edward F., Todd Sandler, Jean M. Murdock und Peter Flemming. 2006. *International Terrorism: Attributes of Terrorism Events (ITERATE), 1968-2005*. Dunn Loring: Vinyard Software.
- Mideast Mirror. 26.8.1993. „Saudi Arabia's Shoura Council: Not just a Council of Notables.“ 7(165).
- Mideast Mirror. 3.7.1997. „Saudi Arabia Expanding Membership in Its Consultative Council by One Third.“ 11(127).
- Mideast Mirror. 8.7.1997. „Islamists Sympathetic to Dissident Sheikhs Named to Saudi Shoura Council.“ 11(130).
- Moaddel, Mansoor. 2007. „The Social Bases and Discursive Context of the Rise of Islamic Fundamentalism: The Cases of Iran and Syria.“ *Sociological Inquiry* 66(3):330–355.
- Muravchik, Joshua. 2001. „Freedom and the Arab World. Terrorism Thrives Where People Aren't Free.“ *The Weekly Standard*, 31.12.2001.
- Nasr, Vali. 2006. „Regional Implications of Shi'a Revival in Iraq.“ *The Washington Quarterly* 27(3):7–24.
- New York Times. 14.3.1984. „Jordanians Elect 8 New Legislators.“ S. 13.
- Nimr, Suleiman. 2005a. „King's Expansion of Saudi Advisory Council Prompts Election Call.“ *Agence France Press*, 12.4.2005.
- Nimr, Suleiman. 2005b. „No Need to Worry After Islamists Win Saudi Polls.“ *Agence France Press*, 24.4.2005.

- Norris, Pippa und Ronald Inglehart. 2004. *Sacred and Secular. Religion and Politics Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Okruhlik, Gwenn. 2002. „Networks of Dissent: Islamism and Reform in Saudi Arabia.“ *Current History* 101(1):22–28.
- Ottaway, Marina und Meredith Riley. N.d. „Morocco: From Top-down Reform to Democratic Transition?“ *Carnegie Papers*. Forthcoming.
- Papke, Leslie E. und Jeffrey M. Wooldridge. 1996. „Econometric Methods for Fractional Response Variables with an Application to 401(K) Plan Participation Rates.“ *Journal of Applied Econometrics* 11(6):619–632.
- Parlamentarischer Block der Muslimbruderschaft. 2007a. „القضاء يطيح بمجلس 95 سيء السمعة (trad.: Die Justiz löst das Parlament des schlechten Rufes von 1995 auf).“ *Online im Internet: <http://nowabikhwan.com/index.aspx?ctrl=press&ID=28637918-0810-4749-a9fd-1f61a222750a>* (Stand 28.6.2008).
- Parlamentarischer Block der Muslimbruderschaft. 2007b. „مجموعة ال 17 أزعجت النظام فأطاح بعزب وحشمت (trad.: Die Gruppe der 17 stört das Regime, woraufhin dieses Azab und Hashmat ausschliesst).“ *Online im Internet: <http://nowabikhwan.com/index.aspx?ctrl=press&ID=a687ad25-ae44-42b7-9f35-e587b8521521>* (Stand 28.6.2008).
- Parmentier, Mary Jane C. 1999. Secularisation and Islamisation in Morocco and Algeria. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 333–356.
- Pereira, Juan Montabes und Maria A. Parejo Fernandez. 1999. Morocco. In *Elections in Africa. A Data Handbook*, herausgegeben von Dieter Nohlen, Michael Krennerich und Bernhard Thibaut. Oxford: Oxford University Press S. 623–644.
- Pew Research Center. 2005. „Support for Terror Wanes Among Muslim Publics. Islamic Extremism: Common Concern for Muslim and Western Publics. 17-Nation Pew Global Attitudes Survey.“ *Online im Internet: <http://pewglobal.org/reports/pdf/248.pdf>* (Stand 5.1.2009).
- Piazza, James A. 2008. „Do Democracy and Free Markets Protect Us From Terrorism?“ *International Politics* 45(1):72–91.

- Pipes, Daniel. 2001. „Bin Laden's Popularity.“ *WorldNetDaily*. Online im Internet: http://www.worldnetdaily.com/news/article.asp?ARTICLE_ID=25020 (Stand 27.02.2008).
- Pipes, Daniel und Azar Nafisi. 1999. „Is Islamism Dead? The Future of Islamism in the Muslim World.“ *Policy Watch No. 367*. *The Washington Institute for Near East Policy*. Online im Internet: <http://www.thewashingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1245> (Stand 5.1.2009).
- Pollock, David. 2008. „Slippery Polls. Uses and Abuses of Opinion Surveys from Arab States.“ *Policy Focus*. *The Washington Institute for Near East Policy* (82).
- Populations Studies Center, Institute for Social Research, University of Michigan. 2007. „Trends in Iraqi Political Values towards Secular Politics and National Identity: Findings from Values Surveys in December 2004, April 2006, March 2007, and July 2007.“ Online im Internet: http://www.psc.isr.umich.edu/research/tmp/moaddel_values_survey.html (Stand 6.1.2009).
- Rahimi, Babak. 2004. Ayatollah Ali Al-Sistani and the Democratization of Post-Saddam Iraq. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 195–204.
- Raphaeli, Nimrod. 2004. Understanding Muqtada Al-Sadr. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 183–194.
- Rheault, Magali und Dalia Mogahed. 2007. „Majorities See Religion and Democracy as Compatible. For Muslims, Successful Integration May Be Possible.“ Online im Internet: <http://www.gallup.com/poll/28762/Majorities-Muslims-Americans-See-Religion-Law-Compatible.aspx> (Stand 5.1.2009).
- Roy, Olivier. 2006. *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*. München: Pantheon.
- Sabri, Abdullah Ali. 2008. „What it Means... Yemeni Islamists' Stance on Democracy.“ Online im Internet: <http://www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=15985&SectionID=0> (Stand 17.11.2008).
- Schwedler, Jillian. 2006. *Faith in Moderation. Islamist Parties in Jordan and Yemen*. New York: Cambridge University Press.

- Schwedler, Jillian. 2007. „Democratization, Inclusion and the Moderation of Islamist Parties.“ *Development* 50(1):56–61.
- Shahin, Emad El-Din. 2007. Political Islam in Egypt. In *Political Islam and European Foreign Policy. Perspectives from Muslim Democrats of the Mediterranean*, herausgegeben von Michael Emerson und Richard Youngs. Brüssel: Centre for European Policy Studies S. 65–85.
- Sidahmed, Abdel Salam. 1996. *Politics and Islam in Contemporary Sudan*. New York: St. Martin's Press.
- Stark, Jan. 2005. „Beyond ‚Terrorism‘ and ‚State Hegemony‘: Assessing the Islamist Mainstream in Egypt and Malaysia.“ *Third World Quarterly* 26(2):307–327.
- Steinbach, Guido und Jan-Peter Hartung. 2005. Islamistische Gruppen und Bewegungen. In *Der Islam in der Gegenwart*, herausgegeben von Werner Ende und Udo Steinbach. München: C. H. Beck S. 681–695.
- Surur, Magid, Hrsg. 2007. صعود التيارات الإسلامية في برلمانات الوطن العربي (trad.: Der Aufstieg der islamischen Bewegungen in den Parlamenten der arabischen Nation). Kairo: Konrad Adenauer Stiftung.
- Szajkowski, Bogdan, Hrsg. 2005. *Political Parties of the World*. 6. Auflage. London: John Harper.
- Tachau, Frank, Hrsg. 1994. *Political Parties of the Middle East and North Africa*. Westport, Connecticut: Greenwood Press.
- Takeyh, Ray. 2003. „Islamism in Algeria: A Struggle between Hope and Agony.“ *Middle East Policy* 10(2):62–75.
- Tessler, Mark und Amaney Jamal. 2007. „Results of the Arab Barometer Surveys for 2006.“ *Arab Barometer*. Online im Internet: <http://www.arabbarometer.org/reports/countryreports/comparisonresults06.html> (Stand 15.3.2009).
- Tetzlaff, Rainer. 1993. *Staatswerdung im Sudan. Ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung*. Münster, Hamburg: Lit.
- Times. 24.7.1985. „Denmark's Peace Shattered by Bombs.“

- Turner, Bryan S. 2003. „Class, Generation and Islamism: Towards a Global Sociology of Political Islam.“ *The British Journal of Sociology* 54(1):139–147.
- UCLA: Academic Technology Services, Statistical Consulting Group. 2009. „Stata FAQ. How Does One Do a Regression when the Dependent Variable Is a Proportion?“ *Online im Internet: <https://www.ats.ucla.edu/stat/Stata/faq/proportion.htm>* (Stand 12.1.2009).
- United Press International. 2.10.1986. „Egyptian Election Results Questioned.“
- United Press International. 23.11.1989. „Hussein Appoints New Parliament.“
- United Press International. 26.9.1980.
- United Press International. 30.5.1984. „Islamic Fundamentalists in New Egyptian Parliament.“
- United Press International. 3.10.1986. „Government Party Claims 98 Percent Victory in Council Vote.“
- United Press International. 31.3.1985. „Demonstrators Protest Bomb Attack on Theater.“
- United Press International. 4.8.1987. „PM Cycle.“
- U.S. Census Bureau. 2008. „International Data Base (IDB). Data Tables by Country.“ *Online im Internet: <http://www.census.gov/ipc/www/idb/tables.html>* (Stand 1.3.2009).
- Viorst, Milton. 1995. „Sudan's Islamic Experiment.“ *Foreign Affairs* 74(3):45–58.
- Warburg, Gabriel R. 2006. „The Muslim Brotherhood in Sudan: From Reforms to Radicalism.“ *Islam in Africa Research Project. Online im Internet: http://www.e-prism.org/images/Muslim_BROTHERS.PRISM.pdf* (Stand 12.11.2008).
- Washington Post. 6.11.1997. „Jordanian Election Results Announced.“ S. A28.
- Weir, Shelagh. 1997. „A Clash of Fundamentalisms: Wahhabism in Yemen.“ *Middle East Report* 27(204):22–23, 26.
- White House. 2007. „Advancing Freedom and Democracy Around the World.“ *Fact Sheet. Online im Internet: <http://www.state.gov/p/eur/rls/fs/85992.htm>* (Stand 27.02.2008).

- Wiktorowicz, Quintan. 1999. „Islamists, the State, and Cooperation in Jordan.“ *Arab Studies Quarterly* 21(2).
- Wiktorowicz, Quintan und Suha Taji Farouki. 2000. „Islamic NGOs and Muslim Politics: A Case from Jordan.“ *Third World Quarterly* 21(4):685–699.
- Willis, Michael J. 2004. Morocco's Islamists and the Legislative Elections of 2002. The Strange Case of a Party that Did Not Want to Win. In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 292–320.
- Windsor, Jennifer L. 2003. „Promoting Democratization Can Combat Terrorism.“ *The Washington Quarterly* 26(3):43–58.
- Xinhua General News Service. 12.1.1984. „Jordan's New Upper House of Parliament Set Up.“
- Xinhua General News Service. 21.8.1993. „Saudi Arabia Establishes Consultative Council.“
- Xinhua General News Service. 25.5.1990. „Yemeni Consultative Council Formed.“
- Xinhua General News Service. 6.10.1983. „Results of Egyptian Shura Council Elections Come Out.“
- Yacoubian, Mona. 2006. „Democracy and Islamist Parties: The Arab Experience.“ *Online im Internet: <http://www.aspeninstitute.org/atf/cf/%7BDEB6F227-659B-4EC8-8F84-8DF23CA704F5%7D/cpYacoubian.pdf> (Stand 27.02.2008).*
- Zisser, Eyal. 1998. „Appearance and Reality: Syria's Decision Making Structure.“ *Middle East Review of International Affairs* 2(2):29–41.
- Zisser, Eyal. 2005. Syria, the Ba'th Regime and the Islamic Movement. Stepping on a New Path? In *Political Islam. Critical Concepts in Islamic Studies*, herausgegeben von Barry Rubin. Vol. 2 London, New York: Routledge S. 461–482.
- Zubaida, Sami. 2002. „Trajectories of Political Islam: Egypt, Iran and Turkey.“ *The Political Quarterly* 71(1):60–78.

A Glossar

In den Unterkapiteln 2.4.1 bis 2.4.7 wird weitgehend erläutert, was unter den für diese Studie wichtigsten Konstrukten verstanden wird. Dieses Glossar soll einen Überblick ermöglichen und letzte Unklarheiten beseitigen.

Grad der Repräsentation:

Anteil der Sitze islamistischer Politiker einer bestimmten Konfession (Sunniten oder Schiiten) in den relevanten politischen Institutionen in Relation zum Anteil der islamistisch gesinnten Bevölkerung derselben Konfession an der Gesamtbevölkerung eines Staates. Vollständige Repräsentation entspricht dabei einem Sitzanteil, der mindestens dem Anteil der islamistischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gleichkommt.

Islamisch-extremistische Terroristen:

Individuen muslimischen Glaubens, welche religiös motivierte und legitimierte aussergesetzliche Gewalt gegen nichtmilitärische Ziele verüben.

Islamisten (Politiker/Bevölkerung):

Individuen muslimischen Glaubens, welche die grundsätzliche Ansicht vertreten, sämtliche politischen Regelungen könnten und sollten aus religiösen Quellen abgeleitet werden.

Naher Osten:

Staaten des „Sicherheitskomplexes Mittlerer Osten“ gemäss der Beschreibung von Buzan und Waever. Die Autoren zählen dazu die arabischen Staaten des Maghreb, der Levante und der Golfregion sowie Iran (Buzan/Waever 2003, 187). Zusätzlich wird in dieser Studie auch der Sudan dazugerechnet, da der von Buzan/Waever propagierte Ausschluss des Staates aus dem Sicherheitskomplex aufgrund der religiösen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten sowie der politischen Beziehungen des Sudans mit den restlichen arabischen Staaten als nicht überzeugend betrachtet wird.

Politisch relevante Institutionen:

Organe, welche auf nationaler Ebene über konkrete politische Gestaltungsmacht verfügen und auf diese Weise prägend auf Staat und Gesellschaft einzuwirken vermögen.

B „Summary Statistics“ aller verwendeten Variablen

Tabelle 5: „Summary Statistics“

Variable	Mittel	Std. Abw.	Min.	Max.	N
terroristen_rel	0.745	3.366	0	43.299	390
p_terror	0.2512821	0.4343075	0	1	390
repr	22.038	36.529	0	100	344
repr ²	1816.217	3481.154	0	10000	344
ver_repr	-0.018	1.986	-5	5	334
bip_pk	5388.89	6158.287	871.920	30967.711	368
bip_pk ²	66861572.46	161349607.572	760244.438	958999104	368
repr*bip_pk	67674.881	140303.952	0	639813	314
repr*bip_pk ²	312320276.554	769821110.028	0	4093606400	314
repr ² *bip_pk	5461132.719	13501328.751	0	63981300	314
repr ² *bip_pk ²	24202396229.612	72820323908.236	0	409360629760	314
repress	0.499	0.501	0	1	377
polrechte	5.955	0.962	3	7	396
konf	0.667	0.472	0	1	420
domgrp	0.317	0.466	0	1	398
krieg	0.216	0.412	0	1	398
jahr	1991.5	8.087	1978	2005	420

C Codebook

C.1 Variable „Anzahl Terroristen“

C.1.1 Ausgangslage

Die Ausgangslage präsentiert sich so, dass keine Datenbank existiert, welche a priori den Erfordernissen dieser Studie genügt. Diese betreffen einerseits die Berücksichtigung sämtlicher Terrorakte weltweit, also sowohl rein innerstaatlicher als auch grenzüberschreitender Ereignisse. Andererseits werden Angaben zur Nationalität der einzelnen Täter und zur Ideologie der ausführenden Gruppierung benötigt.¹²⁰ Aus den wenigen existierenden systematisch geführten Terrorismus-Datenbanken decken nur zwei den in dieser Studie interessierenden Zeitraum ab. Es handelt sich dabei um die „Global Terrorism Database“ (LaFree/Dugan 2006 und 2007) des START („National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism“) sowie ITERATE („International Terrorism: Attributes of Terrorist Events“, Mickolus 2006). Beide Datenbanken weisen aus der Perspektive dieser Studie allerdings erhebliche Mängel auf. Die „Global Terrorism Database“ (nachfolgend GTD genannt) beinhaltet keine Informationen zur Nationalität von Terroristen und der Ideologie von terroristischen Gruppierungen, während ITERATE lediglich transnationale Terrorakte¹²¹ erfasst und ebenfalls keine Klassifikation der Gruppierungen hinsichtlich ihrer Ideologie vornimmt. Aus diesen Gründen muss anhand von Elementen von ITERATE, der GTD sowie Informationen aus der Literatur ein neuer Datensatz erstellt werden.

C.1.2 Klassifizierung muslimisch-extremistischer Terrorakte

Als Ausgangsdatenbank wird die GTD verwendet, da diese als einzige Datenbank grundsätzlich alle Terrorakte erfasst und eine Definition von Terrorismus verwendet, welche der Nominaldefinition dieser Arbeit entspricht. In einem ersten Schritt muss dann von Hand eine Klassifizierung der Terrororganisationen vorgenommen werden. Muslimisch-extremistische Terrorakte werden dabei aussortiert und in zwei gesonderten Listen erfasst – eine für Terrorakte sunnitischer Extremisten, eine für Terrorakte schiitischer Extremisten. Als muslimisch-extre-

¹²⁰Siehe Liste auf Seite 19, Punkte 3 und 4.

¹²¹Laut der Definition von ITERATE werden Terrorakte dann als transnational verstanden, „(...) when, through the nationality or foreign ties of its perpetrators, its location, the nature of its institutional or human victims, or the mechanics of its resolution, its ramifications transcend national boundaries“ (Mickolus 2004, 2).

mistischer Terrorakt gelten dabei terroristische Vorkommnisse, welche von einer Gruppierung zu verantworten ist, die sich *in erster Linie* über die Religion definiert. Es werden also nicht nur jihadistische oder grundsätzlich militante Gruppierungen aussortiert, sondern sämtliche sunnitisch-islamische oder schiitisch-islamische; auch solche, die nicht als extremistisch bekannt sind. Der Terrorakt per se qualifiziert den oder die Urheber als extremistisch. *Islamisch*-extremistisch wird ein Täter durch seine Mitgliedschaft in der primär islamischen Gruppierung, welcher der Terrorakt zugeschrieben wird. Dabei wird vereinfachend angenommen, die eigentliche Motivation der Tat sei, da eine islamische Gruppierung verantwortlich zeichnet, ebenfalls religiös verankert.

Was ist unter einer primär islamisch definierten Gruppierung zu verstehen? Die Bezeichnung impliziert, dass im Fall von multiplen Gruppenidentitäten die erste oder für das eigene Selbstverständnis bedeutendste zu eruieren ist. Von kommunistischen Gruppierungen aus muslimischen Staaten begangene Terrorakte werden beispielsweise in der Regel nicht zu den muslimisch-extremistischen Terrorakten gezählt, da die kommunistische Identität der Gruppe in den meisten Fällen überwiegen dürfte und die muslimische höchstens sekundär eine Rolle spielt.¹²² Entsprechende Terrorakte werden daher als rein politisch gewertet. Entscheidungen hinsichtlich der primären Identität einer fraglichen Gruppierung erfolgen auf Grundlage der Literatur. Einen besonderen Fall stellen separatistische Gruppierungen dar, welche für einen Teil der Bevölkerung einer oder mehrerer bestehender politischer Entitäten einen eigenen Staat anstreben. Da hierbei nur sehr schwer zwischen politischen und ethnischen/religiösen Motiven unterschieden werden kann, erfolgt eine Klassifizierung als primär islamische Organisation strikt anhand des folgenden Kriteriums: Ist die potenzielle Bevölkerung des angestrebten Staates *im Unterschied* zu der aktuell bestehenden politischen Entität überwiegend islamisch, wird die entsprechende separatistische Bewegung zu den primär islamischen Gruppierungen gezählt. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, werden entsprechende Terrorakte nicht auf die Liste der muslimisch-extremistischen Vorfälle gesetzt.

Was die Determinierung der konfessionellen Identität anbelangt, so erfolgt eine Klassifizierung als sunnitisch oder schiitisch¹²³ ebenfalls auf Grundlage der

¹²²Da kommunistische Gruppierungen religiösen Ideologien in der Regel kritisch bis ablehnend gegenüber stehen, ist eine stark ausgeprägte islamische Identität relativ unwahrscheinlich. Ausnahmen bilden einzelne Gruppierungen mit ideologischen Amalgamen aus Islam und Kommunismus.

¹²³Hierbei kommen dieselben Grundsätze zur Anwendung, die bereits im Unterkapitel zur Operationalisierung der Variable (siehe Seite 39) beschrieben wurden. Religiöse Untergruppierungen

Literatur. Die Bewertung der einzelnen Gruppierungen kann dem Appendix entnommen werden. D zeigt die Liste aller in der GTD aufgeführten Gruppierungen, E weist als sunnitisch klassifizierte und F als schiitisch klassifizierte Gruppen aus. Dabei wird davon ausgegangen, dass Individuen, welche im Namen dieser Gruppierungen einen Terrorakt verüben, in jedem Fall dieselbe Konfession aufweisen.¹²⁴

Neben Vorfällen mit spezifischen Namen von Gruppierungen enthält die GTD auch eine gewisse Anzahl an Vorfällen, welche unpräzise Täterbezeichnungen wie „Muslime“ oder „Iraker“ aufführen. In solchen Fällen sind mittels Medien-Datenbanken weitere Abklärungen zu den Hintergründen und Umständen der Tat zu treffen und alle Vorfälle einzeln zu bewerten. In die Liste der islamisch-extremistischen Terrorakte aufgenommen werden dabei lediglich Vorfälle, welche deutliche Hinweise auf eine religiöse Tatmotivation enthalten.¹²⁵

Es werden nicht nur Terrorakte von islamischen Akteuren aus dem Nahen Osten, sondern sämtliche in der GTD aufgeführten Ereignisse mit primär islamisch definierter Täterschaft aussortiert. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass mittelöstliche islamisch-extremistische Terroristen, welche für eine ausserregionale Gruppierung im Einsatz standen, ebenfalls erfasst werden. Als Endprodukt dieses Vorgehens resultieren zwei konfessionell gesonderte Listen mit sämtlichen in der betrachteten Zeitspanne weltweit verübten muslimisch-extremistischen Terrorakten.

C.1.3 Determinierung der Nationalität von Terroristen

Um in einem nächsten Schritt die Nationalität derjenigen Individuen bestimmen zu können, welche die in den erstellten Listen erfassten Terrorakte verübt haben, wird der Rückgriff auf den ITERATE-Datensatz erforderlich. In erster Linie anhand der Variablen Datum und Staat, in Zweifelsfällen jedoch auch unter Zuhilfenahme weiterer Variablen wie Art des Vorfalls¹²⁶, Opferzahlen und Opferatio-

werden soweit möglich den grossen konfessionellen Gruppen zugerechnet. Ausserhalb von Sunnientum oder Schiismus stehende religiöse Gemeinschaften werden in dieser Studie nicht erfasst.

¹²⁴Diese Prämisse stellt eine gewisse Simplifizierung dar. Angesichts der häufigen Differenzen und gespannten Beziehungen zwischen der sunnitischen und schiitischen Konfession dürften jedoch insbesondere bis zur Gewaltbereitschaft radikalisierte Individuen nur in den seltensten Fällen gewillt sein, sich in den Dienst einer konfessionell anders ausgerichteten islamischen Gruppierung zu stellen.

¹²⁵Einen solchen Fall stellt beispielsweise ein Anschlag gegen eine Institution einer religiösen Minorität dar.

¹²⁶GTD und ITERATE kennen gleiche oder sehr ähnliche Kategorisierungen für terroristische Vorfälle. Dazu zählen unter anderem „Assassination“, „Kidnapping“, „Bombing“ oder „Facility Attack“.

nalitäten werden die Terrorakte aus den erstellten Listen im ITERATE-Datensatz gesucht und Informationen zur Täter-Nationalität in eine neue Variable „Täter-Nationalität“ überführt. ITERATE erlaubt die Zuweisung von bis zu drei unterschiedlichen Täter-Nationalitäten. Dementsprechend werden bis zu drei Angaben zur Nationalität in die Listen der islamisch-extremistischen Terrorakte übertragen.

Da ITERATE äusserst renommiert ist und eine Definition von Terrorismus verwendet, die weitgehend mit derjenigen der GTD übereinstimmt¹²⁷, gleichzeitig aber ausschliesslich Terrorakte mit einem grenzüberschreitenden Charakter erfasst, wird davon ausgegangen, dass GTD-Fälle, welche in ITERATE nicht enthalten sind, rein innerstaatliche Vorfälle darstellen. Dies impliziert, dass die Täter solcher Vorfälle Staatsbürger jenes Landes sind, in welchem der Terrorakt stattfindet. Dementsprechend werden alle Fälle, welche nach dem Abgleich mit dem ITERATE-Datensatz noch keine Täter-Nationalität ausweisen, entsprechend ergänzt. Speziell behandelt werden Fälle, die auf ITERATE nicht aufgefunden werden können, jedoch eine Täter-Gruppierung ausweisen, die eine ausländische Täterschaft implizieren oder zumindest sehr wahrscheinlich machen.¹²⁸ In diesen Fällen wird davon ausgegangen, dass das Fehlen des Ereignisses im ITERATE-Da-

¹²⁷ITERATE verwendet eine relativ breite Definition von Terrorismus. Sie lautet wörtlich: „(...) the use, or threat of use, of anxiety-inducing, extra-normal violence for political purposes by any individual or group, whether acting for or in opposition to established governmental authority, when such action is intended to influence the attitudes and behavior of a target group wider than the immediate victims” (Mickolus 2004, 2). Die Terrorismus-Definition der GTD1 (Jahre bis 1997) lautet demgegenüber: „The threatened or actual use of illegal force and violence to attain a political, economic, religious, or social goal through fear, coercion, or intimidation” (LaFree/Dugan 2008a). GTD2 (Jahre ab 1998) verwendet die folgende Definition: „In order to be considered a ‚terrorist incident‘ the event had to have been committed by nonstate actors, had to have been violent, and intentional. In addition the act must have met two of the following three criteria: (1) The act must have been aimed at attaining a political, economic, religious, or social goal. In terms of economic goals, the exclusive pursuit of profit did not satisfy this criterion. (2) There must have been evidence of an intention to coerce, intimidate, or convey some other message to a larger audience (or audiences) than the immediate victims. (3) The action must have been outside the context of legitimate warfare activities, i.e. the act must have been outside the parameters permitted by international humanitarian law (particularly the admonition against deliberately targeting civilians or noncombatants)” (LaFree/Dugan 2008b).

¹²⁸Ein Beispiel für ersteres stellt das Ereignis mit der GTD-Kennnummer 48606 dar. Der Vorfall fand in den Vereinigten Arabischen Emiraten statt und er ist nicht in ITERATE erfasst. Nach dem oben beschriebenen Vorgehen müsste dem Ereignis eine Täter-Nationalität „Vereinigte Arabische Emirate“ zugewiesen werden. Ereignis 48606 jedoch weist als Gruppe „Iraner“ aus. Dementsprechend wird die Täter-Nationalität mit „Iran“ codiert. Ein Beispiel für einen Gruppen-Namen mit zumindest deutlichen Hinweisen auf die Nationalität der Täterschaft ist Ereignis 47633, in welchem eine Gruppe namens „Revolutionary Forces for the Liberation of Iraq“ einen Terrorakt in der Türkei verübt hat. Auch in diesem Fall wird die Täter-Nationalität mit „Irak“ und nicht mit „Türkei“ bezeichnet, obwohl der Vorfall im ITERATE-Datensatz nicht auffindbar ist.

tensatz ein Fehler darstellt und die Nationalität, auf welche die Gruppenbezeichnung hinweist, wird als Täter-Nationalität erfasst.

Ist jeder Terrorakt mit mindestens einer Täter-Nationalität versehen, schliesst sich als Massnahme der Qualitätssicherung eine Überprüfung all jener Ereignisse an, welche eine iranische Täterschaft ausweisen. Diese Sondermassnahme liegt in der Tatsache begründet, dass ITERATE offensichtlich schwerwiegende Probleme mit der adäquaten und konsistenten Vergabe des Codes 630 (bezeichnet in ITERATE Iran) erfuhr und der Datensatz diesbezüglich auf systematische Weise fehlerhaft erscheint.¹²⁹ Alle Terrorakte mit iranischer Täter-Nationalität werden daher unter Zuhilfenahme von Medien-Datenbanken soweit rekonstruiert, bis eine akkurate Neucodierung der Täter-Nationalität vorgenommen werden kann.¹³⁰

C.1.4 Determinierung der Anzahl Terroristen

Nachdem alle Terrorakte in den generierten Listen mit einem Variablenwert für die Täter-Nationalität ergänzt wurden, ist für jeden Akt die Anzahl der Terroristen zu determinieren. Wo diese nicht bereits in der GTD spezifiziert ist,¹³¹ wird

¹²⁹Dieses Verdikt drängt sich aufgrund einer längeren Korrespondenz mit dem Coding-Verantwortlichen von ITERATE, Peter Flemming, im August und September 2008 auf. Dem Autor war aufgefallen, dass einer Gruppierung namens „Islamic Jihad“ zugeordnete Terrorakte in einer Mehrheit von über 80% die Täter-Nationalität „Iran“ auswies. Da diverse Gruppierungen mit diesem Namen existieren, die iranische Gruppierung jedoch im Verhältnis zu beispielsweise der libanesischen oder palästinensischen Organisation desselben Namens sehr unbedeutend ist, wirkt die Häufigkeit der Codierung für eine iranische Täter-Nationalität fragwürdig. Zudem fielen eine Reihe von konkreten Fällen auf, in denen eine iranische Täter-Nationalität bei einer Gruppierung namens „Islamic Jihad“ besonders unplausibel erschien. Recherchen in Mediendatenbanken erhärteten die Zweifel. Herr Flemming wurden die entstandenen Bedenken detailliert erläutert mit der Bitte, einerseits die Richtigkeit der Codes der fraglichen Fälle zu bestätigen und andererseits das Vorgehen bei der Codierung von Terrorakten der Gruppierung „Islamic Jihad“ näher zu erläutern. Herr Flemming nahm in der Folge zwar Stellung, vermochte aber in den wesentlichen Punkten keine überzeugende Erläuterung abzugeben. Wie die fraglichen Codierungen für eine Täter-Nationalität „Iran“ im Detail zustande kamen und auf was die Entscheidung für die Wahl des Codes abstützt, konnte trotz entschiedenem Nachhaken nicht geklärt werden.

¹³⁰Die aus diesem Prozess resultierenden konkreten Umcodierungen der Täter-Nationalitäten werden im Appendix unter G detailliert ausgewiesen.

¹³¹In neueren Ausgaben der GTD entfällt für die Jahre 1970 bis 1997 die Variable NPERPS, welche die Anzahl der Terroristen erfasste (auf Anfrage teilte das zuständige „National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism“ der Universität von Maryland mit, die Variable sei entfernt worden, weil sie für weniger als 15% der Fälle erhältlich sei). Für diese Studie wurde zusätzlich zum aktuellsten GTD-Release ICPSR 22541 auch die ältere Version ICPSR 4586 verwendet, um auf die Variable NPERPS zurückgreifen zu können. Die neuste GTD-Version diene dabei als eigentliche Daten-Grundlage, während Release ICPSR 4586 lediglich für die Determinierung der Anzahl Terroristen verwendet wurde. Die Verknüpfung der beiden unterschiedlichen Versionen erfolgte über die Identifikationsnummern der einzelnen Terrorakte. Ausführliche Stichproben ergaben, dass bei der Zuordnung der Identifikationsnummern keinerlei Änderungen erfolgt waren.

ein fixer Wert eingesetzt, welcher auf die Erfahrungswerte der Ereignisse mit bekannten Täterzahlen abstützt. Um den verzerrenden Einfluss von einzelnen, extremen Werten gering zu halten, werden nicht Durchschnitts-, sondern Medianwerte verwendet. Zudem werden, um unter den gegebenen Umständen so differenziert wie möglich zu bleiben, für unterschiedliche Arten von Terrorakten unterschiedliche Pauschalwerte berechnet. GTD erfasst sechs verschiedene Kategorien: „Assassination“, „Assault“, „Bombing“, „Facility Attack“, „Hijacking“ und „Kidnapping“. Für jede Kategorie werden sämtliche Terrorakte, bei denen die Anzahl der Täter bekannt ist, herausgefiltert und der Medianwert bestimmt. Dabei ergibt sich für die Kategorien „Assassination“ und „Bombing“ jeweils ein Median von 2, für „Assault“ ein Median von 3, für „Facility Attack“ ein Median von 4, für „Hijacking“ ein Median von 5 und für „Kidnapping“ ein Median von 3.5.

Im Fall von Terrorakten, bei denen mehr als eine Täter-Nationalität ausgewiesen wird, wird vereinfachend davon ausgegangen, dass sich die Gruppe der Täter zu gleichen Teilen aus den verschiedenen Nationen zusammensetzt.

In einem letzten Schritt wird die Gesamtanzahl der Terroristen eines Falls (das heisst einer Konfession aus einem Staat in einem Jahr) in Relation zur Bevölkerungsgrösse der entsprechenden Konfession gesetzt. Dabei wird die aufsummierte Anzahl der Terroristen, welche innerhalb eines Kalenderjahres einen Terrorakt verübt haben, durch die Bevölkerungsgrösse in Millionen dividiert. Die verwendeten Daten hinsichtlich Bevölkerungszahlen und konfessioneller Verteilung können unter I eingesehen werden.

C.2 Variable „Repräsentation“

C.2.1 Identifizierung islamistischer Parteien

Um die parlamentarische Repräsentation von Islamisten messen zu können, muss zuerst determiniert werden, welche politischen Parteien als islamistisch zu klassifizieren sind. Bei der Unterteilung der Parteien in islamistische und nicht-islamistische gilt es, klar zwischen „islamisch“ und „islamistisch“ zu unterscheiden. Dabei wird das im Kapitel über Islamismus bereits erläuterte Islamismus-Verständnis, wie es im islamwissenschaftlichen Standardwerk „Der Islam in der Gegenwart“ von Ende/Steinbach (2005) zum Ausdruck kommt, übernommen. Eine politische Partei, welche beispielsweise eine verstärkte Hinwendung der Individuen zum Islam propagiert oder sich für die Etablierung des Islams als alleinige Staatsreligion stark macht, ist zweifellos islamisch, aber noch nicht zwingend is-

lamistisch. Schliesslich ist durchaus denkbar, dass sich eine Partei, deren Mitglieder als Individuen gläubige Moslems sind, in der politischen Problemlösung auf rein pragmatische Überlegungen oder nicht-islamische Modelle zurückgreift. Als „islamistisch“ gilt eine Partei erst dann, wenn sie die islamische Religion als alleinige legitime Quelle aller Regelungen betrachtet und sich bei der Lösung aller bedeutenden Fragen darauf beruft.

Bei der eigentlichen Einteilung in „islamistisch“ und „nicht islamistisch“ ist in erster Linie auf die Monographie „Political Parties of the Middle East and North Africa“ (Tachau 1994) sowie auf den alle paar Jahre überarbeiteten Band „Political Parties of the World“ (Day/Degenhardt 1980, Day 1988, Day/German/Campbell 1996, Day 2002, Szajkowski 2005) abzustützen. Wird eine bestimmte Partei in mindestens einem der beiden Werke als islamistisch bezeichnet, ohne dass im zweiten widersprüchliche Angaben auszumachen sind, so wird diese Partei auch in der vorliegenden Studie als islamistisch eingestuft. Als widersprüchliche Angabe wäre demnach jeder Hinweis zu betrachten, der auf ein Parteiprogramm schliessen lässt, welches in seinen wesentlichen Teilen nicht direkt auf Koran oder Scharia fusst.

Finden sich widersprüchliche Angaben, sind zusätzliche Quellen zu konsultieren, bis eine der Kategorisierungen erhärtet werden kann. Wird der Begriff „islamistisch“ in keinem der beiden Basiswerke verwendet, die Partei aber übereinstimmend als Bewegung beschrieben, welche den Islam in oben beschriebener Weise zur handlungsleitenden Maxime erklärt, so wird die Partei dennoch als islamistisch kategorisiert.

Zu beachten ist schliesslich, dass eine entsprechende Klassifizierung als „islamistisch“ oder „nicht islamistisch“ in jedem Fall zeitgebunden ist. Ein Wechsel auf der Zeitachse vom einen Lager ins andere mag zwar den Ausnahmefall darstellen, ist aber grundsätzlich möglich. Aus diesem Grund sind alle Klassifizierungen für spätere Jahre zu überprüfen und sämtliche verfügbaren Ausgaben des Standardwerkes „Political Parties of the World“ zu konsultieren.

Schliesslich ist jede islamistische Partei anhand der Literatur der sunnitischen oder schiitischen Konfession zuzuweisen. Wie bereits bei der Messung der Anzahl Terroristen gilt hierbei wiederum, dass religiöse Untergruppierungen soweit möglich den grossen konfessionellen Gruppen zugerechnet werden. Ausserhalb von Sunnitentum oder Schiismus stehende religiöse Gemeinschaften werden in dieser Studie nicht erfasst.

C.2.2 Determinierung des Anteils der islamistischen Parlamentssitze

Nach der Klärung, welche Parteien als islamistisch einzuordnen sind, ist in einem nächsten Schritt festzustellen, wie viele Kammern das Parlament des entsprechenden Staates im Jahr 1978 aufwies und wie viele Sitze die jeweiligen Kammern zählten. Aufgrund der regionalen Spezifika sind hierbei auch Körperschaften zu berücksichtigen, welche nicht explizit gesetzgebend wirken, jedoch in zumindest beratender Funktion einen Einfluss auf den legislativen Prozess ausüben.¹³²

In einem nächsten Schritt ist, sofern die Mitglieder der jeweiligen Kammer gewählt werden, der letzte Wahltermin vor dem Jahr 1978 zu eruieren. Sofern bis im Jahr 1978 keine aussergewöhnlichen Ereignisse wie eine Parlamentsauflösung oder Verbote von Parteien mit Einsitz im Parlament eingetreten sind, kann die aus den letzten Wahlen resultierende Sitzverteilung auf das erste Jahr der zu erfassenden Periode übertragen werden.¹³³ Die Sitze von Vertretern islamistischer Parteien werden dabei addiert und in relative Werte transformiert, so dass sie den prozentualen Anteil der von Islamisten gehaltenen Sitze am Total der existierenden Parlamentssitze wiedergeben. Formell unabhängige Parlamentsmitglieder, welche als islamistisch identifizierbar sind, werden zum Lager der Islamisten dazugezählt. Damit dürften prominente, in der Öffentlichkeit breit bekannte Individuen islamistischer Gesinnung korrekt erfasst werden. Für den Rest der in der breiten Bevölkerung weniger bekannten formell unabhängigen Kandidaten ist zu erwarten, dass ihre politische Gesinnung nicht eruierbar ist. Der damit einhergehende „Verlust“ islamistischer Politiker sollte jedoch die Ergebnisse der Studie nicht verfälschen, da davon ausgegangen wird, dass Kandidaten ohne explizite Parteibindung von der gewöhnlichen, naturgemäss nur unvollständig informierten Bevölkerung nicht als Advokaten einer islamistischen Politik wahrgenommen werden.

Dann ist der nächstfolgende Wahltermin zu eruieren. Finden sich in der Literatur keine Hinweise auf Rücktritte oder aussergewöhnliche Ereignisse wie die (endgültige oder vorübergehende) Suspendierung des Parlaments, Verbote von Parteien, welche Abgeordnete stellen, Veränderungen in der Gesamtzahl der Sitze oder andere aussergewöhnliche Vorgänge, welche Veränderungen der Zusam-

¹³²Faktisch werden hierbei all jene nationalen Organe als Parlamente betrachtet, welche von der Inter-Parliamentary Union in ihrer Datenbank „PARLINE“ (2009) als Parlamente erfasst sind.

¹³³Als primäre Informationsquelle in Bezug auf die Zusammensetzung der Parlamente dient die bereits erwähnte Datenbank „PARLINE“ (Inter-Parliamentary Union 2009). Wo Daten lückenhaft erfasst sind, müssen sie durch Recherchen in Literatur und Mediendatenbanken ergänzt und vervollständigt werden.

mensetzung der entsprechenden Kammer zur Folge haben, so kann die aus den vorgängigen Wahlen resultierte Anzahl Sitze der Islamisten auf die gesamte Periode vom ersten erfassten Jahr (1978) bis zum Jahr der folgenden Wahlen übertragen werden. Finden letztere in der ersten Jahreshälfte statt, so erhalten die von den Islamisten darin erzielten Resultate unmittelbar, also bereits für das Wahljahr, Geltung. Finden die Wahlen nach dem Stichtag 30. Juni statt, wird die alte Sitzverteilung für das Wahljahr beibehalten und die veränderte Zusammensetzung erst ab dem nächsten Jahr berücksichtigt (sofern wiederum keine wie oben beschriebenen aussergewöhnlichen Ereignisse auftreten).

Der Stichtag 30. Juni gilt nicht nur für Wahlen, sondern auch für alle anderen eintretenden Veränderungen. Wird also beispielsweise das Parlament vorübergehend suspendiert, findet dies nur dann seinen unmittelbaren Niederschlag im Anteil der islamistischen Parlamentssitze, wenn die Veränderung in der ersten Jahreshälfte in Kraft tritt. Ausnahmephasen von weniger als 6 Monaten Dauer werden als vernachlässigbar betrachtet und nicht erfasst.

In derselben Weise wird die ganze Zeitperiode Jahr für Jahr bis 2005 systematisch aufgearbeitet und erfasst. Den Abschlusspunkt der betrachteten Zeitperiode bildet demzufolge der 30. Juni 2005.

Nicht gewählte Kammern sind analog zum oben beschriebenen Vorgehen zu erfassen. An die Stelle des Wahltermins tritt lediglich der Termin der (Neu-)Ernennung, welcher in der Regel ebenfalls periodisch wiederkehrt.

C.2.3 Berechnung der Variablenwerte

Schliesslich muss der Anteil der gehaltenen Parlamentssitze dem Anteil der Islamisten an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Konfession gegenübergestellt werden, um den Grad der Repräsentation der Islamisten zu bestimmen. Dafür ist in einem ersten Schritt der Anteil der jeweiligen Konfession an der Gesamtbevölkerung zu ermitteln. Da nur sehr wenige Zahlen zur konfessionellen Verteilung in den Staaten der Region erhältlich sind, wird eine zuverlässig erscheinende prozentuale Angabe für ein möglichst in der Mitte der betrachteten Zeitperiode liegendes Jahr eruiert und für sämtliche Jahre übernommen.¹³⁴ Unter I werden die verwendeten Werte sowie deren Quellen ausgewiesen.

¹³⁴Dieses Vorgehen ist selbstredend nicht ideal, da es ausser Acht lässt, dass sich konfessionelle Verteilungen in 10 bis 15 Jahren substanziell verändern können. Die Datenlage verunmöglicht jedoch eine differenziertere und akkuratere Erfassung. Zudem dürften, wie die Robustheitstests auf Seite 72 nahe legen, die Resultate durch ungenaue demographische Werte keine wesentliche Veränderung erfahren.

Anschliessend ist der Prozentsatz der konfessionellen Gruppe des entsprechenden Staates zu schätzen, welche islamistische Ideen teilt. Konkrete Schätzungen werden hinsichtlich einiger weniger (typischerweise vier) spezifischer Jahre vorgenommen, welche als Wegmarken in der historischen Entwicklung hinsichtlich der Verbreitung der islamistischen Idee betrachtet werden. Bei der Quantifizierung des Anteils der Islamisten wird schwergewichtig auf die Literatur abgestützt. Meinungsumfragen in den Ländern der Region sind mit einer Reihe von Problemen behaftet (Pollock 2008). Zustimmungsraten zu einer alleine auf der Scharia beruhenden Gesetzgebung können daher nicht direkt dem Anteil der Islamisten gleichgesetzt werden. Insbesondere bei der Determinierung von Niveau-Unterschieden zwischen unterschiedlichen Staaten können Ergebnisse von Meinungsumfragen allerdings dennoch herangezogen werden.

Verändert sich die Prozentzahl von einem konkret geschätzten Jahr zum nächsten, so wird hinsichtlich der dazwischen liegenden Jahre von einer kontinuierlichen und gleichförmigen Entwicklung ausgegangen. Die Veränderung des Prozentwertes wird also zu gleichen Teilen auf die entsprechende Periode aufgeteilt und Jahre zwischen den Datenpunkten erhalten jeweils unterschiedliche, mathematisch errechnete Prozentwerte.¹³⁵ Sämtliche Schätzungen des Anteils der Islamisten an der Gesamtbevölkerung sowie die verwendeten Quellen werden unter I offen gelegt.

Der Grad der Repräsentation schliesslich ergibt sich durch die Division des Anteils der Parlamentssitze durch den mit 0.01 multiplizierten Anteil der Islamisten an der Gesamtbevölkerung. Der Grad der Repräsentation kann 100% nicht übersteigen. Wird ein Ergebnis von mehr als 100 errechnet, wird der Wert auf 100 zurückgesetzt.

Um den eigentlichen Variablenwert zu berechnen, werden Durchschnitte aus 5-Jahres-Perioden gebildet. Dabei wird jeweils der Grad der aktuellen Repräsentation mit denjenigen der vier vorausgegangenen Jahre addiert und durch fünf dividiert.

¹³⁵ Als simples Beispiel soll von einer Veränderung von 15% im Jahr 1990 auf 25% im Jahr 2000 ausgegangen werden. In diesem Fall würde die gleichmässige Aufteilung der gesamten Erhöhung von 10 Prozentpunkten auf die 10-Jahres-Periode einen Anstieg von jeweils einem zusätzlichen Prozentpunkt bedeuten und dem Jahr 1991 somit ein Anteil von 16%, dem Jahr 1992 ein Anteil von 17% usw. zugewiesen.

C.3 Variable „Veränderung der Repräsentation“

Als Grundlage dieser Variable dienen die bereits für die Variable „Repräsentation“ berechneten jährlichen Werte für die Repräsentation der Islamisten.¹³⁶ Für jeden Jahreswert ist zu bestimmen, ob er mit Blick auf die jeweils letzte Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments eine Verschlechterung oder eine Erhöhung der Repräsentation darstellt. Die letzte Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments wird sich in der Regel auf den letzten Wahltermin beziehen, allerdings können auch Veränderungen hinsichtlich der gesamten Mitgliederzahl des Parlaments, Verhaftungswellen oder andere ausserplanmässige Vorkommnisse den Grad der Repräsentation der Islamisten verändern.

Der eigentliche Wert der Variable „Veränderung der Repräsentation“ widerspiegelt 5-Jahres-Perioden. Es ist also jeweils nicht nur das aktuelle Jahr zu bewerten. Die vier vorausgegangenen Jahre sind ebenso ins Auge zu fassen. Ausgangspunkt ist ein Variablenwert von 0. Jahre innerhalb der 5-Jahres-Periode, welche eine im Vergleich zur letzten Veränderung der Parlamentszusammensetzung¹³⁷ höhere Repräsentation verzeichnen, erhöhen nun den Variablenwert um jeweils einen Punkt. Jahre, welche eine tiefere Repräsentation verzeichnen, ergeben einen Zähler Abzug. Jahre mit höher Repräsentation und Jahre mit tieferer Repräsentation wiegen sich also gegenseitig auf. Ein Variablenwert von 0 kann genauso für fünf Jahre ohne Veränderung stehen wie für zwei Jahre mit Zuwachs und zwei mit Verlust an Repräsentation und einem fünften Jahr ohne Veränderung. Ein Variablenwert von 5 bedeutet, dass in allen fünf berücksichtigten Jahren ein Anstieg der Repräsentation zu verzeichnen war. Der schlechteste Fall, -5, steht für fünf Jahre mit tieferer Repräsentation.

C.4 Variable „Krieg“

Die Variable wird auf Grundlage des „UCDP/PRIO Armed Conflict“ Datensatzes (Gleditsch et al. 2002) erstellt und dichotom konzipiert. Der genannte Datensatz erfasst alle „bewaffneten Konflikte“ der Jahre 1946 bis 2007 weltweit. Als solche gelten Auseinandersetzungen, an welchen auf mindestens einer Seite die Regie-

¹³⁶Damit ist wohlgemerkt nicht die Variable „Repräsentation“ an sich gemeint, welche Durchschnittswerte aus 5-Jahres-Perioden widerspiegelt. Stattdessen bezieht sich der Ausdruck auf die Grössen, aus denen jene Durchschnittswerte berechnet werden (siehe Seite 128).

¹³⁷Da Wahlen und andere erfassbare Veränderungen in der Parlamentszusammensetzung kaum jedes Jahr zu verzeichnen sind, haben in der Regel mehrere Jahre innerhalb einer betrachteten 5-Jahres-Periode denselben Referenzwert. Für eine Begründung dieser Konzeption siehe Unterkapitel zur Operationalisierung auf Seite 42.

rung eines Staates beteiligt ist und welche in einem konkreten Jahr mindestens 25 „battle-related deaths“ zur Folge hatten. Da diese Anzahl auch in kleinen Konflikten schnell hervorgerufen werden kann und ein erster Test zeigte, dass auf diese Weise zu wenig Varianz innerhalb der in dieser Studie untersuchten Staaten und Zeitperiode entsteht (die meisten Fälle qualifizieren als „bewaffneter Konflikt“), muss die Schwelle höher gesetzt werden. Dies geschieht anhand der „UCDP/PRIO Armed Conflict“-Variable „Intensity Level“, welche Konfliktjahren mit weniger als 1000 Toten den Code 1 und Jahren mit 1000 oder mehr „battle-related deaths“ die Kategorie 2 zuweist (UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset Codebook, Centre for the Study of Civil Wars 2008). Es müssen also alle vier Variablen, welche Konfliktparteien bezeichnen („SideA“, „SideA2nd“, „SideB“ und „SideB2nd“), hinsichtlich der zehn untersuchten Staaten gefiltert werden. Finden sich für untersuchte Staaten Jahre mit „Intensity Level“-Code 2, so zählen diese in der vorliegenden Studie als Kriegs-Jahre und erhalten die Variablen-Ausprägung 1. Jahre, in denen sich aus der Sicht eines untersuchten Staates kein Krieg oder aber Kriegshandlungen ereigneten, welche in einem Kalenderjahr weniger als 1000 Tote forderten, werden mit 0 codiert.

Da im „UCDP/PRIO Armed Conflict“-Datensatz lediglich Konflikte enthalten sind, welche die Regierung eines Staates involvieren, musste zusätzlich abgeklärt werden, ob sich in den untersuchten Staaten während der Untersuchungsperiode Bürgerkriege ohne Beteiligung der Staatsgewalt (welche in einem bestimmten Jahr mindestens 1000 direkte Todesopfer forderten) ereigneten. Ein entsprechendes Literaturstudium lieferte jedoch keine Hinweise in diese Richtung. Aus diesem Grund stellt die Variable „Krieg“ alleine auf die Daten aus dem „UCDP/PRIO Armed Conflict“-Datensatz ab.

D Alphabetische Liste aller Gruppierungen aus der GTD

Die vollständige Liste aller in der GTD enthaltenen Gruppierungen wird auf Anfrage vom Autor zur Verfügung gestellt.

E Als sunnitisch-islamisch klassifizierte GTD-Gruppierungen

Terrorakte der folgenden als sunnitisch identifizierten Gruppierungen (respektive in der GTD im Feld für den Gruppennamen erfassten Akteure) wurden in dieser Arbeit als islamisch-extremistisch gewertet. Im Fall von sehr unspezifischen Bezeichnungen kann sich die Klassifizierung auch nur auf einzelne dem entsprechenden Akteur zugerechnete Terrorakte beziehen.

Abu Hafs al-Masri Brigades	Al-Omar Mujahedin
Abu Sayyaf Group (ASG)	Al-Qa'ida
Achwan-I-Mushbani	Al-Qa'ida in the Arabian Peninsula (AQAP)
Adan Abyan Islamic Army (AAIA)	al-Quds Brigades
Afghan Mujahideen	Al-Shuda Brigade of Jammu and Kashmir
Al Itihad	Al-Sunna wal Jamma
Al Jihad	Al-Sunni muslim sect
Al Zawahiri Loyalists	Ansar al-Islam
Al-Adl Wal Ihsane	Ansar al-Islam fi Kurdistan (Supporters of Islam in Kurdistan), formerly Jund al-Islam)
Al-Arifeen	Ansar al-Jihad
al-Badr	Ansar al-Sunna
al-Gama'at al-Islamiyya (IG)	Arabian Peninsula Freeman
Algerian Moslem Fundamentalists	Arakan Rohingya Islamic Front
Algerian Moujahideen for Moslems	Armed Islamic Group (GIA)
Al-Hamas Mujahideen	Armed Islamic Movement
Al-Haramayn Brigades	Barisan Revolusi Nasional (BSN)
al-Intiqami al-Pakistani	Black September
Al-Ittihad al-Islami (Islamic Unity)	Draa El Mizan Seriat
Allah's Tigers	East Turkistan Liberation Organization
Allied Democratic Forces (ADF)	Ed'daoua Es'salafia Lilqadha
Al-Madina [LeT Front]	Egyptian [individual's name]
Al-Mansoorian	Egyptians
Al-Mansurian [LeT Front]	

Forbid the Evil Group (Moslem Militants)	Islamic Jihad Organization (Yemen)
Free Aceh Movement (GAM)	Islamic Movement of Martyrs
French Armed Islamic Front	Islamic Movement of Uzbekistan (IMU)
Great East Islamic Raiders Front (IBDA-C -	Islamic Resistance
Islami Buyuk Dogu Akincilar Cephesi)	Islamic Revival Movement
Great Eastern Islamic Raiders Front (IBDA-	Islamic Salvation Front
C)	Islamic Salvation Front (FIS)
Guerrillas	Islamic Salvation Movement
Habi's Er'roub seriat	Islamic Terrorists
HAMAS	Islamic Unification Movement
Hamas (Islamic Resistance Movement)	Ittehad-i-Islami
HAMS	Izz-al-Din al-Qassam Brigades
Harakat ul-Mujahidin (HuM)	Jahesh-ol-Muslimeen
Harakat-i-Inqilahi-i-Islami	Jaish al-Ta'ifa al-Mansura
Harkat ul Ansar	Jaish Ansar al-Sunna (Army of the Protec-
Harkatul Jihad-e-Islami	tors of the Sunna)
Hezb-e-Islami	Jaish-e-Mohammad
Hezb-i-Islami	Jamaa Al-Islamiya Al-Alamiya (World Isla-
Hizballah	mist Group)
Hizbul Mujahideen (HM)	Jama'at al-Tawhid wa al-Jihad (JTJ)
Hizb-ul-Mujahidin (HM)	Jamaat-E-Islami
International Justice Group (Gama'a al-	Jamaat-E-Islami (Bangladesh)
Adela al-Alamiya)	Jamaat-ul Mujahideen
Iranian Islamic Jihad	Jama'atul Mujahideen Bangladesh (JMB)
Islam Liberation Front	Jamiat-e Islami-yi Afghanistan
Islambouli Brigade of Martyrs	Jamiat-ul-Mujahideen
Islami Chhatra Shibir (ICS)	Jammu and Kashmir Islamic Front
Islamic Arab Front of Azawad (FIAA)	Jaysh Ansar al-Sunna
Islamic Army in Iraq (al-Jaish al-Islami fi	Jaysh-e Muhammad (Army of Muhammad)
al-Iraq)	Jemaah Islamiyah
Islamic Fateh	Jihad Brigade
Islamic Holy War Group	Jihad Islamic League Front
Islamic Jihad	Kamal Boulander Group
Islamic Jihad (Ideological Grouping)	Kashmir Freedom Force
Islamic Jihad Beit-al Maqdis Group	Kashmiri Militants
Islamic Jihad in Palestine	Katsina Muslim Society

Khalid ibn Walid	Pattani United Liberation Organization (PULO)
Lashkar i Jhangvi (Army of Jhang)	Popular Resistance
Lashkar-e Jhangvi	Popular Resistance Committees
Lashkar-e Taiba	Revolutionary Action Organization of the Arab Resistance Front
Lashkar-e-Jhangvi	Saif-ul-Muslimeen
Lashkar-e-Omar	Saladin Brigades
Lashkar-e-Taiba (LeT)	Salafia Jihadia
Lashkari-e-Adam (Army of Adam)	Salafist Group for Preaching and Fighting (GSPC)
Laskar Jihad	Sanidila Secessionist Movement
Local Extremist	Saraya al Quds
Mahaz-e-Milli Islami Afghanistan	Seaborne Moslem Raiders
Militant Islamic Group, name not stated	Sepha-i-Sahaba
Moro Islamic Liberation Front (MILF)	Servants of Islam Organization
Moro National Liberation Front (MNLF)	Shura-e-Nezar
Moslem Activists	Sipah-e-Sahaba
Movement for the Struggle of the Jordanian Islamic Resistance (Mujahidin Jordanian Islamic Resistance)	Sipah-e-Sahaba/Pakistan (SSP)
Movement of the Islamic State (MEI)	Sipah-e-Sahabah
Mujahideen Islam Pattani	Squadrons of Terror (Katibat El Ahoual)
Mujahideen Kashmir	Students Islamic Movement of India (SIMI)
Mujahideen Pattani	Students' Islamic Movement of India (SIMI)
Muslim Brotherhood	Survivors of Hama
Muslim Extremists	Sympathizers of Al-Qa'ida Organization
Muslim Fundamentalists	Syrian Mujahideen
Muslim Guerrillas	Takfir wal-Hijra (Excommunication and Exodus)
Muslim Militants	Taliban
Muslim Rebels	Tarjuman Al-Qanoon
Muslim Separatists	Tawhid and Jihad
Muslim United Army (MUA)	Tayeb Al-Afghani's Islamist Group
Muslims	Tehreek-ul-Mujahedeen
Muslims Against Global Oppression (MAGO)	Tehrik al-Mojahedin
National Revolutionary Front	The Islamic Front
Organization of Mujahadin of Islam	The Islamic Movement
Palestinian Islamic Jihad (PIJ)	

The Islamic Revolution to Liberate Palestine	sula
Turkish Hizbullah	United Action Council
Turkish Islamic Commandos	Usbat al-Ansar (League of Partisans)
Uighur Liberation Organization	Wolves of Islam
Uighur Separatists	Young Liberators of Pattani
Union of the Peoples of the Arabian Penin-	Youth of Islamic Awakening

F Als schiitisch-islamisch klassifizierte GTD-Gruppierungen

Terrorakte der folgenden als schiitisch identifizierten Gruppierungen (respektive in der GTD im Feld für den Gruppennamen erfassten Akteure) wurden in dieser Arbeit als islamisch-extremistisch gewertet. Im Fall von sehr unspezifischen Bezeichnungen kann sich die Klassifizierung auch nur auf einzelne dem entsprechenden Akteur zugerechnete Terrorakte beziehen.

Ad-Da'wah Party mojahedin	Islamic Front for the Liberation of Bahrain
Al-Sadr Brigades	Islamic Holy Star
Amal	Islamic Jihad (Ideological Grouping)
Ansar Allah	Islamic Movement Organization
Ansar Sarallah	Islamic Mujahidin
Basij Islamic Militia	Islamic Resistance
Black Hand	Islamic Resistance (Hamas)
Black Muslims	Islamic Resistance Mujahidin
Committee for the Safeguard of the Islamic Revolution	Islamic Revenge Organization
Faithful Resistance	Islamic Terrorists
Fedayeen Imam Mahdi	Khomeynites
Followers of the Imam's Policy	Lebanese Resistance Brigades (Saraya)
Guardians of the Islamic Revolution	Martyr 'Abd-al-Jabir Zadah Group
Guardsmen of Islam	Martyr Abu Ja'far Group
Hezb-e Wahdat-e Islami-yi Afghanistan	Martyr Ali Nasir group
Hizballah	Martyrs of Ba'labakk' (Muslims)
Hizballah Palestine	Moslem Liberation Front
Iranian Extremists	Movement of Islamic Action of Iraq
Iranian Militants	Muslim Fundamentalists
Iranian Revolution Organization	Muslim Militants
Iranians	pro Khomeni group, name unk
Iraqi Moslems	pro-iranian terrorists
Iraqi Mujahideen	Red June
Iraqi Revolutionary Forces	Revolutionary Forces for the Liberation of Iraq
Iraqi Strugglers' Movement	Sharivad 17 Tal-Al-Za'atar(Sept 17 Tal-Al-Za'atar)
Iraqis	Shiite Moslems
Islamic Action Organization	Sipah-e-Muhammad Pakistan (SMP)
Islamic Cause Organization	

Sipah-I-Mohammed	Supreme Council of the Islamic Revolution
Soldiers of Truth	in Iraq
Supreme Council for Islamic Revolution in	Unk Iranian Guerrillas
Iraq (SCIRI)	

G Modifizierte ITERATE-Codierungen

Im Folgenden wird vollständig aufgelistet, welche Änderungen aus der Überprüfung der ITERATE-Vorfälle mit iranischer Täter-Nationalität (siehe Codebook zur Variable „Anzahl Terroristen“ unter C.1) resultierten. Alle Änderungen betreffen die Codierung der Täter-Nationalität, Angaben zu IDs beziehen sich auf die Kennzeichnung einzelner Terrorakte in der GTD. Die Staaten-Codes werden aus ITERATE übernommen und sind im ITERATE-Codebook einsehbar (Mickolus et al. 2004).

- ID 54373: „Iraqi Mujahedin“, Umcodierung von 630 auf 645 (schiitisch)
- Alle Terrorakte von „Islamic Jihad“ in Beirut: Umcodierung auf 660, da bei einigen zwar Hinweise auf Hisbollah, aber nirgendwo auf iranische Täterschaft.
- ID 58455: Umcodierung auf 660. Da sogar ITERATE „Indeterminate Shiites“ ausweist, ist Codierung 630 nicht haltbar.
- ID 30891: Umcodierung auf 660 (Associated Press 20.9.1984)
- ID's 38704, 61466, 61467, 61471, 61473: Alle mit Tatort Beirut und in ITERATE mit „Islamic Jihad“ codiert. Umcodierung auf 660.
- ID 38574: Umcodierung auf 220, da libanesischer „Islamic Jihad“ als Täterschaft. Keine Hinweise auf iranische Beteiligung (United Press International 31.3.1985)
- ID 37955: „Islamic Jihad“, offenbar selbe Organisation wie bei Vorfällen in Libanon. Umcodierung auf 670.
- IDs 61482 und 61483: Beide „Islamic Jihad“ gemäss ITERATE. Handelt sich um libanesischer Gruppierung (Associated Press 30.5.1985), daher Umcodierung auf 660.
- ID's 38526 und 38525: Libanesischer „Islamic Jihad“ (Times 24.7.1985), keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern, daher Umcodierung auf 390.
- ID 37219: „Islamic Jihad“ gemäss ITERATE, handelt sich um libanesischer Gruppierung (Associated Press 10.3.1986). Keine Hinweise Mitwirkung von Iranern, daher Umcodierung auf 660.

- ID 37319: Libanesischer „Islamic Jihad“ (Associated Press 26.1.1987), Umcodierung auf 660.
- ID 32548: Libanon, „Islamic Jihad“ gemäss ITERATE, libanesische Gruppierung gemäss United Press International 4.8.1987. Umcodierung auf 660.
- ID 29231: Libanon, Täter übereinstimmend Hisbollah, keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern (Associated Press 17.12.1988), Umcodierung auf 660.
- ID 26266: Libanon, ITERATE bezeichnet Gruppierung mit „Hisbollah“. Keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 660.
- ID 16589: Libanon, Täter-Gruppierung übereinstimmend Hisbollah, keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern (Jerusalem Post 30.10.1991). Umcodierung auf 660.
- ID 11716: Türkei, „Islamic Jihad“ gemäss ITERATE, wohl libanesische Gruppierung gemäss Medienberichten (Independent 9.3.1992). Umcodiert zu 640.
- ID 9677: Argentinien, übereinstimmend Hisbollah. Iran eventuell Auftraggeber, aber keine Hinweise auf Ausführung durch Iraner (BBC News 25.10.2006). Umcodierung auf 660.
- ID 7940: Täterschaft durch Hisbollah, keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 666.
- ID 8015: Täterschaft durch Hisbollah, keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 660.
- IDs 14968 und 14969: Keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 678.
- ID 34863: „Islamic Jihad“, Tatort Ägypten. Keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 651.
- ID 6465: Keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 660.
- ID 5734: „Islamic Jihad“, keine Hinweise auf Mitwirkung von Iranern. Umcodierung auf 678.

H Terrorakte mit algerischen Tätern im Jahr 1997

Anmerkung: 615 entspricht dem ITERATE-Code für Algerien.

STAAT	STADT	MT	TAG	TYP	TÄTER: GRUPPIE- RUNG	TÄTER: NATIO- NALITÄT	TÄTER: AN- ZAHL
Algeria	Ben Achour	1	4	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	50
Algeria	Douaouda	1	5	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	60
Algeria	Algiers	1	5	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	1	7	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Al-Khabar	1	7	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	1	10	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Tabainat	1	12	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Haouch Englise	1	12	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Djebel Koukou	1	12	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Boufarik	1	16	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Sidi Abdelaziz	1	18	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Sidi Abdelaziz	1	18	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	1	19	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	1	19	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	1	20	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	1	21	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Boufarik	1	22	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4

STAAT	STADT	MT	TAG	TYP	TÄTER: GRUPPIE- RUNG	TÄTER: NATIO- NALITÄT	TÄTER: AN- ZAHL
Algeria	Blida	1	22	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Ali Baba	1	23	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Badjarrah	1	23	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Oued El Alleug	1	28	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Blida	1	28	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	1	28	Assassi- nation	Kamal Boulander Group	615	1
Algeria	Sidi Moussa	1	30	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	4
Algeria	Oran	1	30	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Haduch Benouar	2	1	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Medea	2	2	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	2	7	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	2	8	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Meftah	2	9	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Sidi Moussa	2	10	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	2	19	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	3
Algeria	Laghouat	2	21	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Seif Dahas	2	23	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	50

STAAT	STADT	MT	TAG	TYP	TÄTER: GRUPPIE- RUNG	TÄTER: NATIO- NALITÄT	TÄTER: AN- ZAHL
Algeria	Boufarik	2	24	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	2	25	Kidnapping	Islamic Terrorists	615	3.5
Algeria	Oued El Alleug	3	3	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	3	15	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	3	15	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	3	15	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Saida	3	16	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	3	17	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	3	17	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Ouled Antar	3	19	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	30
Algeria	Ouzra	3	21	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	40
Algeria	Berrouaghia	3	23	Assassi- nation	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Sidi Moussa	3	25	Bombing	Armed Islamic Group (GIA)	615	2
Algeria	Boumerdes	3	27	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Sig	3	27	Bombing	Islamic Terrorists	615	2
Algeria	Algiers	3	27	Bombing	Jihad Islamic League Front	615	2
Algeria	Sidi Abdelkrim	4	3	Assassi- nation	Muslim Rebels	615	2

STAAT	STADT	MT	TAG	TYP	TÄTER: GRUPPIE- RUNG	TÄTER: NATIO- NALITÄT	TÄTER: AN- ZAHL
Algeria	Ain Lehdid	4	6	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Djebara	5	26	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	4
Algeria	Tajna	6	10	Facility Attack	Muslim Militants	615	4
Algeria	Cheraifia	6	12	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Algiers	6	12	Assassi- nation	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Algiers	6	16	Facility Attack	Muslim Militants	615	4
Algeria	Algiers	6	16	Facility Attack	Muslim Rebels	615	5
Algeria	Vlc. Bechar	6	16	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Jaouaza	6	17	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Mouzaia	6	18	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Muza	6	18	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Dairat Labguer	6	18	Facility Attack	Muslim Rebels	615	30
Algeria	Algiers	6	19	Bombing	Muslim Rebels	615	2
Algeria	El Affroun	6	20	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	M Sila	6	23	Bombing	Muslim Rebels	615	2
Algeria	Bourouis	6	25	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Seghduane	6	26	Facility Attack	Muslim Rebels	615	4
Algeria	Balili	7	11	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	20

STAAT	STADT	MT	TAG	TYP	TÄTER: GRUPPIE- RUNG	TÄTER: NATIO- NALITÄT	TÄTER: AN- ZAHL
Algeria	Afir	7	12	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Fetha	7	12	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	20
Algeria	Douar Barague	7	12	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Douar Aziz	7	12	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Blida	7	21	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Hayut	7	23	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	50
Algeria	metmata	7	29	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Sidi el Madani	7	31	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Cahmouni	8	4	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Oued Slama	8	5	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Ouled Yahia	8	7	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Larba	8	9	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	30
Algeria	Heraoua	8	11	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Uled Djilati	8	13	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	NW Algeria	8	20	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Seghovane	9	6	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Algiers	9	25	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	4

STAAT	STADT	MT	TAG	TYP	TÄTER: GRUPPIE- RUNG	TÄTER: NATIO- NALITÄT	TÄTER: AN- ZAHL
Algeria	Ain Aden	9	27	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	8
Algeria	Charef	9	27	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Chebli	9	28	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	4
Algeria	Sidi Merzouk	9	29	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	4
Algeria	Marhoum	10	18	Facility Attack	Islamic Terrorists	615	4
Algeria	Saida P.	10	25	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	4
Algeria	Hamlit	11	8	Facility Attack	Armed Islamic Group (GIA)	615	30

I Daten zu Demographie und Repräsentation von Islamisten

Die folgenden Daten bilden die rechnerische Grundlage der Variablen „Anzahl Terroristen“, „Repräsentation“ und „Veränderung der Repräsentation“.

I.1 Ägypten (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	40.020	36.018	18.0	0
1979	41.258	37.132	18.9	7.7
1980	42.634	38.371	19.8	7.7
1981	44.196	39.776	20.7	5.0
1982	45.682	41.114	21.6	5.0
1983	47.093	42.384	22.5	5.0
1984	48.550	43.695	23.4	2.5
1985	50.052	45.047	24.3	2.5
1986	51.593	46.434	25.2	2.5
1987	52.794	47.515	26.1	8.4
1988	54.015	48.614	27.0	8.4
1989	55.252	49.727	27.9	7.8
1990	56.683	51.015	28.8	7.8
1991	58.129	52.316	29.7	1.1
1992	59.394	53.455	30.6	1.1
1993	60.672	54.605	31.5	1.1
1994	61.980	55.782	30.9	1.1
1995	63.321	56.989	30.2	1.1
1996	64.707	58.236	29.6	0.1
1997	66.139	59.525	28.9	0.1
1998	67.611	60.850	28.3	0.1
1999	69.080	62.172	27.6	0.1
2000	70.512	63.461	27.0	0.1
2001	71.929	64.736	27.9	2.4
2002	73.347	66.012	28.8	2.4
2003	74.761	67.285	29.7	2.2
2004	76.166	68.549	30.6	2.1
2005	77.562	69.806	31.5	2.1

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus der Library of Congress (1995). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 20%, 1993 35%, 2000 30%, 2005 35%. Die Schätzungen stützen sich auf Hendriks (1985, 18), Gerges (2000, 46 und 52-54), Abaza (2006, 15-18), Zubaida (2002, 66-71), Shahin (2007, 65-69), Stark (2005, 311-313 und 315-318), Abdalla (1993), „Center for Strategic Studies“ (University of Jordan, 2005), Rheault/Mogahed (2007) sowie „Anwar Sadat Chair for Peace and Development“ (University of Maryland)/Zogby International (2003, 2004, 2005, 2006, 2008).

Als islamistische Parlamentssitze werden diejenigen der Muslimbruderschaft und der Socialist Labor Party gezählt (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005). Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden den folgenden Quellen entnommen: United Press International (30.5.1984, 26.9.1980, 2.10.1986 und 3.10.1986), Globe and Mail (30.5.1984), Hawthorne (2000), Egyptana (2008), Xinhua General News Service (6.10.1983), Associated Press (9.6.1989 und 30.11.1990), Sydney Morning Herald (10.6.1989), MENA News Agency (15.6.1998 und 24.6.2001), ABC News (2004), Parlamentarischer Block der Muslimbruderschaft (2007a und 2007b), Associated Press Worldstream (13.6.2001) und Carnegie Endowment for International Peace (2008a).

I.2 Jordanien (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	2.007	1.846	18.4	0
1979	2.077	1.911	19.3	0
1980	2.163	1.990	20.2	0
1981	2.254	2.074	21.2	0
1982	2.347	2.159	22.1	0
1983	2.440	2.245	23.0	0
1984	2.533	2.330	23.9	7.8
1985	2.628	2.418	24.8	7.8
1986	2.724	2.506	25.8	7.8
1987	2.820	2.594	26.7	7.8
1988	2.917	2.684	27.6	7.8
1989	3.019	2.777	28.1	0
1990	3.262	3.001	28.5	25.8
1991	3.631	3.341	29.0	25.8
1992	3.867	3.558	29.4	25.8
1993	3.984	3.665	29.9	25.8
1994	4.082	3.755	30.4	18.3
1995	4.202	3.866	30.8	18.3
1996	4.364	4.015	31.3	18.3
1997	4.526	4.164	31.7	18.3
1998	4.686	4.311	32.2	5.8
1999	4.843	4.456	32.2	5.8
2000	4.999	4.599	32.2	5.8
2001	5.153	4.741	32.2	0
2002	5.307	4.882	32.2	0
2003	5.460	5.023	32.2	11.3
2004	5.611	5.162	32.2	10.3
2005	5.760	5.299	32.2	10.3

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 20%, 1988 30%, 1998 35%, 2005 35%. Die Schätzungen stützen sich auf Clark (2004b, 82-114 und 2007, 43-56), Schwedler (2006, 86-108), Wiktorowicz/Farouki (2000), „Center for Strategic Studies“ (University of Jordan, 2005), „Pew Research Center“ (2005), Tessler (2007) sowie Freij (1996).

Als islamistische Parlamentssitze werden diejenigen der Muslimbruderschaft, der „Islamic Action Front“ (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005) sowie einiger formell Unabhängiger gezählt. Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden den folgenden Quellen entnommen: Washington Post (6.11.1997), New York Times (14.3.1984), Associated Press (13.3.1984), Associated Press Worldstream (22.11.1997 und 22.11.2001), United Press International (23.11.1989), Xinhua General News Service (12.1.1984), Wiktorowicz (1999), ANSA English Media Service (18.11.2003) und Carnegie Endowment for International Peace (2008b).

I.3 Syrien (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	8.203	5.996	11.0	0
1979	8.484	6.202	11.9	0
1980	8.774	6.414	12.8	0
1981	9.073	6.632	13.7	0
1982	9.410	6.879	14.6	0
1983	9.757	7.132	13.4	0
1984	10.114	7.393	12.2	0
1985	10.481	7.662	11.0	0
1986	10.857	7.936	9.7	0
1987	11.243	8.219	8.5	0
1988	11.632	8.503	7.3	0
1989	12.018	8.785	7.5	0
1990	12.436	9.091	7.7	0
1991	12.849	9.393	8.0	0
1992	13.219	9.663	8.2	0
1993	13.579	9.926	8.4	0
1994	13.939	10.189	8.6	0
1995	14.310	10.461	8.8	0
1996	14.691	10.739	9.0	0
1997	15.081	11.024	9.2	0
1998	15.481	11.317	9.5	0
1999	15.889	11.615	9.7	0
2000	16.306	11.920	9.9	0
2001	16.729	12.229	10.1	0
2002	17.156	12.541	10.3	0
2003	17.586	12.855	10.5	0
2004	18.017	13.170	10.8	0
2005	18.449	13.486	11.0	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus der Library of Congress (1986). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 15%, 1982 20%, 1988 10%, 2005 15%. Die Schätzungen stützen sich auf Elhadj (2007, 97-99), Kawakibi (2007), „Center for Strategic Studies“ (University of Jordan, 2005), Moaddel (2007, 344-350), Zisser (1998, 35 und 2005, 59-62) sowie Hashem Talhami (2001).

Sunnitischen syrischen Islamisten wurden keine Parlamentssitze zugerechnet. Veritable islamistische Parteien nehmen in Syrien keine am politischen Prozess teil. Schwieriger fällt eine Klassifizierung von formell Unabhängigen. Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden BBC Monitoring Middle East (5.3.2003 und 14.10.2004) und Zisser (2005, 467-468) entnommen. Gelegentlich als Islamist bezeichnet wird der Abgeordnete Mohammad Habash (vergleiche Ghattas 2006). In dieser Studie wird diese Einschätzung indes nicht geteilt und Habash nicht zu den Islamisten gezählt. Die Entscheidung stützt sich auf mehrere Interviews von Habash sowie Blanford (2005, 6) und Kawakibi (2007, 105).

I.4 Syrien (Schiiten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Schiiten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	8.203	1.116	0.7	0
1979	8.484	1.154	0.7	0
1980	8.774	1.193	0.7	0
1981	9.073	1.234	0.7	0
1982	9.410	1.280	0.7	0
1983	9.757	1.327	0.7	0
1984	10.114	1.376	0.7	0
1985	10.481	1.425	0.7	0
1986	10.857	1.477	0.7	0
1987	11.243	1.529	0.7	0
1988	11.632	1.582	0.7	0
1989	12.018	1.634	0.7	0
1990	12.436	1.691	0.7	0
1991	12.849	1.747	0.7	0
1992	13.219	1.798	0.7	0
1993	13.579	1.847	0.7	0
1994	13.939	1.896	0.7	0
1995	14.310	1.946	0.7	0
1996	14.691	1.998	0.7	0
1997	15.081	2.051	0.7	0
1998	15.481	2.105	0.7	0
1999	15.889	2.161	0.7	0
2000	16.306	2.218	0.7	0
2001	16.729	2.275	0.7	0
2002	17.156	2.333	0.7	0
2003	17.586	2.392	0.7	0
2004	18.017	2.450	0.7	0
2005	18.449	2.509	0.7	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus der Library of Congress (1986). Der Anteil der Islamisten wurde über die gesamte Zeitperiode unverändert mit 5% bewertet. Die Schätzung stützt sich auf Kawakibi (2007), Moaddel (2007), Khuri (1991) sowie Firro (1995).

Schiitischen syrischen Islamisten wurden keine Parlamentssitze zugerechnet. Veritable islamistische Parteien nehmen in Syrien keine am politischen Prozess teil. Schwieriger fällt eine Klassifizierung von formell Unabhängigen – keine der verwendeten Quellen lieferte jedoch Hinweise darauf, dass einzelne schiitische Abgeordnete eine islamistische Gesinnung aufwiesen. Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden BBC Monitoring Middle East (5.3.2003 und 14.10.2004), Kawakibi (2007) und Zisser (2005, 467-468) entnommen.

I.5 Algerien (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	17.686	17.509	14.9	0
1979	18.230	18.048	16.3	0
1980	18.806	18.618	17.8	0
1981	19.407	19.213	19.3	0
1982	20.034	19.834	20.8	0
1983	20.681	20.474	22.3	0
1984	21.341	21.128	23.8	0
1985	22.008	21.788	25.2	0
1986	22.643	22.417	26.7	0
1987	23.255	23.022	28.2	0
1988	23.881	23.642	29.7	0
1989	24.496	24.251	30.9	0
1990	25.089	24.838	32.2	0
1991	25.687	25.430	33.4	0
1992	26.298	26.035	34.7	0
1993	26.916	26.647	33.8	0
1994	27.521	27.246	33.0	0
1995	28.089	27.808	32.2	0
1996	28.604	28.318	31.4	0
1997	29.084	28.793	30.5	27.1
1998	29.536	29.241	29.7	20.0
1999	29.980	29.680	30.4	20.0
2000	30.429	30.125	31.1	20.0
2001	30.874	30.565	31.8	20.2
2002	31.312	30.999	32.5	15.9
2003	31.741	31.424	33.2	15.9
2004	32.158	31.836	33.9	16.5
2005	32.561	32.235	34.7	16.5

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1998). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 15%, 1988 30%, 1992 35%, 1998 30%, 2005 35%. Die Schätzungen stützen sich auf Layachi (2004), Enhaili/Adda (2003), Parmentier (1999, 340-350), Hafez (2000, 358-362), Takeyh (2003, 64-69 und 71-73), Burgat/Gèze (2007), Boubekour (2007, 29-36) sowie Tessler (2007).

Als islamistische Parlamentssitze werden diejenigen von Nahda, Islah und der Hamas/„Movement of Society for Peace“ gezählt (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005). Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden den folgenden Quellen entnommen: BBC Summary of World Broadcasts (9.6.1997, 29.12.1997, 30.12.1997), BBC Monitoring Middle East (31.12.2000, 30.12.2003, 8.1.2004), Africa News (17.1.2001), „European Institute for Research on Mediterranean and Euro-Arab Cooperation (2004), Chapan (1994) und El-Khawas/Ndumbe (2007).

I.6 Sudan (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	17.712	12.398	14.0	26.3
1979	18.387	12.871	14.7	26.3
1980	19.064	13.345	15.4	28.0
1981	19.702	13.791	16.1	28.0
1982	20.367	14.257	16.8	30.0
1983	21.751	15.226	17.5	30.0
1984	22.471	15.730	18.2	30.0
1985	23.233	16.263	18.9	0
1986	23.891	16.724	19.6	70.8
1987	24.401	17.081	20.3	70.8
1988	24.806	17.364	21.0	70.8
1989	25.340	17.738	20.7	70.8
1990	26.050	18.235	20.3	0
1991	26.943	18.860	20.0	0
1992	27.851	19.496	19.6	100
1993	28.582	20.007	19.3	100
1994	29.349	20.544	18.9	100
1995	30.141	21.099	18.6	100
1996	30.812	21.568	18.2	75.0
1997	31.585	22.110	17.9	75.0
1998	32.511	22.758	17.5	75.0
1999	33.345	23.342	17.5	75.0
2000	34.194	23.936	17.5	0
2001	35.063	24.544	17.5	98.6
2002	35.909	25.136	17.5	98.6
2003	36.593	25.615	17.5	98.6
2004	37.097	25.968	17.5	98.6
2005	37.763	26.434	17.5	98.6

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 20%, 1988 30%, 1998 25%, 2005 25%. Die Schätzungen stützen sich auf Glickman (2000, 34-35), Collins (2008, 188), Warburg (2006), Sidahmed (1996, 212-226) sowie Viorst (1995).

Als islamistische Parlamentssitze werden diejenigen von Umma, DUP, National Congress und der Muslimbruderschaft/Islamic Charter Front/National Islamic Front gezählt (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005). Die Einstufung von Umma und DUP als islamistisch ist umstritten und nicht eindeutig. Diese Studie schliesst sich diesbezüglich der Kategorisierung von Sidahmed (1996, 181) an. Detaillierte Daten zu Wahlen im Sudan sind nur sehr schwierig und bisweilen gar nicht erhältlich (Fleischhacker/Doebbler 1999, 856-857). Die in dieser Studie verwendeten Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009) sowie auf Fleischhacker/Doebbler (1999, 846), Tachau (1994, 485-487), Warburg (2006), Collins (2008, 222) und El-Battahani (2002, 270-273). Für die Jahre 1996 bis 1999 wurde basierend auf Fleischhacker/Doebbler (1999, 846) ein Schätzwert verwendet, da hinsichtlich der Wahlen von 1996 keine konkreten Resultate erhältlich sind.

I.7 Iran (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	36.510	3.651	0.5	0
1979	37.839	3.784	0.5	0
1980	39.422	3.942	0.5	0
1981	41.141	4.114	0.5	0
1982	42.885	4.289	0.5	0
1983	44.632	4.463	0.5	0
1984	46.409	4.641	0.5	0
1985	48.209	4.821	0.5	0
1986	50.027	5.003	0.5	0
1987	51.607	5.161	0.5	0
1988	52.997	5.300	0.5	0
1989	54.479	5.448	0.5	0
1990	56.669	5.667	0.5	0
1991	58.787	5.879	0.5	0
1992	59.999	6.000	0.5	0
1993	60.151	6.015	0.5	0
1994	60.181	6.018	0.5	0
1995	60.781	6.078	0.5	0
1996	61.343	6.134	0.5	0
1997	61.909	6.191	0.5	0
1998	62.413	6.241	0.5	0
1999	62.834	6.283	0.5	0
2000	63.273	6.327	0.5	0
2001	63.750	6.375	0.5	0
2002	63.942	6.394	0.5	0
2003	63.988	6.399	0.5	0
2004	64.326	6.433	0.5	0
2005	64.737	6.474	0.5	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Anteil der Islamisten wurde für die gesamte Zeitperiode mit 5% bewertet. Die Schätzung stützt sich auf Bayat (2005), Menashri (2001,163-169) sowie Higgins (1984, 55-59).

Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009) sowie auf einem Artikel des Economist (28.6.1975). Sunnitische Islamisten hielten keine Parlamentssitze, da der Wächterrat sicherstellt, dass keine muslimische Abgeordnete ins Parlament gewählt werden, welche nicht linientreu sind (Eden-Fleig 2008, Khalaji 2008).

I.8 Iran (Schiiten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Schiiten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	36.510	32.494	26.7	0
1979	37.839	33.677	27.3	0
1980	39.422	35.086	28.0	98.1
1981	41.141	36.615	28.6	98.1
1982	42.885	38.168	29.2	98.1
1983	44.632	39.722	29.9	98.1
1984	46.409	41.304	30.5	98.1
1985	48.209	42.906	31.2	98.1
1986	50.027	44.524	28.9	98.1
1987	51.607	45.930	26.7	98.1
1988	52.997	47.167	24.5	98.1
1989	54.479	48.486	22.3	98.1
1990	56.669	50.435	21.3	98.1
1991	58.787	52.320	20.3	98.1
1992	59.999	53.399	19.3	98.1
1993	60.151	53.534	18.3	98.1
1994	60.181	53.561	17.3	98.1
1995	60.781	54.095	16.3	98.1
1996	61.343	54.595	15.3	98.1
1997	61.909	55.099	14.3	98.1
1998	62.413	55.548	13.4	98.1
1999	62.834	55.922	13.4	98.1
2000	63.273	56.313	13.4	98.3
2001	63.750	56.738	13.4	98.3
2002	63.942	56.908	13.4	98.3
2003	63.988	56.949	13.4	98.3
2004	64.326	57.250	13.4	98.3
2005	64.737	57.616	13.4	98.3

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 30%, 1985 35%, 1989 25%, 1998 15%, 2005 15%. Die Schätzungen stützen sich auf Pipes/Nafisi (1999), Rheault/Mogahed (2007), Arjomand (1988, 193-195), Zubaida (2002, 63-66), Kepel (2006, 106-118) sowie Menashri (2001, 163-169).

Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009) sowie auf einem Artikel des Economist (28.6.1975). Schiiten, welche das ideologische Fundament der iranischen Theokratie nicht mittragen, hielten keine Parlamentssitze, da der Wächterrat sicherstellt, dass keine muslimische Abgeordnete ins Parlament gewählt werden, welche nicht linientreu sind (Eden-Fleig 2008, Khalaji 2008).

I.9 Irak (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	12.317	4.249	3.5	0
1979	12.768	4.405	3.6	0
1980	13.233	4.565	3.8	0
1981	13.703	4.728	4.0	0
1982	14.173	4.890	4.1	0
1983	14.652	5.055	4.3	0
1984	15.161	5.231	4.5	0
1985	15.694	5.414	4.7	0
1986	16.247	5.605	4.8	0
1987	16.543	5.707	5.0	0
1988	17.038	5.878	5.2	0
1989	17.568	6.061	5.5	0
1990	18.135	6.257	5.9	0
1991	17.472	6.028	6.2	0
1992	17.862	6.162	6.6	0
1993	18.405	6.350	6.9	0
1994	18.970	6.545	7.2	0
1995	19.557	6.747	7.6	0
1996	20.162	6.956	7.9	0
1997	20.776	7.168	8.3	0
1998	21.398	7.382	8.6	0
1999	22.031	7.601	8.6	0
2000	22.676	7.823	8.6	0
2001	23.332	8.050	8.6	0
2002	24.002	8.281	8.6	0
2003	24.683	8.516	8.6	0
2004	25.375	8.754	8.6	0
2005	26.075	8.996	8.6	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 10%, 1988 15%, 1998 25%, 2005 25%. Die Schätzungen stützen sich auf Bengio (1998), Farmer (2007, 129-161), Nasr (2006, 9-10 und 17) sowie die Umfrage-Daten des „Population Studies Center“ (2007, University of Michigan).

Religiöse Parteien waren bis zur amerikanischen Invasion im Jahr 2003 verboten (GlobalSecurity.org 2008). Auch unabhängige Islamisten fanden den Weg ins Parlament nicht (Datenbank PARLINE, Inter-Parliamentary Union 2009)

I.10 Irak (Schiiten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Schiiten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	12.317	7.698	12.5	0
1979	12.768	7.980	12.8	0
1980	13.233	8.271	13.1	0
1981	13.703	8.564	13.4	0
1982	14.173	8.858	13.8	0
1983	14.652	9.158	14.1	0
1984	15.161	9.476	14.4	0
1985	15.694	9.809	14.7	0
1986	16.247	10.154	15.0	0
1987	16.543	10.339	15.3	0
1988	17.038	10.649	15.6	0
1989	17.568	10.980	15.9	0
1990	18.135	11.334	16.3	0
1991	17.472	10.920	16.6	0
1992	17.862	11.164	16.9	0
1993	18.405	11.503	17.2	0
1994	18.970	11.856	17.5	0
1995	19.557	12.223	17.8	0
1996	20.162	12.601	18.1	0
1997	20.776	12.985	18.4	0
1998	21.398	13.374	18.8	0
1999	22.031	13.769	18.8	0
2000	22.676	14.173	18.8	0
2001	23.332	14.583	18.8	0
2002	24.002	15.001	18.8	0
2003	24.683	15.427	18.8	0
2004	25.375	15.859	18.8	0
2005	26.075	16.297	18.8	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 20%, 1988 25%, 1998 30%, 2005 30%. Die Schätzungen stützen sich auf Bengio (1998), Farmer (2007, 129-161), Cole (2003, 157-158), Raphaeli (2004, 188-190 und 193), Rahimi (2004, 200-203), Nasr (2006, 9-10 und 17) sowie die Umfrage-Daten des „Population Studies Center“ (2007, University of Michigan).

Religiöse Parteien waren bis zur amerikanischen Invasion im Jahr 2003 verboten (GlobalSecurity.org 2008). Auch unabhängige Islamisten fanden den Weg ins Parlament nicht (Datenbank PARLINE, Inter-Parliamentary Union 2009)

I.11 Marokko (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	18.758	18.514	4.9	0
1979	19.126	18.877	5.4	0
1980	19.487	19.234	5.9	0
1981	19.846	19.588	6.4	0
1982	20.199	19.936	6.9	0
1983	20.750	20.480	7.4	0
1984	21.316	21.039	7.9	0
1985	21.886	21.601	8.4	0
1986	22.458	22.166	8.9	0
1987	23.029	22.730	9.4	0
1988	23.600	23.293	9.9	0
1989	24.170	23.856	10.9	0
1990	24.735	24.413	11.8	0
1991	25.294	24.965	12.8	0
1992	25.850	25.514	13.8	0
1993	26.404	26.061	14.8	0
1994	26.955	26.605	15.8	0
1995	27.502	27.144	16.8	0
1996	28.046	27.681	17.8	0
1997	28.588	28.216	18.8	0
1998	29.125	28.746	19.7	1.5
1999	29.657	29.271	20.4	1.5
2000	30.184	29.792	21.1	1.5
2001	30.708	30.309	21.9	1.5
2002	31.232	30.826	22.6	1.5
2003	31.754	31.341	23.3	7.1
2004	32.275	31.855	24.0	7.1
2005	32.793	32.367	24.7	7.1

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus dem CIA World Factbook (1997). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 5%, 1988 10%, 1998 20%, 2005 25%. Die Schätzungen stützen sich auf Ottaway/Riley (2006, 13-19), Joffé (2007), Amghar (2007), Cavatorta (2006, 211-213), Cavatorta/Azzam (2006), Parmentier (1999, 340-350), Willis (2004, 312-317), Enhaili/Oumelkheir (2003) sowie die Umfragedaten von Tessler (2007) und dem Pew Research Center (2005).

Als islamistische Parlamentssitze werden diejenigen des „Democratic and Constitutional Popular Movement“ respektive der „Justice and Development Party“ gezählt (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005, Ottaway/Riley 2006). Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009) sowie auf den Daten von Pereira/Parejo Fernandez (1999).

I.12 Saudiarabien (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	8.709	8.274	9.5	0
1979	9.346	8.879	9.5	0
1980	9.999	9.499	9.5	0
1981	10.627	10.096	9.5	0
1982	11.255	10.692	9.5	0
1983	11.912	11.316	9.5	0
1984	12.607	11.977	9.5	0
1985	13.330	12.664	9.5	0
1986	13.998	13.298	9.5	0
1987	14.620	13.889	9.5	0
1988	15.233	14.471	9.5	0
1989	15.829	15.038	11.4	0
1990	16.061	15.258	13.3	0
1991	16.306	15.491	15.2	0
1992	16.946	16.099	17.1	0
1993	18.058	17.155	19.0	0
1994	19.110	18.155	20.9	0
1995	19.968	18.970	22.8	0
1996	20.626	19.595	24.7	0
1997	21.228	20.167	26.6	0
1998	21.840	20.748	28.5	3.3
1999	22.479	21.355	28.5	3.3
2000	23.147	21.990	28.5	3.3
2001	23.825	22.634	28.5	0
2002	24.492	23.267	28.5	0
2003	25.146	23.889	28.5	0
2004	25.784	24.495	28.5	0
2005	26.404	25.084	28.5	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus der „Library of Congress“ (1992). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 10%, 1988 10%, 1998 30%, 2005 30%. Die Schätzungen stützen sich auf Tachau (1994, 81-83), Nimr (2005b), Dekmejian (1994), Hafez (2008), Kostiner (1997), Okruhlik (2002) sowie Doran (2004).

In Saudiarabien sind politische Parteien nicht zugelassen (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005). Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren auf den folgenden Quellen: Xinhua General News Service (21.8.1993), Mideast Mirror (26.8.1993, 3.7.1997, 8.7.1997), BBC Monitoring Middle East (24.5.2001) und Nimr (2005a). Was die Ernennung des Shoura-Rates/Consultative Councils von 2001 anbelangt, so konnten keine exakten Angaben zur Zusammensetzung gefunden werden. Stattdessen wird ein Analogieschluss verwendet. Da davon ausgegangen wird, dass die Ernennung eines Islamisten als Überraschung gewertet und auf jeden Fall vermeldet worden wäre, wird aus der Abwesenheit einer solchen Meldung geschlossen, dass kein Islamist im Rat Einsitz nahm. Hierfür wurden – nachdem westliche Medien erfolglos konsultiert worden waren – die Archive der grossen arabischen Medienportale von Al-Jazeera und Asharq Al-Awsat akribisch durchsucht. In keiner der Berichterstattungen zur Neubesetzung des Rates fand sich ein Hinweis auf die Ernennung eines Islamisten.

I.13 Saudiarabien (Schiiten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Schiiten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1978	8.709	0.435	1.3	0
1979	9.346	0.467	1.2	0
1980	9.999	0.500	1.2	0
1981	10.627	0.531	1.1	0
1982	11.255	0.563	1.1	0
1983	11.912	0.596	1.0	0
1984	12.607	0.630	1.0	0
1985	13.330	0.667	0.9	0
1986	13.998	0.700	0.9	0
1987	14.620	0.731	0.8	0
1988	15.233	0.762	0.8	0
1989	15.829	0.791	0.8	0
1990	16.061	0.803	0.8	0
1991	16.306	0.815	0.8	0
1992	16.946	0.847	0.9	0
1993	18.058	0.903	0.9	0
1994	19.110	0.956	0.9	0
1995	19.968	0.998	0.9	0
1996	20.626	1.031	1.0	0
1997	21.228	1.061	1.0	0
1998	21.840	1.092	1.0	0
1999	22.479	1.124	1.0	0
2000	23.147	1.157	1.0	0
2001	23.825	1.191	1.0	0
2002	24.492	1.225	1.0	0
2003	25.146	1.257	1.0	0
2004	25.784	1.289	1.0	0
2005	26.404	1.320	1.0	0

Die Daten zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung wurden der Online-Datenbank Adherents.com (2009) entnommen und stützen sich auf Angaben aus der „Library of Congress“ (1992). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1978 25%, 1988 15%, 1998 20%, 2005 20%. Die Schätzungen stützen sich auf Jones (2006, 214-216), Nasr (2006, 12ff), Hafez (2008) sowie Al-Rasheed (1998, 122 und 129-131).

In Saudiarabien sind politische Parteien nicht zugelassen (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005). Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren auf den folgenden Quellen: Xinhua General News Service (21.8.1993), Mideast Mirror (26.8.1993, 3.7.1997, 8.7.1997), BBC Monitoring Middle East (24.5.2001) und Nimr (2005a). Was die Ernennung des Shoura-Rates/Consultative Councils von 2001 anbelangt, so konnten keine exakten Angaben zur Zusammensetzung gefunden werden. Stattdessen wird ein Analogieschluss verwendet. Da davon ausgegangen wird, dass die Ernennung eines schiitischen Islamisten als grosse Überraschung gewertet und auf jeden Fall vermeldet worden wäre, wird aus der Abwesenheit einer solchen Meldung geschlossen, dass kein Islamist im Rat Einsitz nahm. Hierfür wurden – nachdem westliche Medien erfolglos konsultiert worden waren – die Archive der grossen arabischen Medienportale von Al-Jazeera und Asharq Al-Awsat akribisch durchsucht. In keiner der Berichterstattungen zur Neubesetzung des Rates fand sich ein Hinweis auf die Ernennung eines schiitischen Islamisten.

I.14 Yemen (Sunniten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Sunniten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1990	12.416	6.829	16.5	8.3
1991	12.882	7.085	16.8	8.3
1992	13.368	7.352	17.2	8.3
1993	13.886	7.637	17.5	20.6
1994	14.395	7.917	17.9	20.6
1995	14.864	8.175	18.2	20.6
1996	15.336	8.435	18.6	20.6
1997	15.838	8.711	18.9	19.7
1998	16.366	9.001	19.3	19.7
1999	16.920	9.306	19.3	19.7
2000	17.495	9.622	19.3	19.7
2001	18.094	9.952	19.3	17.0
2002	18.718	10.295	19.3	17.0
2003	19.367	10.652	19.3	12.9
2004	20.043	11.024	19.3	12.9
2005	20.745	11.410	19.3	12.9

Die Erfassung der Daten beginnt bei 1990, dem Jahr der politischen Vereinigung der beiden Yemen. Die Angaben zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung stützen sich auf Informationen der jemenitischen Botschaft in Kanada (2004). Der Berechnung des Anteils der Islamisten liegen die folgenden punktuellen Schätzungen zu Grunde: 1990 30%, 1998 35%, 2005 35%. Die Schätzungen stützen sich auf Tachau (1994, 624), Schwedler (2006, 69ff), Al-Mdaires (2001), Turner (2003, 144), Clark (2004a, 959ff), Burgat (2008, 26-28 und 66), Weir (1997, 22-23 und 26), Hafez (2008, 11-12 und 17-21) sowie Carnegie Endowment for International Peace (2008c).

Als sunnitisch-islamistische Parlamentssitze werden diejenigen der Muslimbruderschaft und der Islah-Partei/„Yemeni Congregation for Reform“ (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005, Sabri 2008) gezählt. Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden den folgenden Quellen entnommen: Xinhua General News Service (25.5.1990), BBC Summary of World Broadcasts (21.5.1997) und Asharq Al-Awsat (29.4.2001).

Detaillierte Angaben zur Anzahl der von der Islah-Partei gehaltenen Parlamentssitze – insbesondere in der zweiten Parlamentskammer, dem äusserst mangelhaft dokumentierten „Majlis Al-Shoura“ oder „Consultative Council“ – wurden vom Islah-Parteibüro in Sanaa in Telefonaten am 31.12.2008 und 3.1.2009 bezogen.

I.15 Yemen (Schiiten)

Jahr	Gesamtbevölkerung (Mio.)	Schiiten (Mio.)	Anteil Islamisten an Gesamtbevölkerung (%)	Parlamentssitze von Islamisten (%)
1990	12.416	5.215	10.5	0
1991	12.882	5.410	10.5	0
1992	13.368	5.615	10.5	0
1993	13.886	5.832	10.5	0.7
1994	14.395	6.046	10.5	0.7
1995	14.864	6.243	10.5	0.7
1996	15.336	6.441	10.5	0.7
1997	15.838	6.652	10.5	0
1998	16.366	6.874	10.5	0
1999	16.920	7.106	10.5	0
2000	17.495	7.348	10.5	0
2001	18.094	7.599	10.5	0
2002	18.718	7.862	10.5	0
2003	19.367	8.134	10.5	0
2004	20.043	8.418	10.5	0
2005	20.745	8.713	10.5	0

Die Erfassung der Daten beginnt bei 1990, dem Jahr der politischen Vereinigung der beiden Yemen. Die Angaben zur Gesamtbevölkerung stammen vom U.S. Census Bureau (2008), jene zur konfessionellen Verteilung stützen sich auf Informationen der jemenitischen Botschaft in Kanada (2004). Der Anteil der Islamisten wurde für die untersuchte Zeitspanne mit 25% bewertet. Die Schätzung stützt sich auf Al-Mdaires (2001), Dresch/Haykel (1995), Weir (1997, 22-23 und 26), Hafez (2008, 11-12 und 17-21), GlobalSecurity.org (2008) sowie Eshel (2007).

Als schiitisch-islamistische Parlamentssitze werden jene der „Wahrheits“-Partei/„Al-Haqq“ (Tachau 1994, Day 1988 und 2002, Day/Degenhardt 1980, Day et al. 1996, Szajkowski 2005, Sabri 2008) gezählt. Die Daten bezüglich der Sitzverteilungen basieren zur Hauptsache auf der Datenbank PARLINE (Inter-Parliamentary Union 2009). Zusätzliche Informationen wurden den folgenden Quellen entnommen: Xinhua General News Service (25.5.1990), BBC Summary of World Broadcasts (21.5.1997) und Asharq Al-Awsat (29.4.2001).

J Anzahl Terroristen pro Konfession/Staat und Jahr

Anmerkung: Alle Zahlen in der Tabelle entsprechen absoluten Werten.

1. Teil: Jahre 1978 bis 1991

„Gruppe“	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Ägypten Sunniten	0	0	0	0	1	0	0	0	2	5	7	12	30	82
Iran Sunniten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12
Iran Schiiten	0	11	502	4	0	6	4	16	0	6	0	0	0	0
Syrien Sunniten	0	43	64	91	17.5	2	0	0	2	1	0	2	0	0
Syrien Schiiten	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Irak Sunniten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Irak Schiiten	0	0	16	0	10	15	2	0	8.5	0	0	0	0	0
Jordanien Sunniten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Saudiarabien Sunniten	0	66.7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Saudiarabien Schiiten	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Algerien Sunniten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	55.5
Marokko Sunniten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Yemen Sunniten	0	66.7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Yemen Schiiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sudan Sunniten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

2. Teil: Jahre 1992 bis 2004

Anmerkung: Für das Jahr 1993 sind keine Daten erhältlich.¹³⁸

„Gruppe“	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ägypten Sunniten	211	na	341	289	104	45	7	0	0	1	0	0	3
Iran Sunniten	0	na	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Iran Schiiten	2	na	0	0	1	0	0	3	0	0	0	2	0
Syrien Sunniten	0	na	0	4.5	0	0	0	0	0	0	0	0	9
Syrien Schiiten	0	na	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Irak Sunniten	4	na	0	0	0	0	0	0	0	0	2	5	48
Irak Schiiten	24	na	0	4	2	4	0	0	2	0	3	0	3.5
Jordanien Sunniten	0	na	0	0	0	0	0	2	3	0	0	217.5	3.5
Saudiarabien Sunniten	0	na	0	0	0	1	2	0	1	15	0	22	19.5
Saudiarabien Schiiten	0	na	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Algerien Sunniten	524	na	433.5	222	26.5	690.5	249	119	66	26	108.5	53	8
Marokko Sunniten	0	na	6	0	500	0	0	0	0	0	0	217.5	5
Yemen Sunniten	8	na	0	0	1	4	20	2	1	0	6	2	0
Yemen Schiiten	0	na	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sudan Sunniten	0	na	0	4.5	0	0	0	0	1	0	0	0	0

¹³⁸Die Daten wurden von der privaten „Pinkerton Corporation's Global Intelligence Service“ (PGIS), welche die Datenbank erstellte und später an das „Inter-University Consortium for Political and Social Research“, der Universität von Maryland weitergab, während eines Büro-Umzugs verloren (LaFree/Dugan 2008a, 6-7).